

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

1994

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994	173	Die Ergebnisse der Wahl zum vierten Europaparlament werden dargestellt. Besondere Berücksichtigung finden die Stimmenverteilung in den kreisfreien Städten und Landkreisen sowie die Veränderungen gegenüber der vorhergehenden Europawahl.
Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer 1993 unter besonderer Berücksichtigung der Teilzeitarbeit	182	Von dem Beschäftigungsrückgang bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern seit 1992 waren die einzelnen Branchen und Arbeitnehmergruppen unterschiedlich betroffen. Diese Veränderungen werden untersucht. Außerdem wird auf die derzeit allgemein diskutierte Teilzeitbeschäftigung eingegangen und deren Entwicklung in den zurückliegenden Jahren dargestellt.
Erwerbstätigenzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	188	Die Revision 1991 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen betraf die Erwerbstätigenberechnungen in besonderem Maße. Als neue Datengrundlage standen die Ergebnisse der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung von 1987 zur Verfügung.
Schwerbehinderte Ende 1993	193	Dieser Beitrag informiert insbesondere über Art und Ursache der Behinderungen.
Sozialhilfeausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände	198	Die Ausgaben für Sozialhilfe belasten Kommunalhaushalte in zunehmendem Maße.
Anhang	57 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	63 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Höchste Wahlbeteiligung aller Bundesländer

Am 12. Juni 1994 fand die vierte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. In Rheinland-Pfalz und sechs anderen Bundesländern wurden gleichzeitig Kommunalwahlen durchgeführt. Diese Länder wiesen eine deutlich höhere Wahlbeteiligung auf als Bundesländer, in denen nur die Europawahl stattfand. Von den Wahlberechtigten in Rheinland-Pfalz gaben 74,3 % ihre Stimme ab. Das Land nahm damit den Spitzenplatz ein. 3,1 % der abgegebenen Stimmen mußten als ungültig gewertet werden.

Die CDU erhielt 40,7 % aller gültigen Stimmen, die SPD 38,2 %. Im Vergleich zu der vorhergehenden Europawahl im Jahre 1989 gewannen die Christdemokraten 2 Prozentpunkte hinzu, während die SPD einen gleich hohen Verlust hinnehmen mußte. An dritter Stelle standen die GRÜNEN mit einem Stimmenanteil von 8,7 % und einer Zunahme um 1,4 Prozentpunkten gegenüber der vorhergehenden Europawahl. Die F.D.P. kam auf 4 % aller gültigen Stimmen in Rheinland-Pfalz und 4,1 % auf Bundesebene. Sie blieb damit unter der 5 %-Grenze und wird dem neu gewählten Europäischen Parlament nicht mehr angehören.

In den zwölf kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz wurde am 12. Juni die CDU siebenmal stärkste Partei, fünfmal die SPD. Bei der Europawahl 1989 waren die Christdemokraten in 3 Städten an der Spitze. Ihr bestes städtisches Ergebnis erzielte die CDU diesmal mit 44,3 % in Neustadt an der Weinstraße. Die Sozialdemokraten waren in Zweibrücken mit einem Stimmenanteil von 46,3 % am erfolgreichsten. In den 24 Landkreisen war 1994 die CDU sechzehnmal, die SPD achtmal stärkste Partei. Fünf Jahre zuvor lag die Relation noch bei 13 zu 11. Ihren höchsten Stimmenanteil hatte die CDU dabei im Landkreis Cochem-Zell, die SPD schnitt im Kreis Kusel mit 52,9 % der Wählerstimmen am besten ab. Die GRÜNEN erzielten ihre besten Ergebnisse in den Universitätsstädten Mainz und Trier. Hier erreichten sie 13,6 bzw. 12,4 % der gültigen Stimmen. Unter dem Landesdurchschnitt von 8,7 % liegende Stimmenanteile hatte die Partei in den Landkreisen der Regierungsbezirke Trier und Koblenz, mit Ausnahme des Kreises Bad Kreuznach, zu verzeichnen. Die F.D.P. verlor in allen kreisfreien Städten und Landkreisen Wähler. Besonders hoch fielen die Verluste mit - 2,8 bzw. - 2,7 Prozentpunkten in den Städten Landau und Koblenz aus.

Von den der Bundesrepublik im Europaparlament zustehenden 99 Sitzen erhielt Rheinland-Pfalz nach den Feststellungen des Bundeswahlausschusses sechs Mandate. Jeweils drei Abgeordnete werden von der CDU und von der SPD gestellt. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 173.

Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukt : Zur Bedeutung von Inlands- und Inländerkonzept in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Bei der Berechnung gesamtwirtschaftlicher Aggregate für abgegrenzte Wirtschaftsräume in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird unterschieden zwischen dem Inlands- und dem Inländerkonzept. Ersterem zufolge wird auf die innerhalb der geographischen Grenzen eines Wirtschaftsgebiets („Inland“) stattfindenden wirtschaftlichen Aktivitäten abgestellt, bei letzterem dagegen auf die der inländischen Wirtschaftseinheiten („Inländer“). Die zentrale volkswirtschaftliche Größe des Inlandskonzepts ist das Bruttoinlandsprodukt. Es umfaßt die im Inland (dies kann ein Staat wie die Bundesrepublik Deutschland, aber auch eine kleinere regionale Einheit wie ein Bundesland sein) erstellte wirtschaftliche Leistung. Darin enthalten ist demnach die Arbeitsleistung der Einpendler ins Inland, jedoch nicht die der Auspendler. Das Bruttosozialprodukt als bekannteste Größe des Inländerkonzepts beinhaltet den Wert der von Inländern (Gebietsansässige, dazu zählen z.B. auch ausländische Arbeitnehmer mit Wohnsitz innerhalb des betrachteten Wirtschaftsgebiets) erbrachten wirtschaftlichen Leistungen und ist damit primär ein Einkommensindikator.

Das Bruttosozialprodukt im Jahr 1992 für Rheinland-Pfalz lag mit 154,4 Mrd. DM um 15,2 Mrd. DM über dem Bruttoinlandsprodukt von 139,2 Mrd. DM. Diese Differenz entspricht den per saldo von Inländern aus der übrigen Welt empfangenen Erwerbs- und Vermögens-einkommen.

Auch bei der Berechnung von Erwerbstätigenzahlen ist zwischen den beiden Betrachtungsweisen zu unterscheiden. Nach dem Inlandskonzept ermittelte Zahlen beinhalten alle Personen, die ihre Erwerbstätigkeit bei inländischen Wirtschaftseinheiten ausüben, während nach dem Inländerkonzept alle Erwerbstätigen berücksichtigt werden, die im Inland wohnen und im In- oder Ausland (d. h. außerhalb des betrachteten Wirtschaftsraumes) erwerbstätig sind. Ebenso ist die Einwohnerzahl eine nach dem Inländerkonzept abgegrenzte Größe.

Aus den Darlegungen folgt, daß es bei der Ermittlung von Produktivitäts- oder anderen Pro-Kopf-Angaben nicht sinnvoll ist, die beiden Konzepte zu vermischen. Vielmehr ist die Bezugsgröße genauso abzugrenzen wie das gesamtwirtschaftliche Aggregat. So ergibt sich für Rheinland-Pfalz im Jahr 1992 ein Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen von rund 90 520 DM. Das Bruttosozialprodukt je Einwohner betrug im Durchschnitt 40 070 DM. Beim ersten Indikator sind beide Größen nach dem Inlands-, beim zweiten nach dem Inländer-

konzept abgegrenzt. In der Rangfolge der Länder des früheren Bundesgebiets steht Rheinland-Pfalz damit jeweils an achter Stelle. Wird dagegen das Bruttoinlandsprodukt auf die Einwohnerzahl bezogen, nimmt Rheinland-Pfalz Rang elf unter den alten Bundesländern ein, jedoch liegt bei dieser Rechnung dem Zähler ein anderes Konzept zugrunde als dem Nenner. Die schlechtere Platzierung ist in erster Linie bedingt durch den hohen rheinland-pfälzischen Auspendlerüberschuß von 142 000 Erwerbstätigen (einschließlich Beschäftigte bei den Stationierungsstreitkräften). Diese sind in der Einwohnerzahl enthalten, ihre Arbeitsleistung aber nicht im Bruttoinlandsprodukt. ker

Neuer Ansatz der Erwerbstätigenberechnungen für die VGR

Bezugszahlen haben in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder als Grundlage für regionale Vergleiche besondere Bedeutung. Entsprechend der Abgrenzung der gesamtwirtschaftlichen Aggregate werden Erwerbstätigenzahlen sowohl nach dem Inlandskonzept als auch nach dem Inländerkonzept ermittelt. Sie dienen zur Berechnung von Pro-Kopf-Werten wie Produktivitätskennzahlen und Durchschnittseinkommen.

Im Zuge der Revision 1991 wurde die Ermittlung der Erwerbstätigenzahlen für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in das neu entwickelte "Integrierte System der Erwerbstätigenberechnungen des Bundes und der Länder" eingebunden. Eckwerte dieses Systems bilden die Erwerbstätigenzahlen nach dem Konzept der Arbeitsmarktbeobachtung, aus denen die nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgegrenzten Zahlen abgeleitet werden. Hierzu sind u. a. umfangreiche Schätzungen der Pendlerströme notwendig. ly

Mehr über dieses Thema auf Seite 188.

Teilzeitbeschäftigung der Frauen stieg in den letzten zehn Jahren um fast 85 %

Am 30. Juni 1993 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 1,19 Millionen Arbeitnehmer, die der Sozialversicherungspflicht unterlagen. Das waren 21 900 oder 1,8 % weniger als ein Jahr davor. Bereits im vierten Quartal 1992 war erstmalig seit Anfang der achtziger Jahre ein Rückgang der Beschäftigtenzahl in Höhe von 0,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der Beschäftigten lag allerdings noch minimal über der 1,2-Millionen-Grenze.

Die zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnisse für September 1993 zeigen zwar gegenüber Juni einen Anstieg um rund 10 900 Beschäftigte, liegen aber mit 1,20 Millionen ebenfalls 1,8 % unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Der jetzt registrierte Anstieg zwischen Juni und September liegt weit unter den noch 1990 und 1991 registrierten Werten. Damals stiegen die Beschäftigtenzahlen noch um 26 200 bzw. 23 300 Arbeitnehmer an.

Der Rückgang der Beschäftigtenzahlen zwischen Juni 1992 und 1993 betraf fast nur den Bereich des produzierenden Gewerbes. Hier nahm die Beschäftigtenzahl innerhalb eines Jahres um über 27 900 auf nunmehr gut 534 400 ab. Dieser Rückgang um 5 % betraf allerdings nur das verarbeitende Gewerbe, während im Baugewerbe die Zahl der Beschäftigten um mehr als 900 oder 1,1 % zunahm. Die Entwicklung zwischen Juni und September 1993 ist durch einen weiteren Rückgang der Beschäftigtenzahlen im verarbeitenden Gewerbe um 1 100 Arbeitnehmer gekennzeichnet, während das Baugewerbe mit einem Plus von 2 900 Beschäftigten weiterhin im Aufwärtstrend liegt. Eine günstigere Entwicklung nahmen im Betrachtungszeitraum die Wirtschaftsbereiche Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen. Hielt der erstgenannte Bereich zwischen Juni 1992 und 1993 seine Beschäftigtenzahl etwa konstant, lag der Zuwachs im Bereich der Dienstleistungen bei rund 6 400 Beschäftigten bzw. 1,5 % und verstärkte sich im dritten Vierteljahr 1993 sogar noch (+ 7 000).

Von den 1,19 Millionen Arbeitnehmern, die Ende Juni 1993 sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, übten 144 200 eine Teilzeitarbeit aus. Ihr Anteil belief sich auf 12,1 %. Zehn Jahre zuvor waren erst 7,4 % der Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt. Die Teilzeitarbeit ist noch immer eine Domäne der Frauen. So waren 1993 fast 94 % aller Teilzeitbeschäftigten Frauen. Von den insgesamt 501 000 beschäftigten Frauen gingen 135 200 oder 27 % einer Teilzeitarbeit nach. Vor zehn Jahren waren erst 73 300 Frauen bzw. 17,9 % aller weiblichen Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt. In diesem Zeitraum belief sich die Gesamtzunahme der Frauenbeschäftigung auf 22,5 %, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg dagegen um 84,5 %. Entsprechend gering fiel mit 8,9 % der Anstieg der Vollzeitarbeitsplätze aus.

Die Teilzeitbeschäftigung von Frauen verteilt sich recht unterschiedlich auf die verschiedenen Wirtschaftszweige. Mit 29 700 Teilzeitbeschäftigten weist der Handel die absolut gesehen höchste Zahl an Teilzeitarbeitsverhältnissen auf. Ende Juni 1993 arbeiteten hier 22 % aller Frauen mit Teilzeitarbeit. Gegenüber 1983 bedeutete dies einen Anstieg der Zahl dieser Arbeitnehmerinnen um 84,5 %, während die Anzahl der Vollzeitarbeitsplätze im gleichen Zeitraum nur um 2 %

zunahm. Im Bereich der Gebietskörperschaften hat in der zurückliegenden Dekade bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine echte Umschichtung zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen stattgefunden. Hier ging die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen um 1 800 bzw. 6,9 % auf jetzt 24 800 Arbeitnehmerinnen zurück. Gleichzeitig entstanden über 6 800 neue Teilzeitarbeitsplätze, eine Zunahme um 67,2 %. Ende Juni 1993 standen gut 17 000 der rund 41 800 in diesem Bereich beschäftigten Frauen in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Ihr Anteil betrug 40,7 %, zehn Jahre davor lag er erst bei 27,7 %. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 182.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im Juli 1994		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu Juli 1993 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	116,9	1,8
Bekleidung, Schuhe	117,9	1,2
Wohnungsmieten	137,4	4,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	91,1	0,2
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	120,5	1,9
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	126,8	3,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	125,6	2,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	117,7	1,7
Persönliche Ausstattung, Dienstleistungen des Beherbergungsgewerbes sowie Güter sonstiger Art	143,7	5,7
Gesamtlebenshaltung	123,7	2,9
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,0	2,8
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	124,7	3,1
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfeempfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,6	3,2

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

kurz + aktuell

Fast jeder vierzehnte Rheinland-Pfälzer schwerbehindert

Am 31. Dezember 1993 lebten in Rheinland-Pfalz 288 000 Schwerbehinderte mit einem gültigen Ausweis. Damit ist jeder vierzehnte Einwohner schwerbehindert. Im Vergleich zum Jahresende 1991 hat sich die Zahl der Personen um 0,7 % erhöht. Der Anteil der schwerbehinderten Frauen stieg weiter und beträgt 41 %. Die Zahl der ausländischen Schwerbehinderten nahm ebenfalls zu, und zwar auf 1,8 %.

Die Schwere der Behinderung nimmt mit dem Alter zu. Insgesamt haben 73 000 Personen einen Grad der Behinderung von 100, wobei über die Hälfte dieser Menschen älter als 65 Jahre ist. Es zeigt sich ferner, daß Frauen durchschnittlich schwerer von einer Behinderung betroffen sind. Ihr Anteil übersteigt den der Männer mit diesem Behinderungsgrad um ein Viertel.

Von den über 50 statistisch erfaßten Arten der schwersten Behinderung dominieren Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und der Gliedmaßen sowie Herz- und Kreislaufprobleme in Verbindung mit der Beeinträchtigung von einem oder mehreren inneren Organen. Zu einer Behinderung mit einem Grad von 100 führen beispielsweise Blindheit, Taubheit oder Störungen der geistigen Entwicklung. Die Schwerbehinderung ist vorwiegend krankheitsbedingt. Weitere Ursachen sind Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstschäden sowie angeborene Leiden und Unfälle. Dabei bestehen geschlechts- und altersspezifische Unterschiede. str

Mehr über dieses Thema auf Seite 193.

Geringere Lohnzuwächse bei den Industriearbeitern

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter belief sich im April 1994 auf 24,26 DM. Dies entspricht einem Lohnzuwachs von 3,1 % in den letzten 12 Monaten. Arbeiterinnen verdienten 18,30 DM (+ 3,3 %), ihre männlichen Kollegen 25,10 DM (+ 2,7 %). Im April 1993 betrug die Jahressteigerungsrate gut 7 %.

Gleichzeitig stieg die durchschnittliche Wochenarbeitszeit auf 38,7 Stunden (+ 1,6 %). Frauen arbeiteten 37,1 Stunden (+ 2,5 %), Männer 39 Stunden (+ 1,6 %) in der Woche. Dadurch konnten bei den Wochenverdiensten stärkere Zuwächse als vor Jahresfrist beobachtet werden. Der durchschnittliche Wochenverdienst lag mit 939 DM um 4,7 % über dem Vorjahreswert. Frauen verdienten mit 678 DM (+ 5,8 %) genau 300 DM weniger als die Männer, deren Wochenlohn um 4 % auf 978 DM stieg. ky

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 12. Juni 1994

Zukünftig mehr deutsche Abgeordnete in Straßburg

Am 12. Juni 1994 fand in der Bundesrepublik Deutschland die vierte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Wegen der durch die Wiedervereinigung gestiegenen Bevölkerungszahl Deutschlands hat sich die Zahl der Abgeordneten gegenüber der letzten Europawahl im Jahre 1989 von 81 auf 99 erhöht. Auch in den meisten anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union hat sich die Abgeordnetenzahl erhöht. Insgesamt gehören dem Europaparlament zukünftig 567 Abgeordnete an, 49 mehr als bisher.

Die Europawahl wird nicht nach einem einheitlichen Wahlrecht, sondern nach nationalen Wahlgesetzen durchgeführt. In der Bundesrepublik Deutschland wird nach den Grundsätzen einer Verhältniswahl mit starren Listen gewählt. Die Wahlvorschläge können von politischen Parteien und sonstigen mitgliedschaftlich organisierten Vereinigungen als Bundes- oder Landeslisten eingereicht werden. Als wichtigste Änderung gegenüber den bisherigen Europawahlen ist die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts von Staatsangehörigen der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union anzusehen. Unionsbürger waren wahlberechtigt, wenn sie 18 Jahre alt, seit mindestens drei Monaten im Gebiet der Europäischen Union wohnhaft und nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen waren.

Vergleiche der Europawahl vom 12. Juni 1994 mit den Ergebnissen der Europawahl 1989 auf Bundesgebiets-ebene sind nur eingeschränkt aussagefähig, da zum damaligen Zeitpunkt nur die Wahlberechtigten der alten Bundesländer ohne Berlin zur Urne gehen konnten.

Gleichzeitig mit der Europawahl waren in Rheinland-Pfalz und sechs weiteren Bundesländern Kommunalwahlen.

Rheinland-Pfälzer konnten sich zwischen 24 Parteien entscheiden

Bei der Abstimmung am 12. Juni 1994 stellten sich im Bundesgebiet 26 Parteien zur Wahl, von denen die folgenden 24 auch in Rheinland-Pfalz antraten:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD
Christlich Demokratische Union Deutschlands	CDU
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	GRÜNE
Freie Demokratische Partei	F.D.P.
DIE REPUBLIKANER	REP
Ökologisch-Demokratische Partei ..	ÖDP
CHRISTLICHE MITTE – Für ein Deutschland nach GOTTES Geboten	CM
Bayernpartei	BP
CHRISTLICHE LIGA Die Partei für das Leben	LIGA
Bürgerrechtsbewegung Solidarität ..	
Bund Sozialistischer Arbeiter, deutsche Sektion der Vierten Internationale	BSA
AUTOFAHRER- und BÜRGERINTER-ESSEN PARTEI DEUTSCHLANDS ..	ADP
Bund freier Bürger	
Deutsche Soziale Union	DSU
DIE GRAUEN – Graue Panther	GRAUE
DIE NATURGESETZ-PARTEI, AUFBRUCH ZU NEUEM BEWUSSTSEIN	NATURGESETZ
Die Unregierbaren- Autonome Liste	
Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD
NEUES FORUM	FORUM
Partei Bibeltreuer Christen	PBC
Partei der Arbeitslosen und Sozial Schwachen	PASS
Partei des Demokratischen Sozialismus	PDS
Plattform Europa der ArbeitnehmerInnen und Demokratie	
STATT Partei DIE UNABHÄNGIGEN	STATT Partei

Die CDU trat mit einer Landesliste zur Wahl an, während alle übrigen Parteien in Rheinland-Pfalz mit Bundeslisten vertreten waren.

**Ergebnisse der Europawahlen 1994 und 1989¹⁾ sowie der Bundestagswahl 1990
in den Ländern und im Bundesgebiet**

Land	Wahl	Wahl- beteiligung	Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
			SPD	CDU/CSU	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige
		%						
Deutschland	E 1994	60,0	32,2	38,8	10,1	4,1	3,9	11,0
	E 1989	62,3	37,3	37,8	8,4	5,6	7,1	3,7
	B 1990	77,8	33,5	43,8	5,1 ²⁾	11,0	2,1	4,5
Schleswig - Holstein	E 1994	51,3	35,5	40,6	11,9	3,8	2,1	6,1
	E 1989	58,4	44,4	36,4	6,7	5,3	4,6	2,6
	B 1990	78,6	38,5	43,5	4,0	11,4	1,2	1,4
Hamburg	E 1994	51,7	34,6	32,1	18,4	3,7	3,1	8,1
	E 1989	56,5	41,9	31,5	11,5	6,2	6,0	3,1
	B 1990	78,2	41,0	36,6	5,8	12,0	1,7	2,9
Niedersachsen	E 1994	52,7	39,6	39,7	9,8	3,9	2,4	4,6
	E 1989	63,2	42,0	35,9	8,4	5,8	4,8	3,1
	B 1990	80,6	38,4	44,3	4,5	10,3	1,0	1,5
Bremen	E 1994	52,7	40,7	28,0	16,0	4,6	3,0	7,7
	E 1989	58,7	46,4	23,3	13,8	7,0	4,5	5,1
	B 1990	76,5	42,5	30,9	8,3	12,8	2,1	3,4
Nordrhein - Westfalen	E 1994	59,5	40,1	37,0	11,2	4,3	2,7	4,7
	E 1989	62,3	43,6	35,7	7,9	5,7	4,1	3,0
	B 1990	78,7	41,1	40,5	4,3	11,0	1,3	1,8
Hessen	E 1994	56,4	34,9	37,0	12,2	4,7	4,6	6,6
	E 1989	60,2	40,5	33,3	9,9	5,5	6,5	4,4
	B 1990	81,1	38,0	41,3	5,6	10,9	2,1	2,1
Rheinland - Pfalz	E 1994	74,3	38,2	40,7	8,7	4,0	3,7	4,7
	E 1989	77,2	40,2	38,7	7,3	5,7	4,6	3,4
	B 1990	81,7	36,1	45,6	4,0	10,4	1,7	2,2
Baden - Württemberg	E 1994	66,4	26,6	42,0	13,2	5,2	5,9	7,2
	E 1989	58,4	29,1	39,3	10,0	7,2	8,7	5,8
	B 1990	77,4	29,1	46,5	5,7	12,3	3,2	3,2
Bayern	E 1994	56,4	23,7	48,9	8,7	3,3	6,6	8,7
	E 1989	61,1	24,2	45,4	7,8	4,0	14,6	4,0
	B 1990	74,4	26,7	51,9	4,6	8,7	5,0	3,1
Saarland	E 1994	74,1	43,4	35,6	8,2	3,7	4,3	4,7
	E 1989	78,9	45,3	34,5	6,2	4,8	5,8	3,4
	B 1990	85,1	51,2	38,1	2,3	6,0	0,9	1,5
Berlin	E 1994	53,5	28,1	28,4	14,3	3,2	3,3	22,7
	E 1989	-	-	-	-	-	-	-
	B 1990	80,6	30,6	39,4	7,2	9,1	2,5	11,2
Mecklenburg - Vorpommern	E 1994	65,8	22,5	33,6	4,8	2,3	2,6	34,3
	E 1989	-	-	-	-	-	-	-
	B 1990	70,9	26,5	41,2	5,9	9,1	1,4	15,9
Brandenburg	E 1994	41,5	36,9	23,4	4,6	2,7	2,3	30,0
	E 1989	-	-	-	-	-	-	-
	B 1990	73,8	32,9	36,3	6,6	9,7	1,7	12,8
Sachsen - Anhalt	E 1994	66,1	27,9	30,1	5,7	4,7	2,8	28,8
	E 1989	-	-	-	-	-	-	-
	B 1990	72,2	24,7	38,6	5,3	19,7	1,0	10,7
Thüringen	E 1994	71,9	26,0	35,8	6,0	4,3	2,9	25,0
	E 1989	-	-	-	-	-	-	-
	B 1990	76,4	21,9	45,2	6,1	14,6	1,2	11,0
Sachsen	E 1994	70,2	21,0	39,2	5,6	3,8	3,5	26,9
	E 1989	-	-	-	-	-	-	-
	B 1990	76,2	18,2	49,5	5,9	12,4	1,2	12,8

1) Vergleichszahlen für die Europawahl 1989 beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet mit dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. Aufgrund der Besonderheiten des Europawahlgesetzes schließen die Vergleichszahlen für das frühere Bundesgebiet hier Berlin (West) nicht mit ein. - 2) „DIE GRÜNEN“ und „Bündnis 90 / Grüne - BürgerInnenbewegungen“ zusammengefaßt. In den Ländern der ehemaligen DDR kandidierten nur „Bündnis 90 / Grüne - BürgerInnenbewegungen“, im alten Bundesgebiet beteiligten sich nur „DIE GRÜNEN“ an der Wahl.

Jeder Wahlberechtigte hatte bei der Europawahl nur eine Stimme, mit der er auf dem amtlichen Stimmzettel eine der Listen kennzeichnen konnte. Die Verteilung der Sitze auf die Parteien und die Unterverteilung der von einer Partei errungenen Sitze auf die Landeslisten erfolgte, wie bereits bei der Europawahl 1989, nach dem Berechnungsverfahren Niemeyer.

Höchste Wahlbeteiligung aller Bundesländer

Am 12. Juni waren in Rheinland-Pfalz 2 980 932 Bürgerinnen und Bürger wahlberechtigt, gut 92 000 mehr als bei der Europawahl 1989. Von ihrem Stimmrecht machten 2 214 195 Wahlberechtigte Gebrauch. Das entsprach einer Wahlbeteiligung von 74,3 %. Fünf Jahre zuvor lag dieser Anteil mit 77,2 % geringfügig höher. Rheinland-Pfalz hatte 1994 die höchste Wahlbeteiligung aller Bundesländer und lag deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 60 %. Grund für diese hohe Wahlbeteiligung waren die gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen. Auch die anderen Bundesländer, bei denen die Europawahl zusammen mit den Kommunalwahlen durchgeführt wurde, wiesen eine deutlich über dem Durchschnitt liegende Wahlbeteiligung auf. In den Bundesländern, in denen nur die Europawahl stattfand, gaben nur zwischen 41,5 % (Brandenburg) und 59,5 % (Nordrhein-Westfalen) der Wahlberechtigten ihre Stimme ab.

Die höchste Wahlbeteiligung im Lande wies mit 82 % der Landkreis Pirmasens auf, gefolgt von den Landkreisen Cochem-Zell (81,3 %) und Südliche Weinstraße (81 %). Bei den kreisfreien Städten stand Neustadt an der Weinstraße mit 73,2 % vor Landau mit 72,8 % an der Spitze. Die niedrigste Wahlbeteiligung verzeichnete mit 63,9 % die Stadt Kaiserslautern. Bei den Landkreisen gingen mit 70,2 % in Birkenfeld prozentual gesehen die wenigsten Wahlberechtigten zur Abstimmung.

3,1 % der abgegebenen Stimmen waren ungültig

Von den 2 214 195 in Rheinland-Pfalz zur Europawahl abgegebenen Stimmen mußten 69 428 als ungültig gewertet werden. Das entsprach einem Anteil von 3,1 %. Fünf Jahre davor betrug dieser Prozentsatz 2,2. Im gesamten Bundesgebiet wurden 2,4 % der abgegebenen Stimmen als ungültig gezählt. Dabei ist festzustellen, daß in allen Ländern, bei denen Europa- und Kommunalwahlen gleichzeitig durchgeführt wurden, der Anteil der ungültigen Stimmen weit höher lag als in den übrigen Ländern. Von den Ländern, in denen mehr als eine Wahl stattfand, schnitt Rheinland-Pfalz beim Anteil der ungültigen Stimmen mit 3,1 % am günstigsten ab, während Mecklenburg-Vorpommern mit 7,1 % das andere Ende der Skala markierte. Bei den Ländern, die am 12. Juni nur die Europawahl durchführten, schwankten die Anteilswerte der ungültigen Stimmen zwischen 0,9 % in Bayern und 1,9 % in Brandenburg.

Die Anteile der nicht gültigen Stimmen lagen im Durchschnitt der kreisfreien Städte mit 2,5 % niedriger als bei den Landkreisen (3,3 %). Bei den kreisfreien

Städten wurde mit 3,6 % in Pirmasens der höchste und mit 2,1 % in Ludwigshafen und Mainz der niedrigste Wert registriert. In den Landkreisen hatte Bitburg-Prüm mit 4,9 % den größten und Neuwied mit 2,5 % den geringsten Anteil ungültiger Stimmen.

CDU jetzt wieder stärkste Partei

In Rheinland-Pfalz wurden bei der Europawahl am 12. Juni 2 144 767 gültige Stimmen gezählt. Von diesen entfielen 818 234 oder 38,2 % auf die SPD, die damit hinter der CDU (40,7 %) den zweiten Platz einnahm. Bei der vorhergehenden Europawahl im Jahre 1989 stand die SPD mit 40,2 % der gültigen Stimmen noch vor der CDU, die damals auf einen Stimmenanteil von 38,7 % kam. Gegenüber der Bundestagswahl 1990, die stark von der deutschen Vereinigung geprägt war, konnten die Sozialdemokraten allerdings ihren Stimmenanteil um 2,1 Prozentpunkte verbessern, während die CDU 4,9 Prozentpunkte verlor. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern stand die SPD bei der jetzigen Europawahl mit ihrem Ergebnis an fünfter Stelle, der Bundesdurchschnitt betrug 32,2 %. Die Christdemokraten von Rheinland-Pfalz nahmen mit ihrem Ergebnis von 40,7 % hinter Bayern (CSU) und Baden-Württemberg den dritten Rang unter allen Bundesländern ein und lagen damit über dem Bundesdurchschnitt von 38,8 %.

Die dritte Stelle unter den zur Europawahl in Rheinland-Pfalz angetretenen Parteien erreichte die Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN mit 8,7 % der gültigen Stimmen, konnte allerdings nicht den im Bundesdurchschnitt erzielten Wert von 10,1 % erreichen. Im Vergleich zur letzten Europawahl verbesserten die rheinland-pfälzischen GRÜNEN ihren Anteil um 1,4 Prozentpunkte, gegenüber der Bundestagswahl 1990 (4 %) konnten sie ihren Anteil mehr als verdoppeln.

Die Freidemokraten erreichten in Rheinland-Pfalz 4 % der gültigen Stimmen, 1,7 Prozentpunkte weniger als 1989. Im Vergleich mit der Bundestagswahl fiel der Verlust der F.D.P. mit 6,4 Prozentpunkten sogar noch deutlicher aus. Im Bundesdurchschnitt ging der Stimmenanteil der F.D.P. von 5,6 % im Jahre 1989 auf jetzt 4,1 % zurück. Gegenüber der Bundestagswahl 1990 verloren die Freidemokraten 6,9 Prozentpunkte. Mit dem am 12. Juni erzielten Ergebnis gelang es der F.D.P. nicht, in das Europaparlament einzuziehen.

Die Partei der Republikaner erhielt in Rheinland-Pfalz 3,7 % der Stimmen, bundesweit waren es insgesamt 3,9 %. Im Lande bedeutet das eine Abnahme um 0,9 Prozentpunkte gegenüber der vorhergehenden Europawahl; auf Bundesebene lag der Rückgang mit 3,2 Prozentpunkten deutlich höher. Die REPUBLIKANER scheiterten damit ebenfalls an der 5 %-Klausel und werden im neuen Europäischen Parlament nicht mehr vertreten sein.

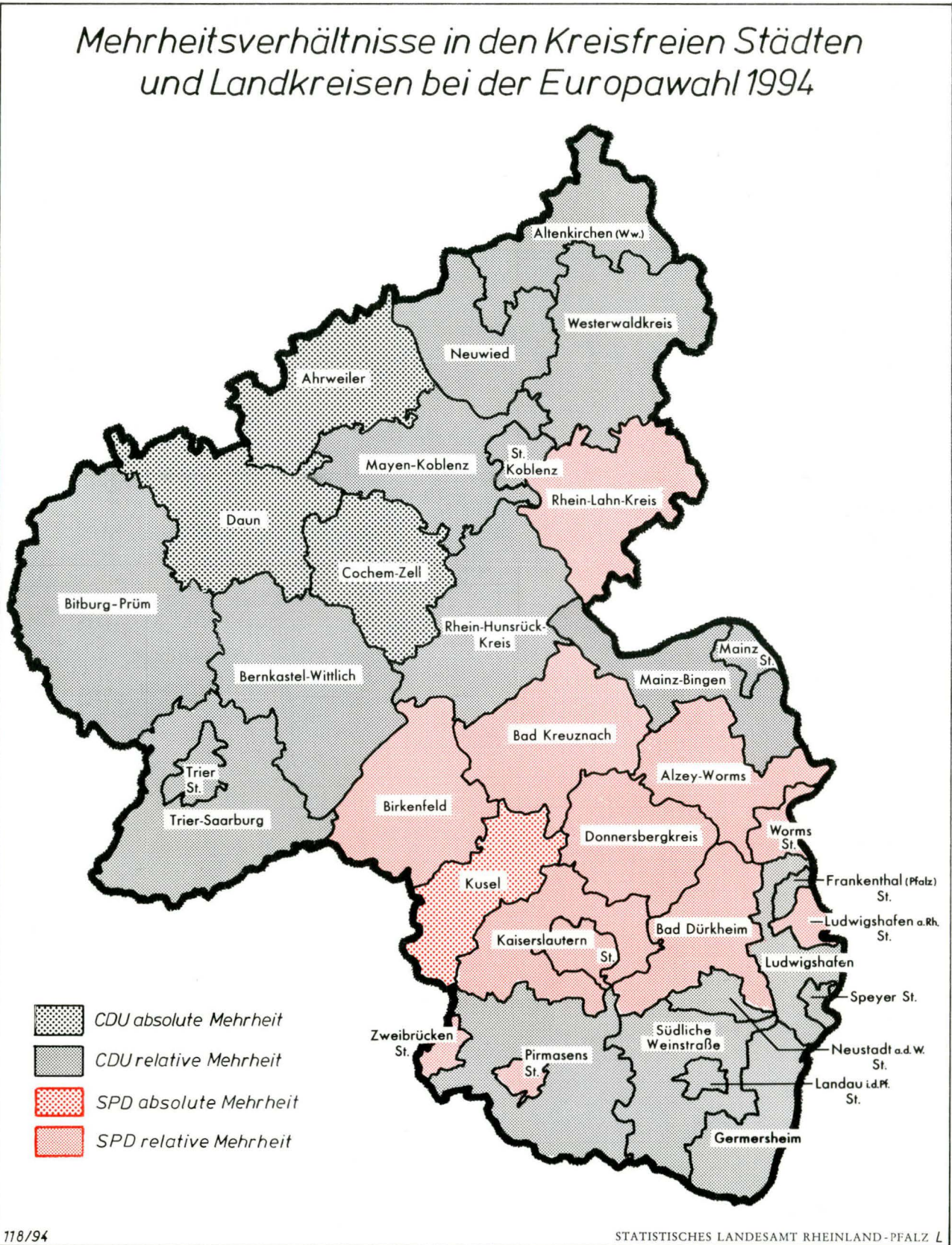
Die sonstigen bei der Europawahl in Rheinland-Pfalz kandidierenden Parteien erhielten 1994 zusammen nur einen Stimmenanteil von 4,7 %. Alle diese Parteien blieben jeweils deutlich unter 1 %. Am besten schnitten

Ergebnisse der Europawahl 1994 in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Verwaltungsbezirk	Wahlberechtigte	Wähler	Wahlbeteiligung	Gültige Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
						SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige
	Anzahl		%	Anzahl		%					
Kreisfreie Stadt Koblenz	85 654	58 715	68,5	57 213	97,4	37,4	42,9	9,8	3,3	2,1	4,5
Landkreise											
Ahrweiler	93 057	69 325	74,5	67 343	97,1	28,2	52,1	8,0	4,3	2,0	5,4
Altenkirchen (Ww.)	99 768	75 352	75,5	73 285	97,3	39,5	42,8	7,0	4,1	2,4	4,1
Bad Kreuznach	117 973	87 507	74,2	84 812	96,9	42,6	35,7	9,2	4,7	3,3	4,5
Birkenfeld	71 003	49 867	70,2	48 308	96,9	44,6	34,9	7,2	5,1	3,9	4,3
Cochem-Zell	51 272	41 687	81,3	39 892	95,7	27,0	58,8	6,2	2,6	2,3	3,2
Mayen-Koblenz	155 442	116 004	74,6	112 835	97,3	38,6	45,6	7,5	2,9	1,9	3,4
Neuwied	131 885	95 207	72,2	92 839	97,5	40,1	41,6	8,0	3,7	2,2	4,4
Rhein-Hunsrück-Kreis	77 475	60 470	78,1	58 522	96,8	35,7	43,6	8,3	5,6	2,5	4,3
Rhein-Lahn-Kreis	97 395	72 642	74,6	70 584	97,2	45,3	35,7	7,9	3,8	2,9	4,5
Westerwaldkreis	142 950	108 947	76,2	105 668	97,0	37,6	44,3	7,7	3,4	2,7	4,3
RB Koblenz	1 123 874	835 723	74,4	811 301	97,1	38,4	43,0	7,9	3,9	2,5	4,3
Kreisfreie Stadt Trier	77 082	49 436	64,1	48 337	97,8	36,2	41,3	12,4	3,5	2,1	4,5
Landkreise											
Bernkastel-Wittlich	87 805	66 812	76,1	63 707	95,4	31,6	49,0	8,1	4,6	2,8	4,0
Bitburg-Prüm	73 195	56 724	77,5	53 923	95,1	33,7	50,0	7,0	3,4	1,9	3,9
Daun	47 981	37 266	77,7	35 766	96,0	29,0	55,3	7,0	2,9	1,9	3,9
Trier-Saarburg	103 015	82 198	79,8	78 507	95,5	37,9	45,1	7,9	3,0	2,3	3,8
RB Trier	389 078	292 436	75,2	280 240	95,8	34,2	47,6	8,4	3,5	2,3	4,0
Kreisfreie Städte											
Frankenthal (Pfalz)	34 581	23 728	68,6	23 131	97,5	38,7	38,8	7,8	3,6	6,0	5,1
Kaiserslautern	76 593	48 914	63,9	47 590	97,3	40,8	34,3	9,8	4,2	5,0	5,8
Landau i. d. Pfalz	29 897	21 754	72,8	21 206	97,5	37,6	38,1	11,3	3,8	4,0	5,1
Ludwigshafen a. Rhein	113 298	74 468	65,7	72 869	97,9	42,7	34,9	8,4	2,9	6,0	5,3
Mainz	130 589	90 262	69,1	88 322	97,9	32,5	37,5	13,6	5,6	4,2	6,5
Neustadt a. d. Weinstr.	41 677	30 510	73,2	29 677	97,3	31,8	44,3	9,7	4,4	4,0	5,8
Pirmasens	39 207	25 434	64,9	24 527	96,4	42,5	36,3	8,3	2,8	5,4	4,7
Speyer	35 967	25 038	69,6	24 431	97,6	37,1	37,5	10,4	3,6	5,0	6,5
Worms	59 414	38 575	64,9	37 580	97,4	40,9	35,3	9,4	3,6	6,4	4,5
Zweibrücken	28 023	18 572	66,3	18 090	97,4	46,3	30,4	6,4	4,9	4,5	7,5
Landkreise											
Alzey-Worms	85 055	66 821	78,6	64 449	96,5	43,0	31,7	10,2	5,1	5,4	4,6
Bad Dürkheim	99 559	77 022	77,4	74 767	97,1	38,6	37,3	9,3	4,9	5,1	4,9
Donnersbergkreis	56 336	43 615	77,4	41 982	96,3	47,1	29,5	8,8	5,0	5,0	4,6
Germersheim	83 972	64 860	77,2	62 915	97,0	35,0	42,3	8,2	3,7	5,2	5,6
Kaiserslautern	81 110	63 757	78,6	61 534	96,5	41,5	38,1	7,1	3,2	5,6	4,4
Kusel	62 114	47 518	76,5	45 840	96,5	52,9	26,3	7,3	3,0	6,4	4,1
Südliche Weinstraße	81 062	65 648	81,0	63 260	96,4	34,3	42,8	9,3	4,4	4,1	5,3
Ludwigshafen	108 122	84 852	78,5	82 548	97,3	37,2	40,2	8,6	4,2	5,2	4,7
Mainz-Bingen	139 472	107 523	77,1	104 329	97,0	37,3	37,4	11,4	5,3	3,5	5,2
Pirmasens	81 932	67 165	82,0	64 179	95,6	35,6	42,8	7,4	3,9	5,4	4,9
RB Rheinhessen-Pfalz	1 467 980	1 086 036	74,0	1 053 226	97,0	39,0	37,2	9,4	4,2	5,0	5,2
Rheinland-Pfalz	2 980 932	2 214 195	74,3	2 144 767	96,9	38,2	40,7	8,7	4,0	3,7	4,7
Kreisfreie Städte	751 982	505 406	67,2	492 973	97,5	38,1	37,8	10,3	3,9	4,4	5,4
Landkreise	2 228 950	1 708 789	76,7	1 651 794	96,7	38,2	41,6	8,2	4,0	3,5	4,5

dabei der Bund freier Bürger mit 0,8 % und die ÖDP mit 0,7 % ab. Auf Bundesebene erreichten die übrigen Parteien zusammen 11 %. Grund dafür war das Abschneiden der PDS in den neuen Bundesländern. Dort konnte die Partei Anteilswerte zwischen 27,3 % (Mecklenburg -

Vorpommern) und 16,6 % (Sachsen) erreichen. Auch in Berlin gab noch gut jeder sechste Wähler dieser Partei seine Stimme. In den alten Bundesländern konnte die PDS dagegen nur in Hamburg und Bremen mehr als 1 % der gültigen Stimmen erzielen.



Mehrheitsverhältnisse in den Verwaltungsbezirken 1990 - 1994
(Stimmenanteil der stärksten Partei und ihr Vorsprung vor der zweitstärksten Partei)

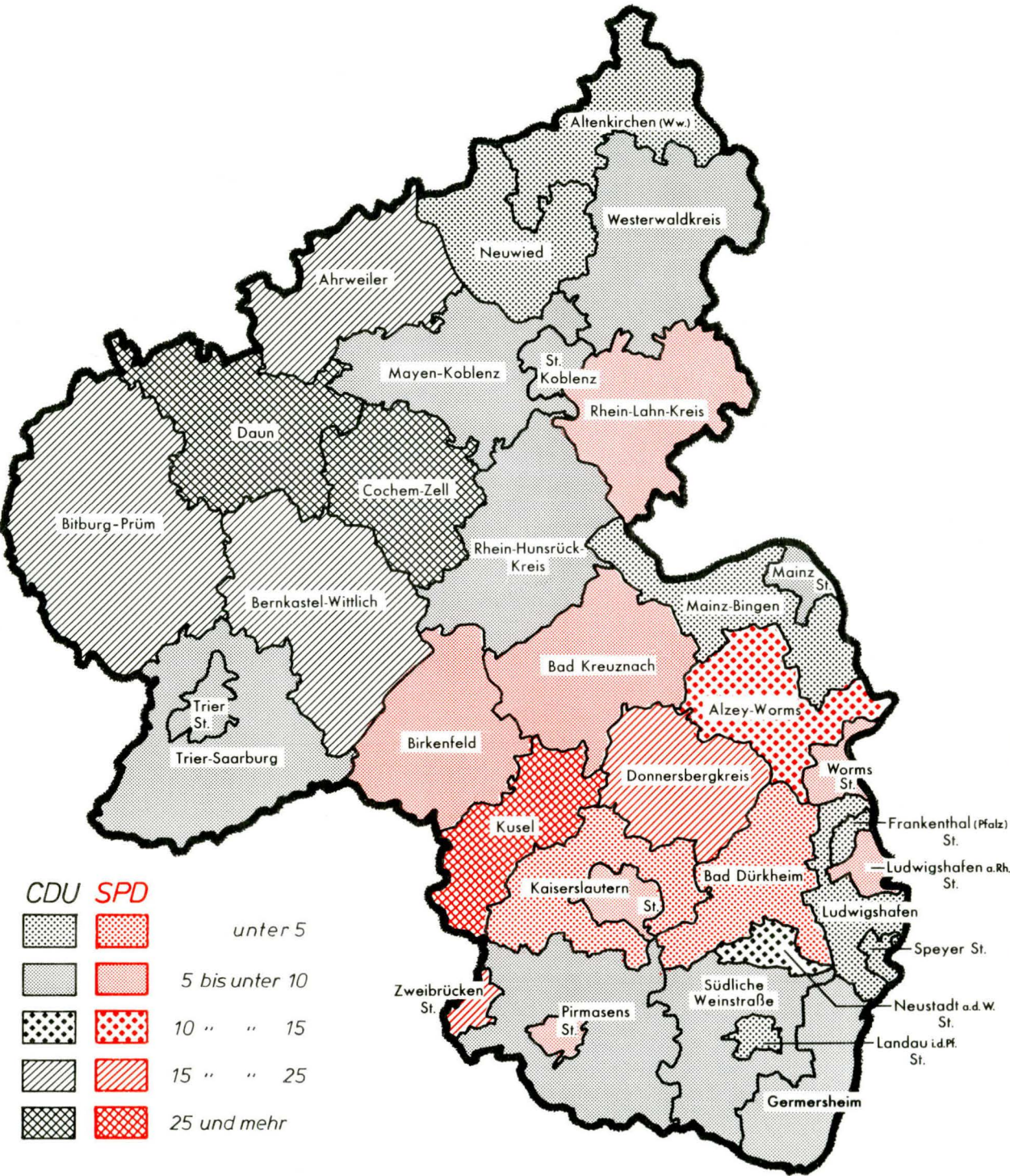
Verwaltungsbezirk	Europawahl 1994			Europawahl 1989			Bundestagswahl 1990 (Zweitstimmen)		
	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung	Partei	Anteil	Vorsprung
		%	% - Punkte		%	% - Punkte		%	% - Punkte
Rheinland - Pfalz	CDU	40,7	2,5	SPD	40,2	1,5	CDU	45,6	9,5
Regierungsbezirke									
Koblenz	CDU	43,0	4,6	CDU	41,5	1,4	CDU	47,4	12,3
Trier	CDU	47,6	13,4	CDU	47,5	13,1	CDU	51,0	19,1
Rheinhausen - Pfalz	SPD	39,0	1,8	SPD	41,8	7,5	CDU	42,8	4,8
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	CDU	38,8	0,1	SPD	41,0	4,6	CDU	45,6	10,1
Kaiserslautern	SPD	40,8	6,5	SPD	45,7	15,2	CDU	40,8	0,2
Koblenz	CDU	42,9	5,6	CDU	40,6	1,5	CDU	45,7	11,3
Landau i. d. Pfalz	CDU	38,1	0,6	SPD	37,3	0,2	CDU	43,1	7,7
Ludwigshafen am Rhein	SPD	42,7	7,8	SPD	47,5	16,3	SPD	41,7	0,7
Mainz	CDU	37,5	5,1	SPD	37,2	3,8	CDU	40,1	4,6
Neustadt a. d. Weinstr.	CDU	44,3	12,5	CDU	39,9	4,0	CDU	48,9	18,1
Pirmasens	SPD	42,5	6,2	SPD	47,5	14,4	CDU	43,1	2,6
Speyer	CDU	37,5	0,4	SPD	40,7	6,2	CDU	44,6	9,4
Trier	CDU	41,3	5,0	CDU	40,9	1,6	CDU	44,1	6,5
Worms	SPD	40,9	5,7	SPD	45,3	14,9	SPD	41,1	1,9
Zweibrücken	SPD	46,3	15,9	SPD	46,6	17,7	SPD	43,7	6,1
Landkreise									
Ahrweiler	CDU	52,1	23,9	CDU	53,2	25,0	CDU	57,2	33,2
Altenkirchen (Ww.)	CDU	42,8	3,2	CDU	41,9	0,6	CDU	48,2	12,2
Alzey - Worms	SPD	43,0	11,3	SPD	46,7	19,2	SPD	43,5	7,5
Bad Dürkheim	SPD	38,6	1,3	SPD	41,6	6,8	CDU	44,0	7,3
Bad Kreuznach	SPD	42,6	7,0	SPD	45,3	12,2	SPD	40,63	0,04
Bernkastel - Wittlich	CDU	49,0	17,4	CDU	48,2	17,2	CDU	53,5	25,8
Birkenfeld	SPD	44,6	9,6	SPD	47,8	15,6	SPD	42,8	2,9
Bitburg - Prüm	CDU	50,0	16,3	CDU	51,1	18,4	CDU	53,1	23,5
Cochem - Zell	CDU	58,8	31,8	CDU	56,1	28,7	CDU	61,7	39,3
Daun	CDU	55,3	26,3	CDU	54,7	25,5	CDU	58,9	34,1
Donnersbergkreis	SPD	47,1	17,7	SPD	48,9	21,6	SPD	44,4	7,0
Germersheim	CDU	42,3	7,3	CDU	39,9	3,8	CDU	48,3	15,5
Kaiserslautern	SPD	41,5	3,3	SPD	43,2	7,1	CDU	45,3	5,4
Kusel	SPD	52,9	26,7	SPD	54,1	29,6	SPD	53,2	20,4
Ludwigshafen	CDU	40,2	3,0	SPD	40,3	2,9	CDU	47,0	12,3
Mainz - Bingen	CDU	37,4	0,1	SPD	39,8	5,2	CDU	41,5	5,1
Mayen - Koblenz	CDU	45,6	6,9	CDU	43,7	3,2	CDU	48,8	13,4
Neuwied	CDU	41,6	1,5	SPD	42,4	2,7	CDU	45,8	9,1
Pirmasens	CDU	42,8	7,2	CDU	41,9	5,7	CDU	50,7	17,4
Rhein - Hunsrück - Kreis	CDU	43,6	7,9	CDU	42,5	4,8	CDU	47,4	13,7
Rhein - Lahn - Kreis	SPD	45,3	9,6	SPD	46,1	11,1	CDU	41,2	0,2
Südliche Weinstraße	CDU	42,8	8,5	CDU	40,7	6,2	CDU	47,7	15,5
Trier - Saarburg	CDU	45,1	7,3	CDU	45,3	7,5	CDU	48,7	12,5
Westerwaldkreis	CDU	44,3	6,7	CDU	43,3	4,2	CDU	49,7	16,2
Ausgewählte kreisangehörige Städte									
Andernach	CDU	44,2	5,0	SPD	42,2	1,6	CDU	48,3	12,7
Bad Kreuznach	CDU	38,3	1,0	SPD	42,4	9,0	CDU	41,1	3,1
Bad Neuenahr - Ahrweiler	CDU	53,7	27,8	CDU	53,3	26,4	CDU	57,9	35,7
Bingen am Rhein	CDU	42,5	7,5	CDU	39,8	1,6	CDU	47,1	13,1
Idar - Oberstein	SPD	43,7	8,6	SPD	48,4	16,3	SPD	42,3	2,7
Ingelheim am Rhein	SPD	36,7	1,1	SPD	40,0	6,8	CDU	39,8	4,5
Lahnstein	SPD	43,8	4,1	SPD	42,0	1,9	CDU	44,8	6,1
Mayen	CDU	42,64	0,05	SPD	47,5	9,9	CDU	43,9	2,6
Neuwied	SPD	46,6	10,9	SPD	49,5	17,0	SPD	43,3	3,5

SPD verlor vier kreisfreie Städte an die CDU

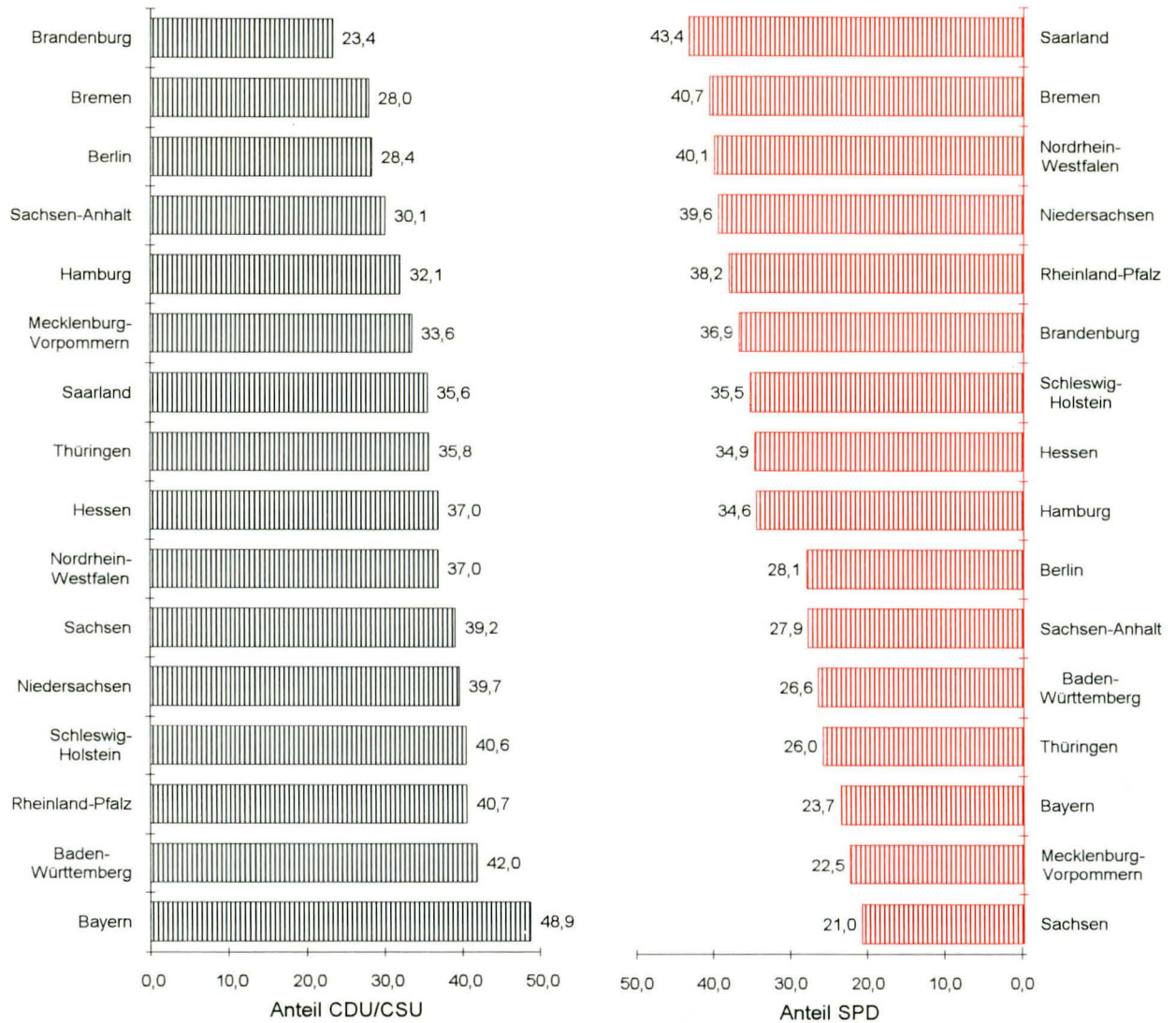
In den zwölf kreisfreien Städten von Rheinland-Pfalz wurde am 12. Juni die CDU siebenmal stärkste Partei, fünfmal die SPD. Bei der Europawahl 1989 waren die

Christdemokraten in drei Städten an der Spitze. Ihr bestes Ergebnis erzielte die CDU mit 44,3 % in Neustadt an der Weinstraße. Sie konnte ihren Vorsprung gegenüber der SPD von 4 Prozentpunkten im Jahre 1989 auf nunmehr 12,5 Prozentpunkte ausbauen. Das zweitbeste

Vorsprung der stärksten Partei vor der zweitstärksten Partei in Prozentpunkten bei der Europawahl 1994



Stimmenanteile der CDU/CSU und SPD in den Ländern bei der Europawahl 1994



117/94

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND - PFALZ

städtische Ergebnis wies die CDU 1994 mit 42,9 in Koblenz auf. Im Vergleich mit 1989 baute sie ihren Vorsprung gegenüber den Sozialdemokraten von 1,5 auf 5,6 Prozentpunkte aus. In der Stadt Zweibrücken erzielte die SPD ihr bestes Ergebnis. Mit 46,3 % wurde sie wieder wie 1989 stärkste Partei. Ihr Vorsprung gegenüber der CDU verringerte sich von 17,7 auf 15,9 Prozentpunkte. Den zweithöchsten Stimmenanteil in den Städten hatte die SPD mit 42,7 % in Ludwigshafen, ihr Vorsprung gegenüber der CDU verringerte sich allerdings von 16,3 Prozentpunkten 1989 auf jetzt 7,8. Noch wesentlich stärker schrumpfte der Vorsprung der SPD in Worms, von 14,9 Prozentpunkten 1989 auf nun 5,7, da der Stimmenanteil der Sozialdemokraten von 45,3 auf 40,9 % zurückging, gleichzeitig aber die Christdemokraten ihren Anteil von 30,4 auf 35,3 % erhöhen konnten.

Teilweise unterdurchschnittliche Verluste der SPD in ihren Hochburgen

In den 24 Landkreisen war 1994 die CDU sechzehnmal, die SPD achtmal stärkste Partei. Fünf Jahre zuvor lag die Relation noch bei 13 zu 11. Ihr bestes Ergebnis erzielten die Christdemokraten 1994 mit einem Stimmenanteil von 58,8 % im Landkreis Cochem-Zell und bauten damit den Vorsprung gegenüber der SPD von 28,7 auf 31,8 Prozentpunkte aus. Auch im Landkreis Daun, wo die CDU 1994 mit 55,3 % ihr zweitbestes Kreisergebnis hatte, konnte sie ihren Vorsprung gegenüber den an zweiter Stelle liegenden Sozialdemokraten noch etwas ausbauen. Dagegen mußte die CDU in den anderen beiden Landkreisen, in denen sie 1994 ebenfalls mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhielt, Verluste verzeichnen und eine Verringerung ihres Vor-

sprungs hinnehmen. Im Kreis Ahrweiler erhielt die CDU am 12. Juni noch 52,1 % der Stimmen, fünf Jahre zuvor lag ihr Anteil bei 53,2 %, ihr Vorsprung schrumpfte von 25 auf 23,9 Prozentpunkte. Im Landkreis Bitburg-Prüm ging der Stimmenanteil von 51,1 auf 50 % zurück, der Vorsprung gegenüber der SPD von 18,4 auf 16,3 Prozentpunkte. Das beste SPD-Ergebnis aller Landkreise wurde im Kreis Kusel mit einem Anteil von 52,9 % der gültigen Stimmen registriert. Die Verluste der Sozialdemokraten gegenüber der vorhergehenden Europawahl fielen mit 1,2 Prozentpunkten unterdurchschnittlich aus. Auch im Donnersbergkreis, einer weiteren Hochburg der SPD, nahm der Stimmenanteil der Partei weniger ab als im Landesdurchschnitt. Er ging von 48,9 % im Jahre 1989 auf nunmehr 47,1 % zurück, ein Verlust von 1,8 Prozentpunkten (Land : - 2 Prozentpunkte). Dagegen verlor die SPD im Landkreis Alzey-Worms, in dem sie 1989 noch mit 46,7 % ihr drittbestes Kreisergebnis erzielt hatte, 3,7 Prozentpunkte und erreichte 1994 noch 43 % der gültigen Stimmen. In den Kreisen Birkenfeld, Bad Dürkheim und Bad Kreuznach hatten die Sozialdemokraten zwar über dem Landesdurchschnitt liegende Verluste zu verzeichnen, blieben aber stärkste Partei. Mit Rückgängen der Stimmenanteile zwischen 2,3 und 3,1 Prozentpunkten mußte die SPD die Kreise Neuwied, Mainz-Bingen und Ludwigshafen, in denen sie 1989 noch stärkste Partei war, 1994 an die CDU abgeben.

Verluste der F.D.P. in allen kreisfreien Städten und Landkreisen

Ihre besten Ergebnisse erzielten die GRÜNEN bei der Europawahl 1994 in den Universitätsstädten Mainz und Trier. Hier erreichten sie 13,6 bzw. 12,4 % der gültigen Stimmen. Auch in den Städten Landau (11,3 %) und Speyer (10,4 %) sowie in den Kreisen Mainz-Bingen (11,4 %) und Alzey-Worms (10,2 %) gab mindestens jeder zehnte Wähler dieser Partei seine Stimme. Unter dem Landesdurchschnitt von 8,7 % liegende Stimmenanteile hatten die GRÜNEN in den Landkreisen der Regierungsbezirke Trier und Koblenz, mit Ausnahme des Kreises Bad Kreuznach, zu verzeichnen. Die größten Zuwachsraten gegenüber 1989 hatte die Partei mit 2,6 bzw. 2,5 Prozentpunkten in den Städten Trier und Pirmasens sowie im Landkreis Alzey-Worms mit 2 Prozentpunkten.

Die F.D.P. mit einem Stimmenanteil im Lande von 4 % und dem Rückgang um 1,7 Prozentpunkte gegenüber 1989 erzielte 1994 ihre besten Ergebnisse in Mainz,

dem Rhein-Hunsrück-Kreis sowie den Landkreisen Mainz-Bingen, Alzey-Worms und Birkenfeld. Hier entfiel jeweils mehr als jede zwanzigste gültige Stimme auf die Freidemokraten. Die höchsten Verluste im Vergleich zur Europawahl 1989 hatte die F.D.P. diesmal in den kreisfreien Städten Landau und Koblenz zu verzeichnen. Hier lag das Ergebnis um 2,8 bzw. 2,7 Prozentpunkte niedriger als fünf Jahre zuvor. Ebenfalls beträchtlich waren die Verluste im Landkreis Südliche Weinstraße mit 2,3 Prozentpunkten sowie im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Kreis Bad Kreuznach mit einem Minus von jeweils 2,2 Prozentpunkten. Zugewinne gegenüber 1989 konnte die Partei in keiner kreisfreien Stadt und keinem Landkreis erzielen.

In allen kreisfreien Städten und Landkreisen (Ausnahme : Kreis Birkenfeld) der Regierungsbezirke Koblenz und Trier lag der Erfolg der REPUBLIKANER bei der Europawahl 1994, zumeist sogar deutlich, unter ihrem Landesergebnis von 3,7 %. Die Hochburgen der Partei waren die Stadt Worms und der Landkreis Kusel sowie die Städte Frankenthal und Ludwigshafen, wo sie jeweils 6,4 bzw. 6 % der gültigen Stimmen für sich verbuchen konnte. Gegenüber der vorhergehenden Europawahl erlitten die REPUBLIKANER in allen Kreisen und Städten Verluste, mit Ausnahme der Stadt Pirmasens. Nur dort konnten sie ihr Ergebnis um 0,5 Prozentpunkte verbessern. Am höchsten fielen die Rückgänge in den Kreisen Bernkastel-Wittlich (- 2 Prozentpunkte), Gernersheim (- 1,8 Prozentpunkte) und Alzey-Worms (- 1,6 Prozentpunkte) sowie der Landeshauptstadt Mainz (- 1,6 Prozentpunkte) aus.

Briefwahl mehr zugunsten der CDU

Von den 2 214 195 Wählern machten bei der Europawahl 1994 fast 337 800 von der Möglichkeit der Briefwahl Gebrauch. Das entsprach einem Anteil von 15,3 %. Fünf Jahre davor lag dieser Wert mit 17,9 % noch etwas höher. Die Briefwähler gaben am 12. Juni 332 169 gültige Stimmen ab. Der Anteil der ungültigen Stimmen lag mit 1,7 % wesentlich niedriger als bei den Urnenwählern.

Von den gültigen Stimmen entfielen 32,9 % auf die SPD, deutlich weniger als im Gesamtergebnis (38,2 %). Die CDU erhielt 45,4 % der Briefwählerstimmen, während ihr Anteil am Gesamtergebnis 40,7 % ausmachte. Bei den GRÜNEN entsprach das Briefwahlergebnis von 8,6 % in etwa auch dem Gesamtergebnis dieser Partei. Für die F.D.P. entschieden sich 4,4 % der Briefwähler, etwas mehr als in der Gesamtwählerschaft (4 %).

Briefwahlergebnis der Europawahl 1994

Regierungsbezirk	Wähler	Gültige Stimmen		Von den gültigen Stimmen entfielen auf					
				SPD	CDU	GRÜNE	F.D.P.	REP	Sonstige
	Anzahl		%						
RB Koblenz	128 698	126 579	98,4	31,9	48,6	7,8	4,4	2,1	5,3
RB Trier	32 458	31 931	98,4	26,2	52,1	10,1	4,1	1,7	5,7
RB Rheinhessen - Pfalz	176 635	173 659	98,3	34,8	41,8	9,0	4,5	4,0	5,9
Rheinland - Pfalz	337 791	332 169	98,3	32,9	45,4	8,6	4,4	3,1	5,7

Sechs Abgeordnete kommen aus Rheinland-Pfalz

Die der Bundesrepublik im Europaparlament zustehenden 99 Sitze waren unter allen Parteien, die im Wahlgebiet mindestens 5 % der gültigen Stimmen erreichten, aufzuteilen. Der mit einer Bundesliste angetretenen SPD stehen nach den Feststellungen des Bundeswahlausschusses 40 Sitze zu. Aus Rheinland-Pfalz ziehen drei Sozialdemokraten ins Europaparlament ein. Die mit Landeslisten auftretenden Christdemokraten entsenden 39 Abgeordnete, die CSU erhält acht Sitze im Europaparlament. Mit diesen insgesamt 47 Sitzen liegen die Unionsparteien um sieben Sitze vor den Sozialdemokraten. In der davorliegenden Wahlperiode betrug der

Vorsprung der CDU / CSU ein Mandat. Die Sitze für die CDU wurden im Bundesgebiet insgesamt ermittelt. Nach der Verteilung auf die einzelnen Länder ergeben sich für Rheinland-Pfalz drei Mandate. Die mit einer gemeinsamen Liste für alle Länder an der Wahl teilnehmenden GRÜNEN erhalten 12 Sitze in der Straßburger Volksvertretung. Ein rheinland-pfälzischer Abgeordneter ist nicht unter ihnen. Bisher gehörten von den insgesamt fünf rheinland-pfälzischen Abgeordneten jeweils zwei der CDU und der SPD an, ein Parlamentarier wurde von den GRÜNEN gestellt.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer 1993 unter besonderer Berücksichtigung der Teilzeitarbeit

Der bereits 1992 einsetzende Beschäftigungsrückgang kam 1993 in den Zahlen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer deutlich zum Ausdruck. Unterschiedlich betroffen waren die einzelnen Branchen. Auch bei Arbeitern und Angestellten waren in der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen wesentliche Abweichungen festzustellen. Diese Veränderungen sollen hier untersucht werden. Außerdem soll auf die derzeit allgemein diskutierte Teilzeitbeschäftigung eingegangen und deren Entwicklung in den zurückliegenden Jahren dargestellt werden.

Ende Juni 1993 lag die Beschäftigtenzahl um 1,8 % niedriger als ein Jahr zuvor

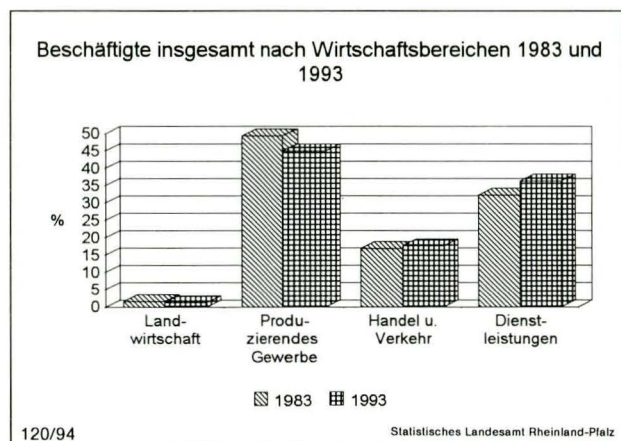
Am 30. Juni 1993 arbeiteten in Rheinland-Pfalz 1,191 Millionen Arbeitnehmer, die der Sozialversicherungspflicht unterlagen. Das waren 21 900 oder 1,8 % weniger als ein Jahr davor. Bereits im vierten Quartal 1992 war erstmalig seit Anfang der achtziger Jahre ein Rückgang der Beschäftigtenzahl in Höhe von 0,6 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal zu verzeichnen gewesen. Die Zahl der Beschäftigten lag allerdings noch minimal über der 1,2-Millionen-Grenze. Bereits Ende März 1993 war diese Grenze um gut 8 000 Personen

unterschritten. Zwischen den Stichtagen März und Juni wurde in früheren Jahren üblicherweise ein kräftiger Anstieg der Beschäftigtenzahlen registriert (z. B. 1990: 10 000), 1993 war dagegen ein Rückgang um gut 400 zu verzeichnen. Die zwischenzeitlich vorliegenden Ergebnisse für September 1993 zeigen zwar gegenüber Juni einen Anstieg um rund 10 900 Beschäftigte, liegen aber trotzdem 1,8 % unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Das September-Ergebnis stellte in allen zurückliegenden Jahren den höchsten Stand der Beschäftigung eines Jahres dar. Mit 1,202 Millionen Beschäftigten dürfte das auch 1993 der Fall sein. Entscheidend für die Einschätzung der Arbeitsmarktlage sind aber die Veränderungen zwischen den Quartalen. Der jetzt registrierte Anstieg zwischen Juni und September in Höhe von 10 900 liegt weit unter den noch 1990 und 1991 registrierten Werten. Damals stiegen die Beschäftigtenzahlen noch um 26 200 bzw. 23 300 Arbeitnehmer an.

Entwicklung hin zum Dienstleistungsbereich hielt an

Sieht man von dem Bereich der Land- und Forstwirtschaft, der im Rahmen dieser Statistik nur eine untergeordnete Rolle spielt, ab, dann entfällt der Rückgang der Beschäftigtenzahlen zwischen Juni 1992 und 1993 fast nur auf den Bereich des produzierenden Gewerbes. Hier nahm die Beschäftigtenzahl innerhalb eines Jahres um über 27 900 auf nunmehr gut 534 400 ab. Dieser Rückgang um 5 % betraf allerdings nur das verarbeitende Gewerbe, während im Baugewerbe die Zahl der Beschäftigten um mehr als 900 oder 1,1 % zunahm. Die Entwicklung zwischen Juni und September 1993 ist durch einen weiteren Rückgang der Beschäftigtenzahlen im verarbeitenden Gewerbe um 1 100 gekennzeichnet, während das Baugewerbe mit einem Plus von 2 900 Beschäftigten weiterhin im Aufwärtstrend liegt.

Die Abnahme der Beschäftigtenzahl im verarbeitenden Gewerbe zwischen Juni 1992 und 1993 um mehr als 28 800 bzw. 6,2 % betraf prozentual gesehen mit am stärksten das Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe. Hier ging die Beschäftigtenzahl innerhalb eines Jahres um 9,3 % auf jetzt 22 600 Arbeitnehmer zurück. Im drit-



**Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer Juni 1992 bis September 1993
nach wirtschaftlicher Gliederung**

Wirtschaftsbereiche, ausgewählte Wirtschaftsabteilungen und -unterabteilungen	1992			1993			Veränderung zum Vorquartal				
	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni	Sept.	Sept. 1992	Dez. 1992	März 1993	Juni 1993	Sept. 1993
	Anzahl						%				
Beschäftigte insgesamt	1 213 360	1 224 954	1 200 047	1 191 912	1 191 478	1 202 361	1,0	-2,0	-0,7	0,0	0,9
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15 326	15 133	13 539	14 206	14 826	14 570	-1,3	-10,5	4,9	4,4	-1,7
Produzierendes Gewerbe	562 374	564 347	547 282	537 845	534 426	536 310	0,4	-3,0	-1,7	-0,6	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	461 437	461 158	447 870	438 621	432 617	431 510	-0,1	-2,9	-2,1	-1,4	-0,3
Chemische Industrie	78 189	78 027	76 250	75 104	74 127	73 744	-0,2	-2,3	-1,5	-1,3	-0,5
Kunststoffverarbeitung	26 645	26 241	25 234	24 610	24 131	23 883	-1,5	-3,8	-2,5	-1,9	-1,0
Eisen- und Metallerzeugung	23 174	23 193	22 263	21 576	21 301	21 065	0,1	-4,0	-3,1	-1,3	-1,1
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	128 401	128 746	126 373	121 796	118 980	118 251	0,3	-1,8	-3,6	-2,3	-0,6
Elektrotechnik, Feinmechanik	60 279	59 907	57 930	56 455	55 610	55 145	-0,6	-3,3	-2,5	-1,5	-0,8
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	47 183	47 648	46 415	46 040	45 954	46 781	1,0	-2,6	-0,8	-0,2	1,8
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	24 902	24 619	23 765	23 212	22 584	22 215	-1,1	-3,5	-2,3	-2,7	-1,6
Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	39 360	39 710	38 565	38 461	38 467	38 944	0,9	-2,9	-0,3	0,0	1,2
Baugewerbe	86 827	88 919	85 256	85 151	87 739	90 644	2,4	-4,1	-0,1	3,0	3,3
Handel und Verkehr	210 197	213 228	210 125	210 242	210 369	212 580	1,4	-1,5	0,1	0,1	1,1
Handel	162 101	164 242	162 492	162 553	162 340	164 261	1,3	-1,1	0,0	-0,1	1,2
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	48 096	48 986	47 633	47 689	48 029	48 319	1,9	-2,8	0,1	0,7	0,6
Sonstige Wirtschaftsbereiche	425 463	432 246	429 101	429 619	431 857	438 889	1,6	-0,7	0,1	0,5	1,6
Kreditinstitute und Versicherungen	40 287	41 296	41 305	41 061	40 795	41 574	2,5	0,0	-0,6	-0,6	1,9
Dienstleistungen a. n. g.	254 664	260 472	258 150	259 822	263 433	270 023	2,3	-0,9	0,6	1,4	2,5
Gaststätten, Beherbergungs- gewerbe	45 863	46 882	44 369	45 387	48 070	49 574	2,2	-5,4	2,3	5,9	3,1
Wissenschaft und Bildung	53 776	54 366	55 259	55 602	55 742	56 470	1,1	1,6	0,6	0,3	1,3
Gesundheitswesen	76 915	78 663	79 313	79 427	79 274	81 167	2,3	0,8	0,1	-0,2	2,4
Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	104 754	104 365	103 419	102 138	100 862	100 196	-0,4	-0,9	-1,2	-1,2	-0,7
Gebietskörperschaften	95 231	94 655	93 521	92 266	90 986	90 099	-0,6	-1,2	-1,3	-1,4	-1,0

ten Quartal des Jahres 1993 fiel der Rückgang der Beschäftigung mit 1,6 % relativ am stärksten aus. Die absolut gerechnet meisten Arbeitsplätze gingen zwischen Jahresmitte 1992 und 1993 im größten Sektor des verarbeitenden Gewerbes, dem Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau, verloren. Hier wurden Ende Juni 1993 nur noch knapp 119 000 Beschäftigte gezählt. Das waren gut 9 400 oder 7,3 % weniger als ein Jahr zuvor. Im dritten Quartal des Berichtsjahres ging die Beschäftigtenzahl noch einmal um über 700 zurück (- 0,6 %). Auch der zahlenmäßig zweitgrößte Sektor des verarbeitenden Gewerbes, die chemische Industrie, ist mit einem Verlust von deutlich über 4 000 Arbeitsplätzen innerhalb eines Jahres stark von der wirtschaftlichen Rezession betroffen.

Eine günstigere Entwicklung nahmen im Betrachtungszeitraum die Wirtschaftsbereiche Handel und Verkehr sowie Dienstleistungen. Während der erstgenannte Bereich zwischen Juni 1992 und 1993 seine Beschäftigtenzahl etwa konstant hielt, lag der Zuwachs im Bereich der Dienstleistung bei rund 6 400 Beschäftigten bzw. 1,5 % und verstärkte sich im dritten Vierteljahr 1993 sogar noch (+ 7 000). Bei näherer Betrachtung des Dienstleistungsbereiches zeigten sich allerdings Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftsbranchen. So nahm im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe die Beschäftigtenzahl zwischen Juni 1992 und 1993 um 4,8 % und im Sektor Wissenschaft und Bildung um 3,7 % zu. Auch im Gesundheitswesen wurde Mitte 1993 eine um 3,1 % höhere Zahl an Arbeitnehmern registriert als ein Jahr zuvor. Dagegen lag Ende Juni 1993 bei den Gebietskörperschaften die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um über 4 200 Personen oder 4,5 % niedriger als im Juni 1992. Diese Entwicklung ist allerdings speziell in diesem Bereich nur bedingt aussagefähig, da hier der große Kreis der Beamtinnen und Beamten außer Betracht bleiben muß. Die Ergebnisse für September 1993 bestätigen die festgestellten Zunahmen in den genannten Bereichen bzw. den Rückgang der Zahlen bei den Gebietskörperschaften.

Erneut Zunahme der Angestellten

Von der im Berichtsjahr abgelaufenen Entwicklung, nämlich einer Abnahme der Beschäftigung im produzie-

renden Bereich und einer Zunahme im Dienstleistungsbereich, konnten die Frauen in ihrer Gesamtbeschäftigung profitieren und ihren Beschäftigtenanteil von 41,3 % im Juni 1992 auf 42,1 % ein Jahr später steigern. Die Zahl der beschäftigten Frauen im produzierenden Gewerbe nahm zwar im Berichtszeitraum mit 5,9 % stärker ab als die der Männer (4,7 %), wirkte sich aber wegen des wesentlich niedrigeren Frauenanteils in diesem Bereich (1993: 22,3 %), in absoluten Zahlen ausgedrückt, nicht so stark aus. Die Beschäftigungszunahme im Dienstleistungsbereich mit seinem hohen Frauenanteil (1993: 62,9 %) kam dagegen voll zum Tragen. Die weiblichen Arbeitnehmer zeigten hier sogar überdurchschnittliche Zuwachsraten. Ihre Beschäftigtenzahl nahm in diesem Bereich zwischen Juni 1992 und 1993 um 2,9 % zu, wohingegen ihre männlichen Kollegen im gleichen Zeitraum einen Beschäftigtenrückgang um 0,7 % hinnehmen mußten. Bei dieser für Frauen günstigen Entwicklung spielte der positive Beschäftigungsverlauf beim Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, im Bildungsbereich und im Gesundheitswesen, alles Bereiche mit einem hohen Frauenanteil, eine wesentliche Rolle. Auch von dem Anstieg der Beschäftigtenzahlen im dritten Quartal des Jahres 1993 um rund 10 900 Personen verbuchten die Arbeitnehmerinnen den größten Teil für sich. Ihre Zahl stieg zwischen Juni und September 1993 um nicht ganz 7 400 oder 1,5 %, während die Beschäftigtenzunahme bei den Männern mit 0,5 % wesentlich geringer ausfiel.

Die Zahl der Angestellten überzog erstmals Ende 1992 die der Arbeiter. Seit diesem Zeitpunkt wurde diese Entwicklung durch die Abnahme im produzierenden Bereich und die Zunahme im Dienstleistungssektor noch verstärkt. Ende Juni 1993 wurden über 604 800 Angestellte, aber nur noch 586 600 Arbeiter gezählt. Innerhalb eines Jahres ging damit die Zahl der als Arbeiter beschäftigten um 4,4 % zurück. Gleichzeitig stieg die Angestelltenzahl um 0,9 % an. Auch im dritten Vierteljahr 1993 verlief die Entwicklung weiterhin zugunsten der

Angestellten, deren Zahl um fast 8 800 auf 613 600 zunahm. Demgegenüber konnten die Arbeiter von der Zunahme der Beschäftigung zwischen Juni und September mit einem Plus von 2 100 Personen nur geringfügig profitieren. Ursache für diese Entwicklung ist, ähnlich wie bei der Frauenbeschäftigung, der geringe Anteil der Angestellten im zurückgehenden Produktionsbereich und ihr hoher Anteil im wachsenden Dienstleistungssektor. Vom Stellenabbau des Jahres 1992/93 im produzierenden Gewerbe waren zwar sowohl Arbeiter als auch Angestellte betroffen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. So nahm die Zahl der Angestellten zwischen Juni 1992 und 1993 in diesem Sektor um 2,5 %, die der Arbeiter dagegen um 6,1 % ab. Der Anteil der Angestellten erhöhte sich dadurch von 30,8 auf 31,6 %. Im Dienstleistungsbereich, an dem die Arbeiter nur einen Anteil von gut 30 % haben, ging ihre Beschäftigtenzahl im Untersuchungszeitraum um 1,7 % auf nunmehr 131 100 zurück. Gleichzeitig stieg die Zahl der Angestellten in diesem Bereich von Ende Juni 1992 um 3 % auf nunmehr fast 300 800 an.

Zwischen der Zunahme der Frauenbeschäftigung und dem Anstieg der Beschäftigtenzahlen bei Angestellten besteht ein enger Zusammenhang, da Frauen, wenn sie eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit ausüben, zu über 70 % als Angestellte arbeiten. Von allen Angestellten waren am 30. Juni 1993 über 59 % Frauen, im Dienstleistungsbereich sogar mehr als 67 %. Demgegenüber lag bei den Angestellten im Produktionsbereich der Frauenanteil nur bei gut 39 %.

Sozial- und Erziehungsberufe mit hohen Steigerungsraten

Die Verschiebungen zwischen den Wirtschaftsbereichen gingen mit einer Veränderung in der beruflichen Gliederung der Beschäftigten einher. Die Zahl der in Fertigungsberufen tätigen Arbeitnehmer ging von Juni

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer Juni 1992 und 1993 nach beruflicher Gliederung

Berufsbereiche und ausgewählte Berufsabschnitte	30. Juni 1992			30. Juni 1993			Veränderung 1993 zu 1992		
	insgesamt	Frauen	Auszubildende	insgesamt	Frauen	Auszubildende	insgesamt	Frauen	Auszubildende
	Anzahl						%		
Insgesamt	1 213 360	501 470	81 738	1 191 478	501 035	76 425	-1,8	-0,1	-6,5
Landwirtschaftliche Berufe zusammen	19 089	4 423	1 841	18 185	4 213	1 638	-4,7	-4,7	-11,0
Fertigungsberufe zusammen	440 176	71 989	31 567	416 827	65 535	29 523	-5,3	-9,0	-6,5
Chemie-, Kunststoffarbeiter	40 718	6 968	798	37 749	6 166	679	-7,3	-11,5	-14,9
Schlosser, Mechaniker	96 582	3 752	13 271	92 842	3 821	12 663	-3,9	1,8	-4,6
Elektriker	35 178	1 430	6 109	34 198	1 233	5 694	-2,8	-13,8	-6,8
Ernährungsberufe	34 389	13 998	2 630	34 102	13 939	2 205	-0,8	-0,4	-16,2
Bauberufe	49 472	235	2 015	48 938	249	1 977	-1,1	6,0	-1,9
Technische Berufe zusammen	81 183	11 991	3 507	80 529	12 267	3 337	-0,8	2,3	-4,8
Dienstleistungsberufe zusammen	669 980	412 591	43 692	673 167	418 546	40 866	0,5	1,4	-6,5
Warenkaufleute	94 959	65 075	8 240	94 225	64 615	7 053	-0,8	-0,7	-14,4
Dienstleistungskaufleute	40 796	20 300	3 823	41 535	20 909	3 723	1,8	3,0	-2,6
Verkehrsberufe	92 260	15 870	478	89 767	15 740	567	-2,7	-0,8	18,6
Büroberufe	230 299	154 133	13 388	230 348	155 008	11 997	0,0	0,6	-10,4
Gesundheitsdienstberufe	71 933	60 573	9 536	74 614	62 882	9 270	3,7	3,8	-2,8
Sozial- und Erziehungsberufe	43 921	31 671	2 758	47 200	34 477	3 317	7,5	8,9	20,3

1992 auf Juni 1993 um 5,3 % auf 416 800 zurück. Besonders deutliche Rückgänge wiesen die lederverarbeitenden Berufe (– 16,1 %) und Textil- und Bekleidungsberufe (– 12,7 %) auf. Aber auch Metallherzeuger und -bearbeiter sowie chemische und kunststoffverarbeitende Berufe wiesen mit Abnahmen um 11,9 bzw. 7,3 % eine deutlich negative Bilanz auf. Eine wesentlich günstigere Entwicklung war bei Ernährungs- und Bauberufen zu verzeichnen, bei denen die Rückgänge mit 0,8 und 1,1 % unterdurchschnittlich ausfielen. Die Zahl der in technischen Berufen Beschäftigten ging im Berichtszeitraum um 0,8 % zurück und damit weit geringer als die Gesamtbeschäftigung (– 1,8 %). Die Dienstleistungsberufe hatten einen Anstieg von insgesamt 0,5 % auf nunmehr 673 200 Arbeitnehmer. Weit höher fielen dabei die Zunahmen mit 3,7 % bei den Gesundheitsdienstberufen und mit 7,5 % bei den Sozial- und Erziehungsberufen aus. Bei den Gesundheitsdienstberufen nahm die Zahl der beschäftigten Frauen zwischen 1992 und 1993 in etwa dem gleichen Ausmaß zu wie die Gesamtzahl der Beschäftigten dieses Bereiches, bei den Sozial- und Erziehungsberufen lag die Steigerungsrate mit 8,9 % jedoch wesentlich höher.

Ende Juni 1993 wurden gut 76 400 Beschäftigte gezählt, die in beruflicher Ausbildung standen. Das waren 6,5 % weniger als ein Jahr davor. Besonders starke Abnahmen gegenüber dem Vorjahr verzeichneten innerhalb der Fertigungsberufe die Ernährungsberufe (– 16,2 %), die Metallherzeuger und -bearbeiter (– 15,7 %) sowie die chemischen und kunststoffverarbeitenden Berufe (– 14,9 %). Bei den Dienstleistungsberufen hatten Warenkaufleute mit – 14,4 % und Büroberufe mit – 10,4 % die höchsten Rückgänge. Die größte Zuwachsrate bei den Auszubildenden wurde mit einem Plus von über 20 % in den Sozial- und Erziehungsberufen beobachtet.

Geringfügig Beschäftigte nicht in den Ergebnissen über Teilzeitarbeit enthalten

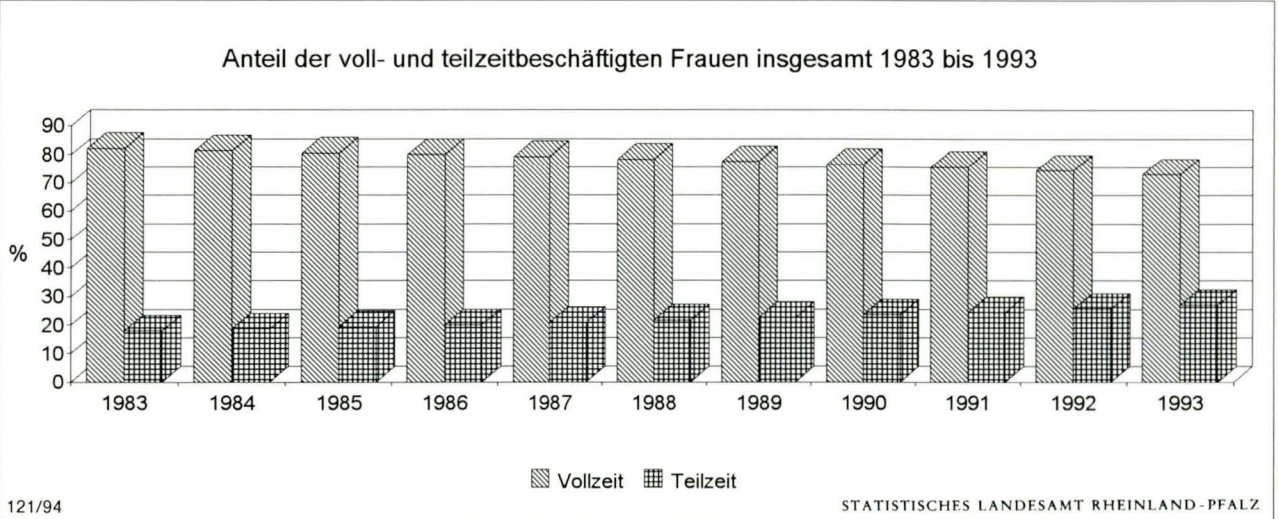
Immer wieder in den zurückliegenden Jahren, verstärkt in den letzten Monaten, wurde über die Aspekte der Teilzeitarbeit diskutiert und ihre Ausweitung gefor-

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, darunter Teilzeit, 1983 bis 1993 nach Geschlecht

Jahr (30.6.)	Beschäftigte insgesamt		Frauen			
	insgesamt	darunter Teilzeit	zusammen		darunter Teilzeit	
			Anzahl		Anzahl	
				%		%
1983	1 071 357	78 985	7,4	409 094	73 283	17,9
1984	1 074 240	82 324	7,7	411 290	76 485	18,6
1985	1 080 102	87 491	8,1	417 118	81 054	19,4
1986	1 090 374	90 548	8,3	419 488	83 936	20,0
1987	1 106 335	96 428	8,7	431 709	89 547	20,7
1988	1 115 318	101 936	9,1	439 247	95 050	21,6
1989	1 128 276	108 157	9,6	447 365	100 680	22,5
1990	1 165 059	117 477	10,1	466 385	109 799	23,5
1991	1 197 788	126 744	10,6	486 546	118 817	24,4
1992	1 213 360	136 985	11,3	501 470	128 631	25,7
1993	1 191 478	144 189	12,1	501 035	135 202	27,0

dert, um eine Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt zu erreichen. Es sollen deshalb die zu diesem Themenbereich vorliegenden Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik dargestellt werden.

Der Unterscheidung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer nach Voll- und Teilzeitbeschäftigten liegen die Angaben der Arbeitgeber über die arbeitsvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit zugrunde. Als Teilzeitbeschäftigte gelten dabei alle Arbeitnehmer, die nicht vollzeitbeschäftigt sind. In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß die Beschäftigtenstatistik allerdings nur einen Teil der Teilzeitbeschäftigten abbildet. Im Rahmen der Teilzeitarbeit gibt es außer den Beamten mit Teilzeitbeschäftigung auch noch die Gruppe der geringfügig Beschäftigten. Hierbei handelt es sich um Arbeitnehmer, deren Wochenarbeitszeit unter 15 Stunden liegt und deren regelmäßiges monatliches Arbeitsentgelt unter einer festgelegten Grenze (1993: 530 DM) liegt. Diese Arbeitnehmer müssen ihr Einkommen weder versteuern noch Beiträge zur Kranken- oder Rentenversicherung abführen. Über die Zahl derartiger Arbeitsverhältnisse liegen nur sehr ungenaue Angaben vor. Nach den Ergebnissen der Mikrozensus-Stichprobe von 1992, bei der möglicherweise auch keine komplette Erfassung dieses



Personenkreis gelungen ist, belief sich die Zahl der geringfügig Beschäftigten in Rheinland-Pfalz auf über 60 000 Personen, davon rund 50 000 Frauen. Stellt man dieser Zahl die in der Beschäftigtenstatistik für 1992 gezählten 137 000 Teilzeitbeschäftigten gegenüber, dann wird erkennbar, daß in den folgenden Ausführungen über die Teilzeitarbeit doch eine große und wichtige Personengruppe fehlt.

Höchste Zuwachsrate der Teilzeitarbeitsplätze im Gesundheitswesen

Von den 1,191 Millionen Arbeitnehmern, die Ende Juni 1993 sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, übten 144 200 eine Teilzeitarbeit aus. Ihr Anteil belief sich auf 12,1 %. Zehn Jahre zuvor waren erst 7,4 % der Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt. Die Teilzeitarbeit ist noch immer eine Domäne der Frauen. So waren 1993 fast 94 % aller Teilzeitbeschäftigten Frauen. Von den insgesamt 501 000 beschäftigten Frauen gingen 135 200 oder 27 % einer Teilzeitarbeit nach. Vor zehn Jahren waren erst 73 300 Frauen bzw. 17,9 % aller weiblichen Arbeitnehmer teilzeitbeschäftigt. In diesem Zeitraum belief sich die Gesamtzunahme der Frauenbeschäftigung auf 22,5 %, die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg dagegen um 84,5 %. Entsprechend gering fiel mit 8,9 % der Anstieg der Vollzeitarbeitsplätze aus. Seit Mitte der achtziger Jahre nahm die Zahl der teilzeitbeschäftigten Frauen von Quartal zu Quartal kontinuierlich

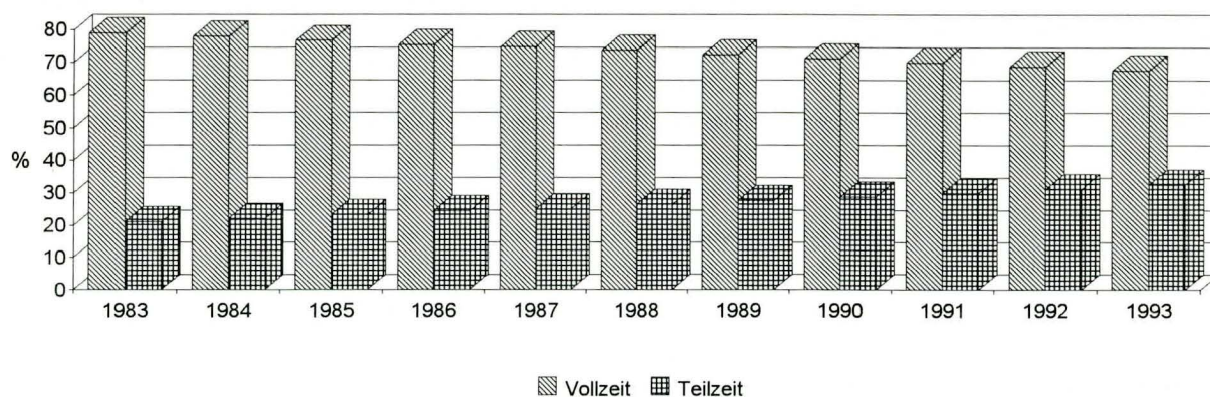
zu, während bei den Vollzeitbeschäftigten die üblichen jahreszeitlich bedingten Zu- und Abnahmen zu beobachten waren. Auch im Zeitraum September 1992 bis Juni 1993, als die Gesamtzahl der beschäftigten Frauen rezessionsbedingt um über 7 300 abnahm, stieg die Zahl der Teilzeitbeschäftigten noch an. Trotzdem verbirgt sich hinter dieser Entwicklung ein Verlust von fast 12 700 Vollzeitarbeitsplätzen für Frauen, dem lediglich ein Zugewinn von nicht ganz 5 400 Arbeitsplätzen für Teilzeitbeschäftigte gegenüberstand. Unterstellt man vereinfachend bei der Einrichtung von zwei Teilzeitarbeitsplätzen den Wegfall eines Vollzeitarbeitsplatzes, dann sind allein zwischen September 1992 und Juni 1993 rund 10 000 Arbeitsplätze für vollzeitbeschäftigte Frauen ersatzlos weggefallen.

Die Teilzeitbeschäftigung von Frauen verteilt sich recht unterschiedlich auf die verschiedenen Wirtschaftszweige. Mit 29 700 Teilzeitbeschäftigten weist der Handel die absolut gesehen höchste Zahl an Teilzeitarbeitsverhältnissen auf. Ende Juni 1993 arbeiteten hier 22 % aller Frauen mit Teilzeitarbeit. Gegenüber 1983 bedeutete dies einen Anstieg der Zahl dieser Arbeitnehmerinnen um 84,5 %, während die Anzahl der Vollzeitarbeitsplätze im gleichen Zeitraum nur um 2 % zunahm. Im Bereich des Gesundheitswesens, in dem in den zurückliegenden zehn Jahren die Gesamtbeschäftigung der Frauen um über 39 % anstieg, wurden Ende Juni 1993 mehr als 17 000 Teilzeitbeschäftigte gezählt, ein Anstieg um mehr als 137 %. Hier war auch bei den Vollzeitbeschäftigten mit einem Plus von fast 22 % eine

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen, Voll- und Teilzeit, 1983 bis 1993 nach ausgewählten Wirtschaftsgliederungen

Jahr (30. 6.)	Frauen zusammen		darunter nach ausgewählten Wirtschaftsgliederungen									
			Verarbeitendes Gewerbe		Handel		Wissenschaft, Bildung		Gesund- heitswesen		Gebietskörper- schaften	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Vollzeitbeschäftigte												
1983	335 811	82,1	99 655	91,6	60 538	79,0	18 022	63,8	39 877	84,8	26 629	72,3
1984	334 805	81,4	97 822	91,1	58 961	78,0	18 314	63,6	40 408	84,2	26 444	71,4
1985	336 064	80,6	97 467	90,7	57 710	76,8	18 640	63,8	40 955	83,5	26 480	70,1
1986	335 552	80,0	97 792	90,4	55 755	75,5	19 091	64,6	41 609	82,8	26 965	68,3
1987	342 162	79,3	97 323	89,7	57 715	74,9	19 538	63,3	42 782	82,0	26 992	67,1
1988	344 197	78,4	96 696	89,3	58 581	73,7	19 225	62,7	42 956	80,8	26 613	65,8
1989	346 685	77,5	98 016	89,0	58 848	72,4	19 077	61,4	43 410	80,0	26 219	64,8
1990	356 586	76,5	100 401	88,5	60 544	71,1	19 411	61,1	44 496	78,5	26 161	63,4
1991	367 729	75,6	103 277	88,0	62 768	70,0	20 113	60,5	45 843	77,0	25 940	62,3
1992	372 839	74,3	100 603	87,3	63 234	68,8	21 375	59,6	47 898	75,5	25 642	60,7
1993	365 833	73,0	92 568	86,2	61 758	67,5	22 074	58,8	48 511	74,0	24 802	59,3
Teilzeitbeschäftigte												
1983	73 283	17,9	9 158	8,4	16 096	21,0	10 236	36,2	7 166	15,2	10 185	27,7
1984	76 485	18,6	9 530	8,9	16 651	22,0	10 472	36,4	7 607	15,8	10 610	28,6
1985	81 054	19,4	9 995	9,3	17 464	23,2	10 578	36,2	8 080	16,5	11 274	29,9
1986	83 936	20,0	10 393	9,6	18 101	24,5	10 468	35,4	8 626	17,2	12 500	31,7
1987	89 547	20,7	11 166	10,3	19 290	25,1	11 345	36,7	9 366	18,0	13 245	32,9
1988	95 050	21,6	11 571	10,7	20 954	26,3	11 431	37,3	10 195	19,2	13 813	34,2
1989	100 680	22,5	12 068	11,0	22 472	27,6	11 997	38,6	10 883	20,0	14 270	35,2
1990	109 799	23,5	13 086	11,5	24 568	28,9	12 341	38,9	12 203	21,5	15 082	36,6
1991	118 817	24,4	14 128	12,0	26 900	30,0	13 136	39,5	13 657	23,0	15 701	37,7
1992	128 631	25,7	14 695	12,7	28 675	31,2	14 475	40,4	15 556	24,5	16 623	39,3
1993	135 202	27,0	14 797	13,8	29 697	32,5	15 443	41,2	17 010	26,0	17 026	40,7

Anteil der voll- und teilzeitbeschäftigten Frauen im Handel 1983 bis 1993



122/94

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

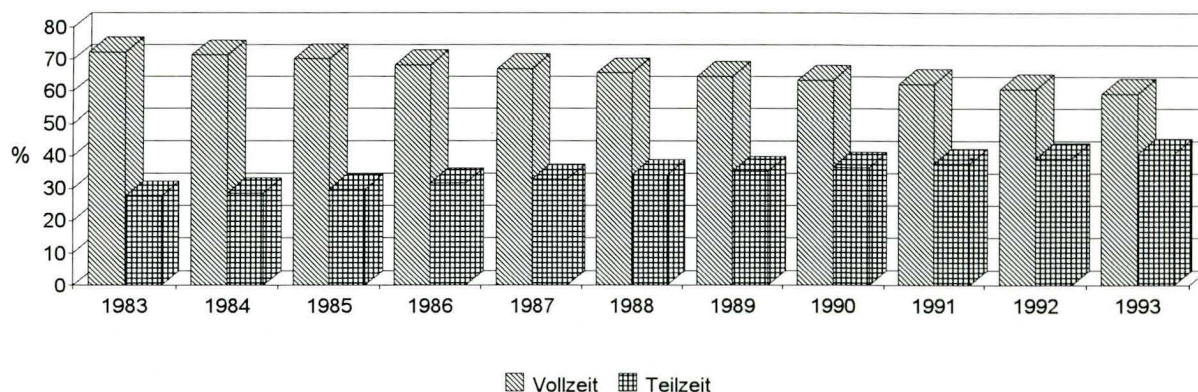
überdurchschnittlich positive Entwicklung zu verzeichnen. Zum Stichtag 30. 6. 1993 waren 12,6 % aller teilzeitbeschäftigten Frauen in diesem Bereich tätig, zehn Jahre zuvor lag dieser Anteil erst bei knapp 10 %. Eine ebenfalls sehr günstige Gesamtentwicklung zeigte in den vergangenen zehn Jahren der Bereich Wissenschaft und Bildung. Hier stieg die Gesamtzahl der beschäftigten Frauen um 32,8 % auf nunmehr 37 500 an. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nahm im gleichen Zeitraum um fast 51 % auf jetzt gut 15 400 zu. Damit gingen Ende Juni 1993 über 41 % aller Arbeitnehmerinnen dieses Bereichs einer Teilzeitbeschäftigung nach. Zehn Jahre davor lag der Anteil erst bei 36,2 %.

Im Bereich der Gebietskörperschaften hat in der zurückliegenden Dekade bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine echte Umschichtung zwischen Vollzeit- und Teilzeitarbeitsplätzen stattgefunden. Hier ging die Zahl der vollzeitbeschäftigten Frauen um 1 800 bzw. 6,9 % auf jetzt 24 800 zurück. Gleichzeitig entstanden über 6 800 neue Teilzeitarbeitsplätze, eine Zunahme um 67,2 %. Ende Juni 1993 standen gut 17 000 der rund 41 800 in diesem Bereich beschäftigten Frauen in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Ihr Anteil betrug 40,7 %, zehn Jahre davor lag er erst bei 27,7 %.

Ungünstiger verlief die zurückliegende Entwicklung bei den im verarbeitenden Gewerbe tätigen Frauen. Hier gab es zwischen 1983 und 1993 einen Verlust von fast 7 100 Vollzeitarbeitsplätzen (- 7,1 %). Dem stand bei der Teilzeitbeschäftigung nur eine Zunahme um gut 5 600 Plätze gegenüber. Diese Zunahme der Teilzeitarbeit um 61,6 % auf nunmehr 14 800 Arbeitnehmerinnen erhöhte zwar den Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen von 8,4 auf 13,8 %, bedeutet aber bei einer Unterstellung des Verhältnisses von einem Vollzeitarbeitsplatz gleich zwei Teilzeitarbeitsplätzen den Wegfall von fast 4 300 Arbeitsplätzen für Vollzeitbeschäftigte.

Die Entwicklung der Frauenbeschäftigung in Richtung Teilzeitarbeit fiel in den zurückliegenden zehn Jahren bei Angestellten weit stärker aus als bei Arbeiterinnen. So nahm die Zahl der teilzeitbeschäftigten weiblichen Angestellten seit 1983 um 117,6 % auf jetzt über 92 000 zu. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Arbeiterinnen in einem Teilzeitarbeitsverhältnis nur um 39,3 % an und betrug Ende Juni 1993 knapp 43 200. Dem stand bei den Vollzeitarbeitsplätzen für Arbeiterinnen eine Abnahme um 10,2 % gegenüber, während diese Art der Beschäftigungsverhältnisse bei den weiblichen Angestellten um 18,4 % anstieg.

Anteil der voll- und teilzeitbeschäftigten Frauen bei den Gebietskörperschaften 1983 bis 1993



123/94

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

Neue Teilzeitarbeitsplätze sind nicht einfach durch Teilung von Vollzeitarbeitsplätzen zu erreichen

Die Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe innerhalb eines 10-Jahres-Zeitraums, aber auch der rezessionsbedingte Beschäftigungsrückgang zwischen 1992 und 1993 in anderen Bereichen zeigt, daß die Zunahme von Teilzeitarbeitsplätzen nicht darüber hinwegtäuschen darf, daß damit ein überdurchschnittlicher Verlust an Vollzeitarbeitsplätzen einhergehen kann. Das legt die Vermutung nahe, daß der notwendige Abbau von Arbeitsplätzen teilweise dadurch erreicht wird, daß Beschäftigte, möglicherweise nicht immer ganz freiwillig, von Vollzeit- auf Teilzeitbeschäftigung umgesetzt werden. Jeder Versuch, die Arbeitsmarktp Probleme durch eine Vermehrung der Teilzeitarbeit zu lösen oder mindestens zu mindern, muß diesen Aspekt im Auge behalten. Weiterhin ist zu berücksichtigen, daß für einen Großteil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die

einfache Teilung eines Arbeitsplatzes in zwei Teilzeitzplätze wegen der damit verbundenen Einkommensverluste nicht möglich ist. Derzeit arbeiten rund 82 % aller sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitnehmer des Landes die Hälfte oder mehr als die Hälfte der normalen Arbeitszeit. Hier werden also neue Arbeitszeitmodelle gesucht werden müssen, die zwar zu einer Reduzierung der Arbeitszeit des Einzelnen führen, aber deutlich mehr als die Hälfte der üblichen Arbeitszeit ausmachen, um bei der steigenden Zahl von Teilzeitbeschäftigten, die auf ihren Verdienst angewiesen sind (z. B. Alleinerziehende), die Einkommensverluste in Grenzen zu halten. Im Endeffekt dürften dann mehrere Vollzeitarbeitsplätze auf Teilzeitbeschäftigung zurückgeführt werden, um einen zusätzlichen Teilzeitarbeitsplatz einrichten zu können.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

Erwerbstätigenzahlen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Bezugszahlen für die VGR

Bezugszahlen haben in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder besondere Bedeutung, da sie die Grundlage für regionale Vergleiche bilden. Entsprechend der Abgrenzung der gesamtwirtschaftlichen Aggregate sind die Bezugszahlen sowohl nach dem Inlandskonzept als auch nach dem Inländerkonzept zu ermitteln. Unverzerrte Pro-Kopf-Werte ergeben sich nur, wenn den aufeinander bezogenen Größen jeweils dasselbe Konzept zugrunde liegt.

Dem Inlandskonzept entspricht die Zahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort. Sie schließt die Einpendler aus anderen Bundesländern und dem Ausland ein; zu den letzteren zählen auch ausländische Beschäftigte bei den deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen im Ausland. Nicht einbezogen sind dagegen die Auspendler in andere Bundesländer und das Ausland, zu denen auch die deutschen Beschäftigten bei fremden diplomatischen Vertretungen und den Dienststellen der Stationierungsstreitkräfte gerechnet werden.

Nach dem Inländerkonzept abgegrenzt ist die Zahl der Einwohner (Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung) sowie die Zahl der Erwerbstätigen am Wohnort. Diese umfaßt auch die Auspendler in andere Bundesländer und das Ausland (einschließlich deutsche Beschäftigte bei ausländischen Vertretungen und den Stationierungsstreitkräften), nicht enthalten sind die Einpendler aus anderen Bundesländern und dem Ausland (einschließlich ausländische Beschäftigte bei deutschen Vertretungen im Ausland).

Nach dem Inländerkonzept ermittelte Indikatoren sind in der Verwendungs- und Verteilungsrechnung vor

allem das Bruttosozialprodukt und das Volkseinkommen je Einwohner, das Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen sowie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner und der private Verbrauch je Einwohner. Weiterhin werden auf die erwerbstätigen Inländer bezogene Durchschnittseinkommen ermittelt, so insbesondere das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit und die Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer. Dem Inlandskonzept folgen die Produktivitätskennzahlen der Entstehungsrechnung, die sowohl als gesamtwirtschaftliche Produktivität (Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen) als auch für die einzelnen Wirtschaftsbereiche (Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) ermittelt werden.

Die Aussagefähigkeit dieser Pro-Kopf-Werte als Maßstab der Produktivität ist allerdings in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt. Obwohl die Wertschöpfung aus dem Zusammenwirken aller Produktionsfaktoren resultiert, wird in dieser Berechnung das Ergebnis der wirtschaftlichen Tätigkeit ausschließlich auf den Produktionsfaktor Arbeit bezogen. Genauer sollte daher von „Arbeitsproduktivität“ gesprochen werden. Der Einsatz des Faktors Arbeit wird mit der Anzahl der Erwerbstätigen nur recht grob gemessen, da der Umfang der individuellen Tätigkeit unberücksichtigt bleibt und die Zuordnung nach Wirtschaftsbereichen aufgrund der Haupttätigkeit erfolgt, so daß Nebentätigkeiten in anderen Bereichen nicht erfaßt werden. Daraus resultieren Verzerrungen in der Darstellung nach Wirtschaftsbereichen, die sich als branchenstruktureller Effekt auch auf die regionale Vergleichbarkeit auswirken können. So ist der Anteil der Teilzeitbeschäftigung in bestimmten Wirtschaftszweigen überdurchschnittlich hoch und hat darüber hinaus im Zeitablauf erheblich zugenommen. Niveauvergleiche der Arbeitsproduktivität zwischen den Wirtschaftsbereichen sind daher auf dieser Basis nicht

möglich. Die genannten Probleme können nur durch Arbeitsvolumenberechnungen gelöst werden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Arbeitsproduktivität nach der gewählten Definition auch von der Kapitalintensität der Produktion im jeweiligen Wirtschaftsbereich abhängt; für überdurchschnittlich kapitalintensive Branchen ergibt sich tendenziell ein höherer Pro-Kopf-Wert. Bei regionalen Vergleichen spiegeln sich daher auch aus diesem Grund Unterschiede der Wirtschaftsstruktur in den Produktivitätszahlen wider. Entsprechend wird auch die Entwicklung der Produktivität im Zeitablauf von Veränderungen der Wirtschaftsstruktur beeinflusst.

Die Bereitstellung der Bezugswerte für die alten Bundesländer ist Koordinierungsaufgabe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz. In der Revision 1991 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen waren auf der Datenseite insbesondere die Ergebnisse der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung von 1987 sowie die seit 1989 vorliegenden Pendlerdaten aus der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu berücksichtigen. Die Ermittlung der Erwerbstätigenzahlen wurde in das neu entwickelte „Integrierte System der Erwerbstätigenberechnungen des Bundes und der Länder“ eingebunden; dies hatte eine völlige Umstellung des methodischen Ansatzes zur Folge.

Erwerbstätigenberechnungen als Teil des Integrierten Systems

Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, also Selbständige, mithelfende Familienangehörige und abhängig Beschäftigte (Arbeiter, Angestellte, Auszubildende, Beamte, Soldaten, Zivildienstleistende). Der zeitliche Umfang der Tätigkeit ist unerheblich, so daß auch alle geringfügig Beschäftigten einbezogen sind. Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungen werden nur einmal mit ihrer Haupttätigkeit erfaßt (Personenkonzept).

Mit der Einbindung in das „Integrierte System der Erwerbstätigenberechnungen“ gliedert sich das Rechenverfahren in folgende Abschnitte:

- (1) Ermittlung der Basiswerte 1987 und deren Fortschreibung nach dem Konzept der Arbeitsmarktbeobachtung
- (2) Überleitung auf das Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und Rückrechnung 1970 bis 1986
- (3) Überleitung auf das Inländerkonzept und Rückrechnung 1970 bis 1986/88

Während die umfangreichen Berechnungen der Ausgangswerte vom Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ geleistet werden, ist die Bearbeitung der beiden letztgenannten Verfahrensteile Aufgabe des Koordinierungslandes Rheinland-Pfalz.

Basiswerte für 1987

Ausgangsbasis für die Berechnungen nach dem integrierten Schätzkonzept sind die Ergebnisse der Volkszählung und der Arbeitsstättenzählung von 1987. Den Eckwert für die Gesamtzahl der Erwerbstätigen sowie die Untergliederung nach der Stellung im Beruf lieferte die Volkszählung. Grundlage für die Untergliederung nach Wirtschaftszweigen war die Arbeitsstättenzählung.

Die Volkszählung stimmt von ihrem Konzept her weitgehend mit dem der Erwerbstätigenberechnungen überein. Soweit aus anderen Statistiken Hinweise auf Untererfassungen, insbesondere von geringfügig Beschäftigten, vorlagen, wurden in Teilbereichen ergänzende Zahlen aus anderen Quellen (z. B. Arbeitskräfteerhebung in der Landwirtschaft, Mikrozensus) herangezogen. Die wirtschaftsfachliche Zuordnung ist bei einer Personenbefragung jedoch nicht so genau wie bei einer Betriebs- oder Unternehmenserhebung. Die Arbeitsstättenzählung weist daher die exaktere wirtschaftsfachliche Gliederung auf, gegenüber dem Ansatz der Erwerbstätigenberechnungen sind aber konzeptionelle Unterschiede zu berücksichtigen. Zum einen sind in der Arbeitsstättenzählung bestimmte Gruppen von Erwerbstätigen nicht enthalten, zum anderen werden mit dieser Erhebung Beschäftigungsfälle erfaßt, d. h. Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen werden mehrfach gezählt.

Die den Berechnungen zugrunde liegenden Basiswerte sind nach dem „modifizierten Inlandskonzept“ abgegrenzt, d. h. neben den in der inländischen Produktion eingesetzten Erwerbstätigen werden hier auch die Zivilbeschäftigten bei den Stationierungstreitkräften und die deutschen Beschäftigten bei ausländischen Missionen einbezogen, die in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen definitionsgemäß nicht zu den Erwerbstätigen im Inland zählen. Die Ableitung der Eckwerte aus der Volkszählung setzte bei den Ergebnissen nach dem Wohnort an. Der Übergang zum Inlandskonzept (Arbeitsortprinzip) ergibt sich für die jeweilige Regionaleinheit durch Hinzurechnen der Einpendler und Abziehen der Auspendler. Während für die Pendelwanderung innerhalb des Bundesgebietes Informationen aus der Volkszählung vorlagen, die (mit gewissen Modifikationen bei den Fernpendlern) verwendet werden konnten, mußten für die Einpendler aus dem Ausland zusätzliche Quellen herangezogen werden. Die so ermittelten Angaben über die Erwerbstätigen am Arbeitsort wurden durch Zuschläge in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft sowie Private Haushalte ergänzt.

In der Arbeitsstättenzählung wurden Daten über Arbeitsstätten und Unternehmen, nicht aber für Betriebe erhoben. Da die meisten für die Fortschreibung heranzuziehenden Ausgangsstatistiken dem Betriebskonzept folgen, wurde angestrebt, die Basiswerte in tiefer wirtschaftlicher Gliederung ebenfalls nach dem Betriebskonzept abzugrenzen. Aufgrund einer Sonderauswertung wurden Arbeitsstätten, die nach dem Arbeitsstättenkonzept zum Dienstleistungsbereich, nach dem

Betriebskonzept aber zum produzierenden Gewerbe gehören, insbesondere also Verwaltungen von Betrieben des produzierenden Gewerbes, wirtschaftssystematisch umgesetzt. In der Arbeitsstättenzählung nicht oder nur zum Teil erfaßte Angaben waren aus anderen Quellen zu ergänzen, so die Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, Beschäftigte bei privaten Haushalten, Heimarbeiter, Soldaten, Zivildienstleistende sowie deutsche Beschäftigte bei Vertretungen ausländischer Staaten und inter- bzw. supranationalen Organisationen.

Die Differenz der so auf vergleichbare Abgrenzung umgerechneten Angaben aus den beiden Zählungen konnte als Zahl der Mehrfachfähigkeitsfälle interpretiert werden. Diese Zahl war von den aufgeschätzten Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung abzusetzen. Die Zuordnung nach Wirtschaftszweigen erfolgte dabei mit Hilfe von Angaben aus dem Mikrozensus und ergänzenden Schätzungen über die nichtversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten.

Die so gewonnenen Ausgangswerte beziehen sich auf den Stichtag der Volkszählung. Für die weiteren Berechnungen wurden die Angaben anhand von Informationen über die bundesdurchschnittliche Saisonkomponente auf Jahresdurchschnittswerte umgerechnet.

Fortschreibung

Zur Fortschreibung der Basiswerte wird eine Vielzahl von Quellen berücksichtigt, die auf unterschiedlichen Berichtswegen (Haushaltsbefragung, Unternehmensbefragung, Verwaltungsunterlagen) und nach unterschiedlichen methodischen Konzepten die Ausgangsmaterialien liefern. Zur Berechnung der Zahl der Arbeiter und Angestellten stehen vor allem die Bereichsstatistiken des produzierenden Gewerbes und die Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer (Beschäftigtenstatistik) zur Verfügung. Angaben über die Beamten liefert die jährliche Personalstandstatistik für den öffentlichen Dienst. Für Soldaten und Zivildienstleistende liegen Daten des Bundesverteidigungsministeriums bzw. des Bundesamtes für den Zivildienst vor. Für die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist der Mikrozensus die wichtigste Quelle. Für die Fortschreibung sind die Quellen soweit wie möglich an die benötigten Abgrenzungen anzupassen. Die erforderlichen Umformungen beziehen sich auf die wirtschaftsfachliche Abgrenzung, die Umrechnung auf Periodendurchschnitte und die Ergänzung fehlender Teile bzw. Bereinigung von Doppelzählungen. Nach diesen Anpassungen können die Basiswerte des jeweiligen Vorjahres mit der aus der Ausgangsstatistik ermittelten Änderungsrate fortgerechnet werden.

Diese Berechnungen liefern jahresdurchschnittliche Angaben für die Wirtschaftsbereiche, nach der Stellung im Beruf gegliedert in die drei Gruppen

- Selbständige und mithelfende Familienangehörige,
- Beamte (einschl. Soldaten und Zivildienstleistende),
- Arbeiter und Angestellte.

Ursprünglich waren für die wirtschaftssystematische Gliederung auf Länderebene nur 19 Rechenbereiche vorgesehen, so daß die für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen geforderte tiefere Gliederung weitere Aufteilungen erforderlich machte. Inzwischen können diese zusätzlichen Berechnungen weitgehend entfallen, da der Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ nunmehr Ergebnisse für 62 Rechenbereiche bereitstellt.

Überleitung auf das VGR-Konzept

Diese Daten sind nach dem Konzept der Arbeitsmarktbeobachtung abgegrenzt. Zur Überleitung auf das Konzept der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind zunächst die im modifizierten Inlandskonzept enthaltenen Zahlen für zivile Beschäftigte bei den Stationierungstreitkräften sowie für Beschäftigte bei ausländischen Missionen und inter- bzw. supranationalen Organisationen von den Erwerbstätigen bei Gebietskörperschaften abzusetzen. Diese Größe wird als eigenständiger Rechenbereich behandelt und liegt damit unmittelbar vor.

Für die Arbeitsmarktbeobachtung richtet sich die wirtschaftsfachliche Zuordnung nach dem Schwerpunkt des Betriebes (Betriebskonzept), während in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen immer der Schwerpunkt des Unternehmens maßgebend ist (Unternehmenskonzept). Zu den Jahresdurchschnittswerten nach dem Betriebskonzept ist daher bereichsweise die Differenz zwischen Unternehmenskonzept und Betriebskonzept hinzuzuaddieren. Die Überleitungsdifferenzen wurden aus den Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung durch Abgleich der auf das Betriebskonzept umgerechneten Originalwerte mit einer Sonderaufbereitung nach dem Unternehmensschwerpunkt ermittelt. Aus Gründen der Vereinfachung wurden diese auf den Stichtag der Arbeitsstättenzählung bezogenen Differenzen mit den Jahresdurchschnittswerten gleichgesetzt.

Eine Überleitung nach diesem Schema erfolgt allerdings nicht in allen Rechenbereichen:

- In den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, Staat, Private Haushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck sind Unternehmens- und Betriebs-schwerpunkt identisch, so daß die Ergebnisse des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung“ unmittelbar übernommen werden.
- In den verbleibenden Bereichen, für die Angaben nach dem Unternehmenskonzept zu ermitteln sind, ist die Zahl der Beamten gering. Da auch nur kleine Differenzen zwischen Betriebs- und Unternehmenskonzept auftreten, wird für die Beamten von einer Überleitung abgesehen. Angaben nach dem Unternehmensschwerpunkt müssen nur für die beiden Gruppen Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie Arbeiter und Angestellte ermittelt werden.
- Für die 32 Unterbereiche des verarbeitenden Gewerbes werden Erwerbstätigenzahlen anhand der Son-

deraufbereitung für Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten nach dem Unternehmensschwerpunkt, des Industrieberichts für Kleinbetriebe, der Handwerksberichterstattung und der Meldungen über Heimarbeiter berechnet. Die Aufteilung nach der Stellung im Beruf erfolgt aufgrund entsprechender Anteilswerte aus der Sonderaufbereitung der Arbeitsstättenzählung nach dem Unternehmensschwerpunkt. Die so ermittelten Ergebnisse sind auf die jeweilige Gesamtzahl für das verarbeitende Gewerbe nach dem Unternehmenskonzept abzustimmen, die mit Hilfe der Überleitungsdifferenz errechnet wird.

Grundsätzlich ist vorgesehen, daß die für das Basisjahr 1987 ermittelten Überleitungsdifferenzen zwischen Betriebs- und Unternehmenskonzept in den Folgejahren fortgeschrieben werden. In der Praxis ist dies allerdings problematisch, da nur für den Bergbau und das verarbeitende Gewerbe jährlich vergleichbare Ergebnisse nach beiden Konzepten für die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten verfügbar sind. Für die Unterbereiche des verarbeitenden Gewerbes wird diese Information in der beschriebenen Weise genutzt. Da jede Veränderung der Überleitungsdifferenz eines Bereichs eine Gegenbuchung in einem anderen Bereich erfordert, reichen diese partiellen Angaben für eine Fortschreibung aller Überleitungsdifferenzen aber nicht aus. Die für das Basisjahr 1987 ermittelten Werte sind daher zunächst konstant gehalten worden.

Die nach dem Unternehmenskonzept abgegrenzten unkoordinierten Erwerbstätigenzahlen sind schließlich auf die Eckwerte des Integrierten Systems der Erwerbstätigenberechnungen abzustimmen. Dies sind

- die Bundeseckwerte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (Unternehmenskonzept) der einzelnen Wirtschaftsbereiche,

- die jeweilige Landessumme der in die Überleitung einbezogenen Wirtschaftsbereiche nach dem Betriebskonzept; da die Summe der Überleitungsdifferenzen Null ergibt, müssen die Landessummen nach Betriebs- bzw. Unternehmenskonzept identisch sein.

Für diese zweifache Koordinierung wird das iterative Randsummenausgleichsverfahren angewendet.

Rückrechnung 1970 bis 1986

Mit dem Übergang auf die neue Datenbasis und das neu konzipierte Rechenverfahren ist in den Zeitreihen der Erwerbstätigenzahlen ein Bruch entstanden. Nach der älteren Methode basierte die Erwerbstätigenschätzung auf Ergebnissen aus laufenden Statistiken, die teils als Originärzahlen übernommen, teils auf das Niveau der Arbeitsstättenzählung 1970 abgestimmt und zu einem Gesamtbild zusammengefügt wurden. Während für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes eine vollständige Neuberechnung der Jahre 1971 bis 1986 vorgenommen wurde, beschränkte sich die Rückrechnung für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder auf eine formale Anpassung der Zeitreihen.

Da der Schätzfehler von der Bestandsgröße selbst abhängt und in erster Linie systematisch bedingt sein dürfte, erschien das Verfahren der geometrischen Interpolation geeigneter als die arithmetische Gleichverteilung. Aufgrund der für das neue Basisjahr 1987 festgestellten Abweichungen zwischen den Ergebnissen nach altem und neuem Verfahren waren Korrekturfaktoren zu ermitteln, mit denen die Ergebnisse der früheren Berechnungen an den neuen Verlauf zwischen den Eckjahren 1970 und 1987 angepaßt wurden. Die

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen in Rheinland-Pfalz 1970 bis 1992
(Inlandskonzept)

Jahr	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Verkehr, Nachrichtenübermittlung	Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	Sonstige Dienstleistungen	Staat	Private Haushalte, private Org. ohne Erwerbszweck
1970	1 477 366	186 049	12 578	514 548	129 023	180 716	71 029	24 623	122 724	194 737	41 339
1971	1 469 899	169 316	12 681	512 838	130 871	174 050	72 523	26 283	126 913	201 459	42 965
1972	1 475 821	158 032	12 669	503 567	131 641	182 359	73 214	27 698	129 085	211 118	46 438
1973	1 487 920	151 248	12 867	509 056	129 566	184 538	74 272	28 926	134 580	213 959	48 908
1974	1 458 923	142 883	13 200	499 387	122 278	169 875	74 921	29 888	139 369	218 428	48 694
1975	1 422 992	137 239	12 864	468 633	115 125	168 010	74 398	30 083	144 562	222 274	49 804
1976	1 407 996	126 268	12 937	459 865	111 950	168 414	73 383	30 529	147 697	224 860	52 093
1977	1 420 616	119 954	13 496	475 996	113 209	168 928	72 947	30 824	149 790	221 453	54 019
1978	1 431 792	117 228	13 754	476 772	114 467	170 923	73 259	31 436	154 738	223 724	55 491
1979	1 450 307	107 013	14 200	488 790	118 920	172 049	71 654	32 390	161 259	226 320	57 712
1980	1 469 283	107 917	14 735	491 945	121 014	174 471	72 988	33 142	165 966	227 170	59 935
1981	1 466 481	105 244	15 138	489 405	119 111	175 509	72 568	34 052	164 904	228 515	62 035
1982	1 451 325	100 507	15 329	475 917	114 937	172 414	72 053	34 794	169 716	232 287	63 371
1983	1 438 056	99 803	15 662	460 817	113 564	171 190	71 185	35 730	173 185	232 228	64 692
1984	1 438 739	92 675	16 033	460 666	113 834	172 668	70 576	36 368	177 427	231 288	67 204
1985	1 439 734	90 495	16 188	461 206	107 229	171 865	70 598	36 871	183 588	231 761	69 933
1986	1 447 278	88 199	16 424	461 005	107 511	172 602	70 571	36 831	190 283	231 194	72 658
1987	1 454 694	85 253	16 574	459 700	104 688	174 057	70 764	37 816	198 120	233 010	74 712
1988	1 466 741	82 528	16 836	459 391	104 378	176 966	70 785	38 239	204 415	237 277	75 926
1989	1 478 524	79 784	16 650	464 177	104 455	180 720	70 735	38 347	209 809	235 906	77 941
1990	1 509 074	77 809	16 627	470 519	107 450	184 503	71 555	39 871	223 004	236 514	81 222
1991	1 531 027	71 592	16 828	477 306	108 037	188 978	73 120	40 431	235 290	232 817	86 628
1992	1 537 473	69 704	17 042	464 181	107 964	189 177	73 241	41 480	245 638	236 653	92 393

Rechentiefe orientiert sich an den bereits vorliegenden Zeitreihen. Wirtschaftssystematisch wird nach 30 Bereichen gegliedert, die mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie der Sonstigen Dienstleistungen, die nicht weiter unterteilt sind, den VGR-Dreistellern entsprechen. Nach der Stellung im Beruf werden die beiden Gruppen Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie beschäftigte Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte) unterschieden. Diese Ergebnisse der Rückrechnung waren schließlich auf die Bundeseckwerte abzustimmen, so daß die Neuberechnung der Bundeswerte insoweit auch in die Länderrechnung eingeht.

Überleitung auf das Inländerkonzept

Angaben über erwerbstätige Inländer werden nach der Stellung im Beruf für die beiden Gruppen Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie Arbeitnehmer benötigt, nicht jedoch in wirtschaftssystematischer Gliederung. Überleitungsgröße zum Inländerkonzept sind die Pendlersalden (Auspendler abzüglich Einpendler), die zu den Erwerbstätigen im Inland hinzuaddiert werden.

Bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen wird unterstellt, daß Pendelwanderungen nur innerhalb des früheren Bundesgebiets, nicht jedoch über die Außengrenzen, auftreten. Die Pendlersalden können aus den Ergebnissen der Volkszählungen 1970 und 1987 als Differenz zwischen den selbständigen

Erwerbstätigen am Wohnort bzw. am Arbeitsort ermittelt werden. Für die Zwischenjahre wurde eine lineare Interpolation vorgenommen, für die Jahre ab 1988 werden die Pendlersalden von 1987 konstant gehalten.

Für die Arbeitnehmer werden in der Verteilungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auch Angaben über die Pendlerverflechtung zwischen den alten Bundesländern benötigt, so daß zur Berechnung der Überleitungsgröße zunächst die Aus- bzw. Einpendlerströme zu bestimmen sind. Seit 1989 liegen Angaben über die Pendlerströme zwischen den alten Bundesländern für Arbeiter und Angestellte aus der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vor. Da hiermit fortlaufend aktuelle Angaben verfügbar sind, wurde dieser Quelle der Vorzug gegenüber der Volkszählung 1987 gegeben. Zu ergänzen sind diese Pendlerströme um die Beamten. Ausgehend von den Beamten am Arbeitsort, die aus den Berechnungen nach dem Inlandskonzept vorliegen, werden die Beamten am Wohnort unter der Annahme konstanter Pendlersalden aus der Volkszählung 1987 ermittelt. Aus dieser Randverteilung der Verflechtungsmatrix werden die Pendlerströme der Beamten zwischen den Ländern nach dem bekannten Verteilungsmuster der Arbeiter und Angestellten geschätzt.

Auch für die Pendlerströme der Arbeitnehmer war eine Rückrechnung erforderlich, da die Ergebnisse der Volkszählung 1970 nur in den vier norddeutschen Ländern aufgrund eigener Schätzungen fortgeschrieben worden waren. Die für das Eckjahr 1989 ermittelten Abweichungen zwischen den Ergebnissen nach alter bzw. neuer Berechnung wurden nach der Methode der

Erwerbstätige nach der Stellung im Beruf in Rheinland-Pfalz 1970 bis 1992
(Überleitung auf das Inländerkonzept)

Jahr	Erwerbstätige im Inland			Pendlersaldo ¹⁾			Erwerbstätige Inländer		
	insgesamt	Arbeitnehmer	Selbständige und mithelfende Familienangehörige	insgesamt	Arbeitnehmer ²⁾	Selbständige und mithelfende Familienangehörige	insgesamt	Arbeitnehmer	Selbständige und mithelfende Familienangehörige
1970	1 477 366	1 153 224	324 142	89 686	88 846	840	1 567 052	1 242 070	324 982
1971	1 469 899	1 171 370	298 529	92 928	92 048	880	1 562 827	1 263 418	299 409
1972	1 475 821	1 190 644	285 177	95 614	94 694	920	1 571 435	1 285 338	286 097
1973	1 487 920	1 210 029	277 891	96 603	95 644	959	1 584 523	1 305 673	278 850
1974	1 458 923	1 195 276	263 647	99 246	98 247	999	1 558 169	1 293 523	264 646
1975	1 422 992	1 169 621	253 371	101 850	100 811	1 039	1 524 842	1 270 432	254 410
1976	1 407 996	1 170 378	237 618	105 947	104 869	1 079	1 513 943	1 275 247	238 697
1977	1 420 616	1 192 285	228 331	109 253	108 135	1 118	1 529 869	1 300 420	229 449
1978	1 431 792	1 208 556	223 236	112 134	110 976	1 158	1 543 926	1 319 532	224 394
1979	1 450 307	1 237 593	212 714	114 432	113 234	1 198	1 564 739	1 350 827	213 912
1980	1 469 283	1 257 337	211 946	116 839	115 601	1 238	1 586 122	1 372 938	213 184
1981	1 466 481	1 259 024	207 457	120 326	119 048	1 277	1 586 807	1 378 072	208 734
1982	1 451 325	1 249 347	201 978	125 757	124 440	1 317	1 577 082	1 373 787	203 295
1983	1 438 056	1 236 924	201 132	129 565	128 208	1 357	1 567 621	1 365 132	202 489
1984	1 438 739	1 242 783	195 956	133 603	132 206	1 397	1 572 342	1 374 989	197 353
1985	1 439 734	1 245 606	194 128	137 517	136 081	1 436	1 577 251	1 381 687	195 564
1986	1 447 278	1 254 226	193 052	140 413	138 937	1 476	1 587 691	1 393 163	194 528
1987	1 454 694	1 264 124	190 570	143 760	142 244	1 516	1 598 454	1 406 368	192 086
1988	1 466 741	1 280 824	185 917	144 937	143 421	1 516	1 611 678	1 424 245	187 433
1989	1 478 524	1 293 328	185 196	146 991	145 475	1 516	1 625 515	1 438 803	186 712
1990	1 509 074	1 324 420	184 654	147 300	145 784	1 516	1 656 374	1 470 204	186 170
1991	1 531 027	1 349 599	181 428	144 311	142 795	1 516	1 675 338	1 492 394	182 944
1992	1 537 473	1 355 657	181 816	142 080	140 564	1 516	1 679 553	1 496 221	183 332

1) Auspendlerüberschuß: +. - 2) Einschließlich Beschäftigte bei den Dienststellen der Stationierungstreitkräfte.

arithmetischen Gleichverteilung den Jahren zwischen 1970 und 1989 zugeordnet.

Bei den Pendlern über die Grenzen des früheren Bundesgebiets wird unterstellt, daß sie ausschließlich den Arbeitern und Angestellten zuzurechnen sind. Aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes liegen Angaben über eine Reihe von Pendlerströmen vor, die nach unterschiedlichen Schlüsseln auf die alten Bundesländer aufzuteilen sind:

- Pendler nach bzw. von Dänemark, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz und Österreich: Die Prozentanteile der einzelnen Bundesländer an diesen Pendlerströmen wurden für die Jahre 1970 und 1987 aus den Basiswertberechnungen ermittelt. Für die Zwischenjahre wurde eine lineare Interpolation der Quoten vorgenommen, ab 1987 werden sie konstant gehalten.
- Pendler nach bzw. aus den neuen Bundesländern und Berlin-Ost: Pendelwanderungen zwischen den alten und den neuen Bundesländern werden seit 1990 nachgewiesen. Die Verteilung der Pendlerströme auf die alten Bundesländer basiert auf Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik.
- Auspendler in die DDR: Für die Jahre 1970 bis 1990 wurden Beschäftigte bei der Deutschen Reichsbahn mit Wohnsitz in Berlin-West ausgewiesen. Sie sind als Auspendler vollständig Berlin-West zuzuordnen.
- Sonstige Auspendler mit unbekanntem Zielland: Ein Anteil von 20 % der Fernpendler ins Ausland gemäß Volkszählung wurde im Rahmen der Basiswertberechnungen für 1987 als echte Auspendler berücksichtigt. Dabei wurde auch die Zuordnung nach Bundesländern festgelegt; diese Quoten gelten für alle Berechnungsjahre.
- Sonstige Einpendler: Seit 1981 werden in zunehmendem Umfang Arbeitnehmer aus osteuropäischen Staaten als Saisonarbeitskräfte beschäftigt. Bis 1989 konzentrierte sich deren Tätigkeit sehr stark auf den Weinbau, so daß sie den weinbautreibenden Ländern zugerechnet wurden. Seit 1990 ist die Beschäftigung von Saisonarbeitskräften stark gestiegen und dehnte sich auf andere Wirtschaftsbereiche aus. Eine genauere Aufteilung auf die Bundesländer ist nunmehr aufgrund von Zahlenmaterial der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung möglich. Als Grenzgan-

ger werden Tageseinpender aus der Tschechischen Republik bezeichnet, die aufgrund eines Abkommens eine Arbeitsberechtigung besitzen; sie werden vollständig Bayern zugeordnet.

- Ausländische Beschäftigte bei deutschen Vertretungen im Ausland (Einpendler): Die Beschäftigten werden nach der Einwohnerzahl auf die Bundesländer aufgeschlüsselt.

Die Zahl der Beschäftigten bei den Stationierungstreitkräften und den Vertretungen fremder Staaten liegt in einer Summe länderweise aus den Ergebnissen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung“ vor. Für Zwecke der Verteilungsrechnung ist allerdings ein getrennter Nachweis der beiden Beschäftigtengruppen notwendig:

- Beschäftigte bei Vertretungen fremder Staaten sowie inter- und supranationalen Organisationen (Auspendler): Ab 1977 werden die vorgegebenen Bundesdeckwerte nach den Ergebnissen der Beschäftigtenstatistik auf die Bundesländer verteilt. Für die Jahre 1970 bis 1976 erfolgte eine Rückrechnung nach der Methode der arithmetischen Gleichverteilung, um die durch den Wechsel des Rechenverfahrens im Jahre 1977 aufgetretene Differenz auszugleichen.
- Beschäftigte bei Dienststellen der Stationierungstreitkräfte (Auspendler): Nachdem die Beschäftigten bei Vertretungen fremder Staaten ermittelt sind, können die Beschäftigten bei den Stationierungstreitkräften aus den Zahlen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung“ ab 1977 durch Differenzbildung errechnet werden. Für die Jahre 1970 bis 1976 wurde eine Rückrechnung analog dem Verfahren für die Beschäftigten bei Vertretungen fremder Staaten vorgenommen.

Da die Summe der Pendlersalden zwischen den alten Bundesländern Null ergibt und die Länderanteile an den Pendlerströmen über die Grenzen des früheren Bundesgebiets durch Aufschlüsselung der Bundeswerte errechnet werden, ist mit der Überleitung zugleich die Abstimmung auf die Bundeswerte der Erwerbstätigen nach dem Inländerkonzept gewährleistet.

Diplom-Volkswirt Hans Libowitzky

Schwerbehinderte 1993

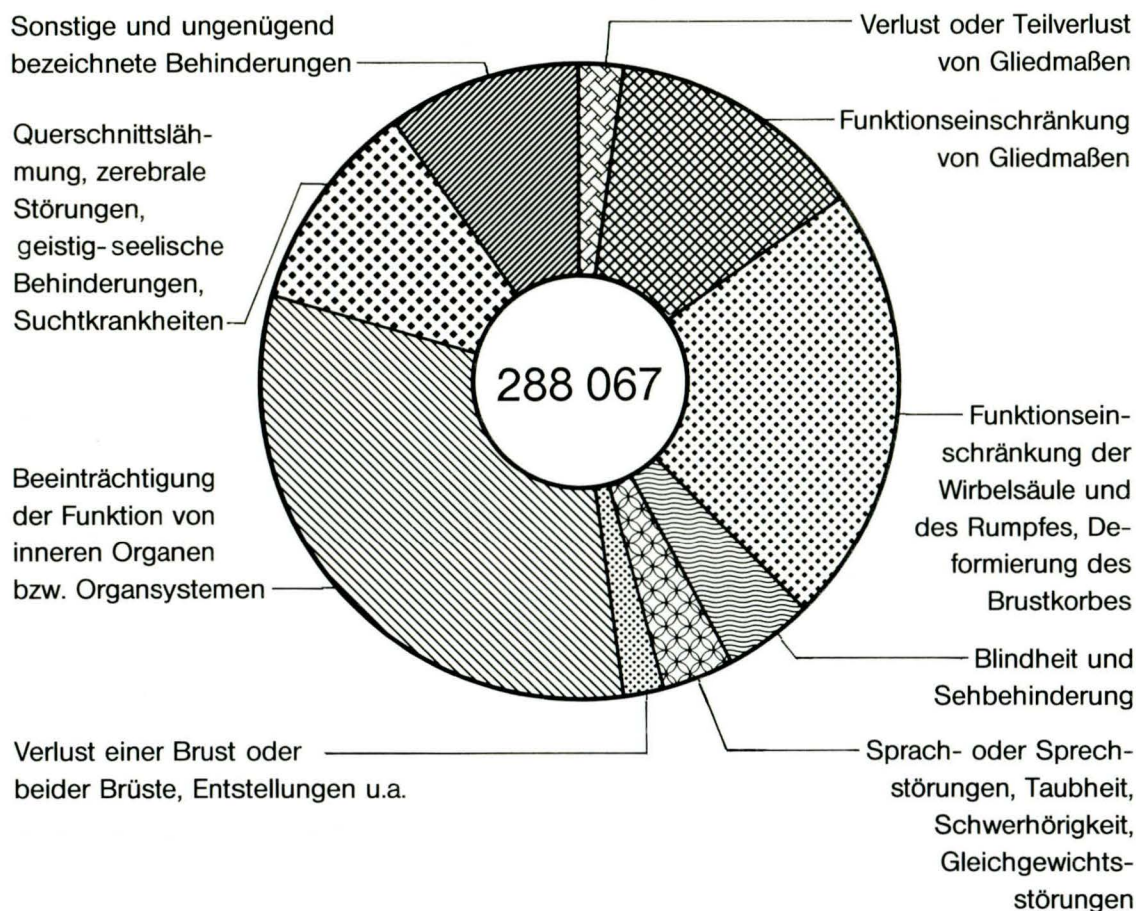
Seit 1979 erfolgt in zweijährigem Abstand jeweils zum Stichtag 31. Dezember eine Bundesstatistik über die Behinderten. Bei den letzten drei Erhebungen wurde ausschließlich der Personenkreis der Schwerbehinderten berücksichtigt, während in den früheren Statistiken auch Ergebnisse für leichter Behinderte bereitgestellt wurden.

Die Statistik liefert eine Beurteilungsgrundlage für die Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen an

Betroffene. Die Einzeldaten, die das Landesversorgungsamt in anonymisierter Form zur Verfügung stellt, bilden die Basis der Schwerbehindertenstatistik. Durch den Abgleich mit der rheinland-pfälzischen Meldedatei hat sich die Qualität der Ergebnisse seit 1985 verbessert. So werden Fälle, in denen Schwerbehinderte verstorben oder verzogen sind, aus der Statistik genommen.

Nach dem Schwerbehindertengesetz gilt die Auswirkung einer nicht nur vorübergehenden Funktionsbeein-

Schwerbehinderte nach Art der schwersten Behinderung



50/94

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

trächtigung, die auf einem regelwidrigen körperlichen, geistigen oder seelischen Zustand beruht, als Behinderung. Als regelwidrig gilt ein Gesundheitszustand, der von dem für das Lebensalter typischen Zustand länger als sechs Monate abweicht. Die Versorgungsämter legen auf Antrag einen Grad der Behinderung (GdB) fest, der in Zehnerschritten von 20 bis 100 reicht. Diese Zahl drückt die Schwere der Funktionsbeeinträchtigung aus, und ab einem Behinderungsgrad von 50 gilt eine Person als schwerbehindert. Diese erhalten darüber zusätzlich auf Antrag einen Ausweis, der gegebenenfalls weitere Merkmale wie z.B. „G“ für gehbehindert enthält. Der Ausweis, dessen Gültigkeitsdauer befristet ist, gilt als Nachweis, um an Nachteilsausgleichen und Vergünstigungen teilzuhaben.

Seit 1989 werden die Schwerbehinderten nur erfaßt, soweit sie zum Stichtag einen gültigen Ausweis besitzen. Im Unterschied zu früheren Erhebungen sind anerkannte Schwerbehinderte, deren Ausweise zwar zur Aushändigung bereitliegen, die allerdings nicht abgeholt wurden, von der Erhebung ausgeschlossen. Ist ferner die Gültigkeitsdauer eines Ausweises abgelaufen, ohne daß er verlängert wurde, wird dieser Personenkreis ebenfalls nicht erfaßt.

Ohne Rücksicht auf die genannten Einschränkungen waren am 31. Dezember 1993 fast 395 000 Menschen in Rheinland-Pfalz schwerbehindert. Davon wurden 288 000 Fälle in der Statistik erfaßt. Diese werden nach persönlichen Merkmalen wie Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit sowie nach Art, Ursache und Grad der Behinderung ausgewiesen.

Fast jeder vierzehnte Einwohner schwerbehindert

Zum Jahresende 1993 lebten in Rheinland-Pfalz mit 288 067 Personen 0,7 % mehr Schwerbehinderte als zwei Jahre zuvor. Der Anstieg ist im wesentlichen auf die Zunahme der älteren Geburtsjahrgänge zurückzuführen.

Bezogen auf die Einwohnerzahl sind 7,3 % schwerbehindert, wobei die Altersstruktur ein deutliches Übergewicht der Schwerbehinderten mit 65 oder mehr Lebensjahren (45,6 %) ausweist. Deren Anteil ist im Vergleich zur vorigen Erhebung um weitere 1,4 Prozentpunkte gestiegen und hat neben den 45- bis 55jährigen den größten Zuwachs. Der Anteil der Jüngeren war entspre-

chend geringer und betrug bei den unter 18jährigen 2 %.

Besonders aussagekräftig ist die Schwerbehinder-tenquote, die die Zahl der als schwerbehindert aner-kannten Männer und Frauen mit gültigem Ausweis in den einzelnen Altersgruppen auf den jeweiligen Teil der Gesamtbevölkerung bezieht. Bei einem durchschnittli-chen Anteil von 73 Schwerbehinderten je 1 000 Einwoh-ner differiert die Quote innerhalb der einzelnen Alters-klassen deutlich. Sie nimmt mit steigendem Alter zu und erreicht bei den über 65jährigen mit 212 ihren höchsten Wert. Bei den 25- bis 35jährigen sind 20 von 1 000 Per-sonen schwerbehindert und in der Altersklasse von 55 bis 60 Jahren sind es 152.

Die Zahl der Schwerbehinderten ohne deutsche Staatsangehörigkeit beläuft sich auf 5 041. Das ent-spricht einem Anteil von 1,8 %, der damit seit dem Jah-resende 1991 um 12,9 % stieg. Von 1 000 am Jahres-ende 1993 in Rheinland - Pfalz ansässigen Ausländern waren 19 anerkannte Schwerbehinderte.

Anteil der schwerbehinderten Frauen steigt

Die Zahl der weiblichen Schwerbehinderten stieg auf 118 417 Personen. Am 31. Dezember 1993 waren 41 % der Schwerbehinderten Frauen. Dieser Anteil stieg im Vergleich zur Vorerhebung um 2 %.

Sowohl bei Männern als auch bei Frauen nimmt mit fortschreitendem Alter der Anteil der Schwerbehinder-ten deutlich zu. Er erreichte bei Personen im Alter von über 65 Jahren den größten Wert. In dieser Altersklasse waren 320 Männer bzw. 152 Frauen von 1 000 Einwoh-ner der entsprechenden Altersgruppe schwerbehin-dert. Bei den Altersklassen zeigt sich ein sprunghafter Anstieg dieser Quote ab dem 55. Lebensjahr. Der im höheren Alter gegenüber den Frauen generell größere Anteil schwerbehinderter Männer ist unter anderem als

eine Folge des Zweiten Weltkrieges zu sehen. Ferner haben ältere erwerbstätige Männer, welche häufiger als Frauen im Berufsleben stehen, ein stärkeres Interesse an der Anerkennung ihrer Schwerbehinderteneigen-schaft, um damit verbundene Vergünstigungen, wie steuerliche Erleichterungen, Zusatzurlaub, einge-schränkte Kündbarkeit, günstigere Tarife im Personen-nahverkehr oder vorzeitiger Ruhestand, nutzen zu kön-nen.

Jeder vierte Schwerbehinderte hat einen Grad der Behinderung von 100

Die Schwere der Behinderung korreliert positiv mit dem Alter. Von den 288 000 Schwerbehinderten haben 73 000 Personen einen Grad der Behinderung von 100, wobei 53 % dieser Personen im Alter von über 65 Jahren sind. Dabei fällt auf, daß fast zwei Drittel der Schwerbe-hinderten mehrere Behinderungen aufweisen.

Bei einem Grad der Behinderung von 100 zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede, wonach Frauen durchschnittlich schwerer von einer Behinderung betroffen sind. Der Anteil bei den Frauen beträgt 28,7 % und übersteigt die Quote der männlichen Schwerbehin-derten um ein Viertel. Einen ähnlich hohen Anteil weist der Grad der Behinderung von 50 bis 60 auf, wobei dies die häufigste Bewertung der Behinderung bei den Män-nern (31,4 %) darstellt.

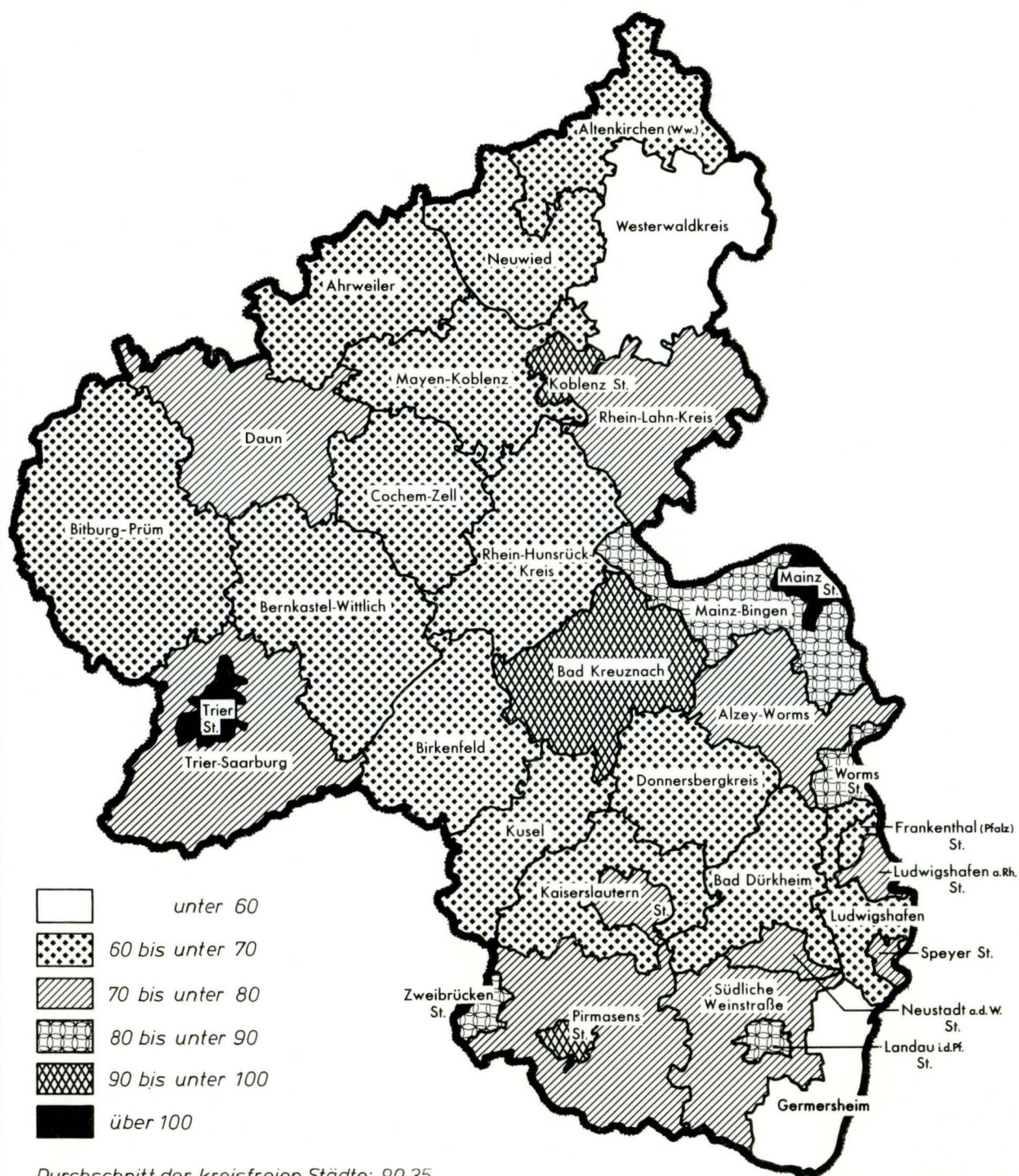
Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und der Gliedmaßen häufigste Behinderungsart

Ein wichtiges Merkmal der Statistik ist die Art der schwersten Behinderung. Sie gliedert sich in über 50 Formen. Am häufigsten treten Funktionseinschrän-kungen der Wirbelsäule und der Gliedmaßen (30 872) auf, gefolgt von Herz- und Kreislaufproblemen mit einer

Schwerbehinderte am 31. Dezember 1993 nach Altersgruppen, Grad der Behinderung und Geschlecht

Altergruppe Grad der Behinderung (GdB)	Insgesamt		Männlich		Weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	288 067	100,00	169 650	100,00	118 417	100,00
Im Alter von ... Jahren						
unter 6	1 422	0,49	777	0,46	645	0,54
6 bis unter 15	3 200	1,11	1 840	1,08	1 360	1,15
15 " " 18	1 179	0,41	686	0,40	493	0,42
18 " " 25	4 650	1,61	2 708	1,60	1 942	1,64
25 " " 35	13 249	4,60	7 658	4,51	5 591	4,72
35 " " 45	17 998	6,25	10 463	6,17	7 535	6,36
45 " " 55	34 351	11,92	20 903	12,32	13 448	11,36
55 " " 60	37 759	13,11	24 808	14,62	12 951	10,94
60 " " 62	16 109	5,59	11 056	6,52	5 053	4,27
62 " " 65	26 842	9,32	18 270	10,77	8 572	7,24
65 und mehr	131 309	45,58	70 481	41,54	60 827	51,37
Mit einem GdB von						
50 bis unter 60	82 629	28,68	53 191	31,35	29 438	24,86
60 " " 70	45 738	15,88	27 508	16,21	18 230	15,39
70 " " 80	33 056	11,48	19 720	11,62	13 336	11,26
80 " " 90	38 464	13,35	21 588	12,73	16 876	14,25
90 " " 100	15 202	5,28	8 660	5,10	6 542	5,52
100	72 978	25,33	38 983	22,98	33 995	28,71

Schwerbehinderte je 1000 Einwohner in den Landkreisen und kreisfreien Städten am 31. Dezember 1993



Durchschnitt der kreisfreien Städte: 90,35
der Landkreise : 67,85
des Landes : 73,71

Maximum: 113,57
Minimum : 55,10

Beeinträchtigung von einem oder mehreren inneren Organen. Von ausschließlichen Behinderungen durch die Wirbelsäule sind 25 640 und von Herz- und Kreislaufschäden 21 138 Schwerbehinderte betroffen. Weitere Behinderungsarten sind unter anderem der Verlust oder Teilverlust von Armen und Beinen sowie deren Funktionseinschränkungen, Blindheit, Taubheit, Sprach- und Sprechstörungen, Querschnittlähmung sowie Störungen der geistigen Entwicklung.

Zwischen der Art und dem Grad der Behinderung besteht ein Zusammenhang. Beispielsweise führen Blindheit oder hochgradige Sehschwäche sowie Taubheit, die mit Störungen der Sprachentwicklung kombiniert ist, und entsprechende Störungen der geistigen Entwicklung zu einem Behinderungsgrad von 100.

Mit zunehmendem Alter dominieren die Beeinträchtigungen der Funktion von Herz und Kreislauf sowie von einem oder mehreren inneren Organen. Bei den Beschwerden an inneren Organen sind insbesondere die Verdauungsorgane, die tieferen Atemwege und Lungen sowie die Harnorgane zu nennen. In jungen Jahren kommt diesen Behinderungsarten nicht eine solche Bedeutung zu. Im Alter bis sechs Jahre sind bei jedem sechsten behinderten Kind Störungen der geistigen Entwicklung diagnostiziert worden. Bei den unter 15jährigen treten Beeinträchtigungen der inneren Sekretion und/oder des Stoffwechsels als weitere gewichtige Behinderungsart auf.

Neben altersbedingten Unterschieden lassen sich auch Geschlechtsspezifika erkennen. Bei knapp einem Drittel der Männer und Frauen ist die Funktion von inne-

ren Organen beeinträchtigt. Dabei leiden Frauen seltener an Störungen der Verdauungsorgane und des Herz-Kreislauf-Systems, aber siebenmal häufiger als männliche Schwerbehinderte an Geschlechtsorganerkrankungen. Über 5 000 Frauen haben eine oder beide Brüste verloren. Vom Verlust oder Teilverlust eines oder beider Arme oder Beine sind die Männer viermal häufiger betroffen als die Frauen. Der Anteil von Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule ist bei Frauen und Männern gleich hoch, während er bei Blindheit und Sehbehinderung für weibliche Schwerbehinderte 45 % höher ist als bei den Männern.

Behinderungen vorwiegend krankheitsbedingt

Neben den Arten der Behinderung stehen insbesondere die Ursachen im Mittelpunkt. Die Statistik der Schwerbehinderten informiert über acht Kategorien von Ursachen für die Funktionsbeeinträchtigungen. Die weitaus meisten Behinderungen (62,5 %) traten als Folge einer allgemeinen Krankheit einschließlich Impfschäden auf. Weitere 5,9 % waren anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen, und bei 3,3 % war das Leiden angeboren. Unfälle führten lediglich in 2,1 % der Fälle zu einer Schwerbehinderung, wobei Arbeitsunfälle vor Verkehrs- und häuslichen Unfällen stehen. In einem Viertel der Fälle wurden sonstige, nicht näher bezeichnete Ursachen angegeben.

Eine Verbindung zwischen der Schwere der Behinderung und diesen Ursachen zeigt, daß 69,3 % aller angeborenen Behinderungen zum höchsten Grad der Behinderung von 100 führen. Dieser Wert liegt bei einem

Schwerbehinderte am 31. Dezember 1993 nach Grad der Behinderung sowie nach Art und Ursache der schwersten Behinderung

Art der schwersten Behinderung Ursache der schwersten Behinderung	Insgesamt	Grad der Behinderung von ... bis unter ...					
		50 - 60	60 - 70	70 - 80	80 - 90	90 - 100	100
Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen	6 621	742	593	820	1 022	707	2 737
Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	37 860	10 592	6 605	4 922	5 430	2 175	8 136
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbs	64 627	26 104	12 855	8 223	7 125	2 717	7 603
Blindheit und Sehbehinderung	13 036	2 123	1 220	1 060	1 350	846	6 437
Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen	10 518	2 547	1 737	1 230	1 226	572	3 206
Verlust einer Brust oder beider Brüste, Entstellungen u. a.	5 688	1 322	1 333	633	896	345	1 159
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	90 687	26 062	15 045	11 275	13 756	5 385	19 164
Querschnittlähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten	31 231	3 735	2 291	2 122	4 218	1 300	17 565
Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen	27 799	9 402	4 059	2 771	3 441	1 155	6 971
Insgesamt	288 067	82 629	45 738	33 056	38 464	15 202	72 978
Angeborene Behinderung	9 531	807	463	408	985	261	6 607
Sonstige Krankheit ¹⁾	179 903	55 507	29 537	20 530	23 807	8 874	41 648
Arbeitsunfall ²⁾ , Berufskrankheit	3 749	1 167	674	512	477	185	734
Verkehrsunfall	1 317	263	179	194	214	57	410
Häuslicher Unfall	232	71	37	29	28	8	59
Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall	704	207	108	75	97	39	178
Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung	17 079	2 711	2 171	2 307	2 741	1 614	5 535
Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen	75 552	21 896	12 569	9 001	10 115	4 164	17 807

1) Einschließlich Impfschäden. – 2) Einschließlich Wege- und Betriebswegeunfall.

Drittel der Personen mit Verkehrsunfällen und mit anerkannten Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen vor.

Wie schon bei der Art der Behinderung sind auch bei den Ursachen geschlechtsspezifische Schwerpunkte erkennbar. Deutliche Unterschiede bestehen naturgemäß bei häuslichen Unfällen auf der einen und anerkannten Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen auf der anderen Seite. Bei Männern ist die Schwerbehinderung doppelt so häufig auf einen Verkehrsunfall und sechsmal häufiger auf einen Arbeitsunfall zurückzuführen. Der Anteil für Funktionsbeeinträchtigungen als Folge einer Krankheit lag bei den Frauen um 13,7 % höher als bei den männlichen Schwerbehinderten.

Schwerbehinderte leben überwiegend in den Städten

Die regionale Analyse zeigt ein Stadt-Land-Gefälle auf. In den kreisfreien Städten ist durchschnittlich jeder elfte Einwohner ein Schwerbehinderter, in den Landkreisen jeder fünfzehnte.

Unter den kreisfreien Städten hat Trier mit 114 Schwerbehinderten je 1000 Einwohner die höchste Schwerbehindertenquote vor Mainz (109) und Koblenz (99). Bei den Landkreisen haben Bad Kreuznach (91), Mainz-Bingen (80) und Trier-Saarburg (78) die höchsten Quoten.

Diplom-Volkswirt Harald Streuf

Sozialhilfeausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Sozialhilfe ist eine Pflichtaufgabe der kommunalen Selbstverwaltung. Als ein Baustein im System der sozialen Sicherung hilft sie dem einzelnen Menschen bei der Bewältigung von Notlagen, die beispielsweise durch Krankheit, Unfall, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit, Arbeitslosigkeit oder Pflegebedürftigkeit im Alter hervorgerufen werden.

Die Aufgaben der Sozialhilfe werden von örtlichen und überörtlichen Trägern wahrgenommen. Örtliche Träger der Sozialhilfe sind die kreisfreien Städte und die Landkreise, überörtlicher Träger ist das Land. Die Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden werden von den Landkreisen in die Ausführung der Aufgaben stark eingebunden.

Grundsätzlich übernehmen die Träger der Sozialhilfe die Kosten für die ihnen obliegenden Aufgaben. Jedoch werden die örtlichen Träger der Sozialhilfe an den Aufwendungen des Landes als überörtlichem Träger mit 50 % beteiligt. Auch die kreisangehörigen Gemeinden werden an den Kosten der Landkreise beteiligt. Sie müssen dem Landkreis 25 % der Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt erstatten.

Nahezu 2 Mrd. DM Sozialhilfeleistungen

Die Sozialhilfeleistungen beanspruchen in den Haushalten von Land, Gemeinden und Gemeindeverbänden erhebliche Mittel. Nach Berücksichtigung der Zahlungen der Körperschaftsgruppen untereinander, der Sozialversicherungsträger und der Ersatzpflichtigen wurden 1993 für Sozialhilfe 1950 Mill. DM verausgabt. Davon entfielen 37,5 % auf das Land, 62,5 % mußten die Gemeinden und Gemeindeverbände tragen.

Die Sozialhilfeleistungen haben sich stark erhöht. Seit 1980 sind sie um 233 % gestiegen, während die Gesamtausgaben lediglich um 65 % wuchsen. Sie binden deshalb in den öffentlichen Etats einen immer größer werdenden Anteil, so daß die Finanzierungsmöglichkeiten der übrigen Aufgaben eingeschränkt werden.

Auffallend ist die Dynamik der Sozialhilfeleistungen in den letzten Jahren. Von 1980 bis 1990 verdoppelten sich die Aufwendungen, seither sind sie um 60 % gewachsen. Ausschlaggebend hierfür ist die gestiegene Zahl der Empfänger von Sozialhilfe, die wesentlich von den hohen Zuwachsraten ausländischer Hilfebezieher geprägt ist.

Ausgaben für Hilfe in Pflegeeinrichtungen stark gestiegen

Die Gemeinden und Gemeindeverbände zahlten 1993 an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen 783 Mill. DM, an natürliche Personen in Einrichtungen 835 Mill. DM. Damit entfiel auf die Personen in Einrichtungen erstmals der größte Betrag. Hier ist auch die höchste Zuwachsrate zu verzeichnen. Die Ausgaben stiegen seit 1980 um 420 %, für die Personen außerhalb von Einrichtungen ergibt sich ein vergleichbarer Wert von 177 %. Auslöser dieser Entwicklung waren in erster Linie die Kostensteigerungen in den Pflegeeinrichtungen sowie die zunehmende Zahl von Hilfeempfängern. In der Zukunft dürfte sich das Wachstum der Sozialhilfe-lasten verlangsamen, weil die Deckelung der Sozialhilferegelsatzsteigerung sowie die Einführung der Pflegeversicherung Entlastungswirkungen für die Kommunen haben werden.

Den Ausgaben für Sozialhilfe stehen Einnahmen von den Ersatzpflichtigen in Form von Kostenbeiträgen und Aufwendungsersatz sowie den Leistungen der Rentenversicherungsträger gegenüber. Diese Ersätze beliefen sich 1993 auf 377 Mill. DM. Sie stiegen zwar seit 1980 um 193 %, konnten aber dennoch mit der Ausgabenentwicklung nicht Schritt halten.

Die Hilfeempfänger in Einrichtungen erbrachten in allen Jahren die höchsten Ersätze von sozialen Leistungen. In die Gemeindekassen flossen 1993 auf diese Weise 221 Mill. DM. Gegenüber 1980 verbesserten sich diese Einnahmen zwar um gut 200 %, dennoch ist die Nettolast für die Gemeinden stark gewachsen, weil die

Ausgaben für Sozialhilfe der Gemeinden und Gemeindeverbände 1992 und 1993

Verwaltungsbezirk	Ausgaben der Sozialhilfe an natürliche Personen					
	1992			1993		
	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil in % an den Bruttoausgaben der lfd. Rechnung	1 000 DM	DM je Einwohner	Anteil in % an den Bruttoausgaben der lfd. Rechnung
Kreisfreie Städte	476 800	473,32	16,4	611 679	601,54	19,5
Koblenz	62 297	568,35	21,0	75 993	691,60	23,1
Trier	57 524	581,44	18,7	73 752	744,87	23,3
Frankenthal (Pfalz)	14 095	296,65	12,2	18 360	381,85	14,6
Kaiserslautern	49 856	493,90	17,3	66 200	648,20	21,4
Landau in der Pfalz	15 161	394,51	13,9	18 588	476,17	16,5
Ludwigshafen am Rhein	75 353	452,20	13,4	97 338	578,85	16,1
Mainz	84 313	459,90	14,4	110 592	597,09	17,7
Neustadt a. d. Weinstraße	21 644	407,19	17,0	26 054	486,45	19,9
Pirmasens	28 025	584,73	20,6	34 819	716,40	23,0
Speyer	20 790	433,15	17,8	27 659	565,31	22,0
Worms	32 407	416,20	18,5	41 569	528,07	19,8
Zweibrücken	15 334	438,03	16,7	20 753	584,33	19,9
Landkreis	793 129	278,80	10,3	1 005 863	348,43	11,7
darunter						
große kreisangehörige Städte	55 569	219,85	10,5	64 809	253,17	10,9
RB Koblenz	417 369	315,11	11,5	518 070	385,59	12,7
Ahrweiler	35 932	300,68	11,6	44 041	363,55	13,1
Altenkirchen (Ww.)	33 715	259,79	10,5	48 241	366,49	12,4
Bad Kreuznach	50 985	335,95	11,7	61 991	404,39	12,6
Bad Kreuznach, St	12 462	299,53	12,4	14 458	343,11	12,6
Birkenfeld	37 569	425,32	14,7	45 768	510,92	15,8
Idar-Oberstein, St	7 482	220,13	10,7	8 898	260,37	11,8
Cochem-Zell	18 656	292,68	10,3	21 528	333,35	11,1
Mayen-Koblenz	63 915	323,53	12,2	74 804	374,78	13,2
Andernach, St	4 498	155,19	7,9	4 606	156,51	7,4
Mayen, St	4 082	212,28	9,0	4 416	228,66	9,3
Neuwied	62 885	373,87	12,8	80 543	470,44	14,5
Neuwied, St	14 871	232,36	11,9	19 192	295,04	13,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	24 832	253,90	9,2	32 519	325,15	10,6
Rhein-Lahn-Kreis	38 083	308,60	11,2	47 295	379,31	12,9
Lahnstein, St	2 758	147,79	7,9	3 145	168,06	8,5
Westerwaldkreis	50 796	275,41	10,5	61 342	326,54	10,8
RB Trier	103 780	263,89	8,8	136 566	343,51	10,5
Bernkastel-Wittlich	33 667	305,65	10,2	40 955	368,50	11,3
Bitburg-Prüm	27 764	299,35	9,4	37 227	396,61	11,6
Daun	14 306	236,66	7,1	19 752	322,90	8,8
Trier-Saarburg	28 043	215,83	7,9	38 631	294,02	9,8
RB Rheinhessen-Pfalz	271 980	227,22	9,4	351 227	306,56	10,9
Alzey-Worms	40 251	368,74	14,9	43 902	391,80	15,3
Bad Dürkheim	34 606	272,62	9,8	42 292	330,19	10,8
Donnersbergkreis	17 988	248,39	8,5	22 678	306,88	9,9
Germersheim	25 819	228,46	9,2	33 645	291,12	10,8
Kaiserslautern	33 973	326,99	11,1	42 634	401,86	12,5
Kusel	22 237	284,53	10,3	27 298	346,85	11,6
Südliche Weinstraße	20 701	199,81	7,7	31 234	299,02	10,8
Ludwigshafen	21 714	156,48	7,3	30 356	216,13	8,8
Mainz-Bingen	38 655	217,11	8,3	54 404	298,11	10,4
Bingen am Rhein, St	4 865	199,02	10,7	5 199	208,66	9,6
Ingelheim am Rhein, St	4 551	208,30	9,0	4 895	219,91	8,6
Pirmasens	16 037	155,70	6,7	22 783	219,29	8,3
Bezirksverband Pfalz	292	0,21	0,3	356	0,26	0,4
Insgesamt	1 270 221	329,75	11,9	1 617 898	414,45	13,7

Ausgabensteigerung doppelt so hoch ausfiel. Offensichtlich ist es also nicht möglich gewesen, von den Ersatzpflichtigen entsprechend der Ausgabeentwicklung höhere Ersatzleistungen einzufordern, so daß der Deckungsgrad permanent gesunken ist.

Kreisfreie Städte mit überdurchschnittlichem Sozialhilfeaufwand

In der folgenden Darstellung wird ausschließlich auf das Datenmaterial der vierteljährlichen Kassenstatistik zurückgegriffen, die seit der Umstellung des Erhebungsprogramms 1992 die Ausgaben und Einnahmen in der vollen Tiefengliederung des kommunalen Gruppierungsplans erfaßt. Allerdings ist hier eine Beschränkung auf die Ausgaben für Sozialhilfe notwendig. Eine Einbeziehung der Einnahmen ist nicht möglich, weil unter den Gruppierungsnummern 24 und 25 auch Einnahmen aus anderen Aufgabengebieten verbucht werden.

Die Sozialhilfeleistungen der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich 1993 auf 1 618 Mill. DM. Auf den Einwohner bezogen ergibt sich ein Wert von 414 DM, er ist um ein Viertel höher als im Vorjahr. Insbesondere für die kreisfreien Städte ist der Sozialhilfeaufwand beträchtlich und auch die Zuwachsrate überdurchschnittlich. Die kreisfreien Städte gaben je Einwohner 602 DM aus, im Landkreisbereich waren es 348 DM. In den Großstädten waren die Ausgaben je Einwohner mit 619 DM am höchsten. Nur geringfügig niedriger waren sie in den kreisfreien Städten zwischen 50 000 und 100 000 Einwohnern, während der Abstand zu den kleineren kreisfreien Städten, die 546 DM je Einwohner aufwandten, deutlich größer war.

Im Landkreisbereich hatten die Landkreise mit 205 DM je Einwohner die höchsten Sozialhilfeausgaben, gefolgt von den verbandsfreien Gemeinden (192 DM) und den Verbandsgemeinden (130 DM).

Die Ausgabenstruktur der Gebietskörperschaftsgruppen ist je nach Art der Hilfestellung unterschiedlich. Für natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen wurden im Schnitt 201 DM je Einwohner ausgegeben, 13,3 % mehr als im Vorjahr. Auch hier liegen die kreisfreien Städte mit 295 DM je Einwohner deutlich über dem Durchschnitt. Verbandsfreie Gemeinden (174 DM) und Verbandsgemeinden (125 DM) mußten nicht nur weniger aufwenden als die kreisfreien Städte, sie konnten darüber hinaus ihre Zuwachsrate auf 10,3 % bzw. 7,7 % begrenzen.

Die Landkreise verbuchten mit 32 DM je Einwohner die geringsten Ausgaben, weil die Unterstützung von Personen außerhalb von Einrichtungen überwiegend durch die verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden erfolgt. Korrespondierend dazu geben die Landkreise für Personen in Einrichtungen 173 DM je Einwohner aus, während die verbandsfreien Gemeinden 18 DM und die Verbandsgemeinden 6 DM aufbrachten. Für die kreisfreien Städte ist diese Ausgabeart zur größten Belastung geworden. Sie mußten an Personen in Einrichtungen 306 DM je Einwohner zahlen, 36,5 % mehr als im Vorjahr.

In Trier die höchsten Sozialhilfeausgaben je Einwohner

Die höchsten Sozialhilfeleistungen je Einwohner mußte 1993 Trier zahlen, gefolgt von Pirmasens, Koblenz und Kaiserslautern. Alle anderen Städte wiesen unterdurchschnittliche Werte auf, wobei Frankenthal mit großem Abstand am wenigsten ausgab. Ein ähnliches Ergebnis zeigte sich schon im Vorjahr. Allerdings ist die Spanne zwischen dem höchsten und niedrigsten Wert größer geworden, die Belastungsunterschiede nehmen also zu.

Im Landkreisbereich verzeichnete Birkenfeld die höchsten Sozialhilfeaufwendungen je Einwohner, gefolgt von Neuwied, Bad Kreuznach und Kaiserslautern. Am niedrigsten waren die Ausgaben in Ludwigshafen. Die Unterschiede zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert sind hier nicht so groß wie bei den kreisfreien Städten. Außerdem hat die Spanne 1993 gegenüber 1992 nur geringfügig zugenommen, so daß sich die Belastungsunterschiede kaum verstärkt haben.

Jede siebente Mark für Sozialhilfe

Die Belastung der Kommunen durch die Sozialhilfe wird auch deutlich, wenn die Sozialhilfeausgaben in Beziehung gesetzt werden zu den laufenden Ausgaben. Im Jahre 1993 beanspruchten die Sozialhilfeausgaben 13,7 % der laufenden Ausgaben aller Gebietskörperschaftsgruppen, 1992 reichten noch 11,9 % aus. Besonders hoch ist der Anteil in den kreisfreien Städten mit 19,5 %, in den Landkreisbereichen liegt er bei 11,7 %. Hier ergibt sich ein zu niedriger Wert, weil in den Ausgabesummen die Beträge der Ortsgemeinden mit-enthalten sind. Ortsgemeinden beteiligen sich über die Umlage und Erstattungen an der Finanzierung der Sozialhilfe.

Neben den kreisfreien Städten mit überdurchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben ist die Stadt Speyer durch die Sozialhilfe besonders belastet. Auch die Städte Neustadt, Zweibrücken und Worms geben fast 20 % ihrer laufenden Zahlungen an die Hilfeempfänger.

Die großen kreisangehörigen Städte verwenden 10,9 % ihrer laufenden Ausgaben für Sozialhilfe. Gegenüber 1992 ist bei ihnen ein sehr geringer Zuwachs der Belastung festzustellen. Überdurchschnittlich hoch ist die Quote in den Städten Neuwied (13 %) und Bad Kreuznach (12,6 %), während für Andernach mit 7,4 % der geringste Wert errechnet worden ist.

Die Körperschaften im Landkreis Birkenfeld weisen mit 15,8 % den höchsten Anteil der Sozialhilfeausgaben an den laufenden Ausgaben auf. Kaum niedriger ist er in Alzey-Worms mit 15,3 %. In nahezu allen Landkreisen des Regierungsbezirks Koblenz liegt der Wert über dem Durchschnitt. In den Regierungsbezirken Trier und Rheinhessen-Pfalz ist die Belastung unterdurchschnittlich. Am niedrigsten ist sie in Pirmasens (8,3 %), Ludwigshafen (8,8 %) und Daun (8,8 %).

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 852	3 904	3 896	3 900	3 904
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 052	2 001	1 735	3 147	2 597	1 508 ^p	1 467 ^p	3 122 ^p	2 666 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,1	5,4	9,5	8,1	4,5 ^p	4,5 ^p	9,4 ^p	8,3 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 560	3 524	3 470	3 535	3 653	3 632 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,1	10,8	10,8	10,7	11,4	10,9 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 553	3 656	3 748	3 501	3 191	3 866 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,0	11,2	11,7	10,6	10,0	11,6 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	22	30	19	18	12 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,6	6,1	8,8	5,3	5,1	3,4 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	7	- 132	- 278	34	462	- 234 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	0,0	- 0,4	- 0,9	0,1	1,4	- 0,7 ^p
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	12 290	11 299	11 689	9 709	10 843
* Fortgezogene	Anzahl	7 320	7 426	7 096	6 304	7 339
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 970	3 873	4 593	3 405	3 504
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	12 173	12 664	12 223	11 099	11 877
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	88 985	117 703	112 479	109 939	109 828	138 020	134 289	128 884	128 500
* Männer	Anzahl	47 150	65 894	62 823	61 099	60 534	79 726	76 779	73 309	71 947
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 761	5 936	.	.	5 301	7 479	.	.	5 891
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	29 993	41 221	.	.	39 522	49 666	.	.	44 692
Arbeitslosenquote	%	5,7	7,5	7,1	7,0	7,0	8,7	8,5	8,1	8,1
Offene Stellen	Anzahl	20 320	19 617	20 183	22 755	24 070	20 385	20 865	20 858	21 823
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 409	1 533	.	.	2 012	800	.	.	859
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 419	4 528	.	.	5 202	3 228	.	.	3 940
Kurzarbeiter	Anzahl	13 123	35 286	45 916	42 551	39 059	27 438	21 935	19 508	16 216
Männer	Anzahl	9 875	28 635	36 357	33 658	31 368	22 684	17 538	15 682	12 919
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 269	13 805	13 990	13 111	13 754	13 562	11 791	12 777	11 786
* Rinder	t	4 755	4 111	4 380	3 754	3 895	4 338	3 479	3 592	3 173
* Kälber	t	33	29	38	25	22	43	24	24	19
* Schweine	t	9 354	9 550	9 427	9 234	9 706	9 047	8 196	9 012	8 502
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	65	65	67	72	68	67	66	72	68
* an Molkereien geliefert	%	95,0	95,3	95,7	96,1	96,1	95,1	95,8	96,4	96,3
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 678	2 594	2 601	2 601	2 601	2 503	2 494	2 489	2 484
* Beschäftigte	1000	385	357	360	358	357	337	335	335	334
* Arbeiter ⁸⁾	1000	258	235	238	236	235	220	219	219	219
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	33 985	30 320	31 615	30 004	30 845	31 110	29 236	29 095	29 507
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 785	1 706	1 628	1 602	1 836	1 576	1 528	1 611	1 715
* Löhne	Mill. DM	997	932	885	875	1 005	853	827	884	922
* Gehälter	Mill. DM	788	774	743	728	831	723	701	727	793
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 877	8 270	8 240	7 995	8 668	9 346	8 136	8 420	8 925
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 978	2 807	2 745	2 739	2 893	3 507	2 944	3 071	3 226
* Exportquote ⁹⁾	%	33,6	33,9	33,3	34,3	33,4	37,5	36,2	36,5	36,1

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Kohleverbrauch ¹⁾³⁾	1 000t SKE	271	260	-	-	253	276	-	-	256
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ²⁾³⁾	Mill. m ³	807	697	-	-	696	793	-	-	761
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000t	126	105	-	-	88	115	-	-	93
davon										
* leichtes Heizöl	1 000t	50	47	-	-	36	53	-	-	34
* schweres Heizöl	1 000t	76	58	-	-	52	62	-	-	59
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 125	1 070	1 073	1 076	1 095	1 169	1 111	1 155	1 143
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	230	234	221	208	196	263	250	236	204
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	116	108	106	103	109	125	104	119	...
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	116	110	112	111	114	121	117	120	...
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	124	120	130	132	139	116	125	134	...
Chemische Industrie	1985 = 100	118	114	114	114	116	124	120	123	...
* Investitionsgüter										
produzierendes Gewerbe	1985 = 100	104	97	90	84	95	123	80	115	...
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	100	104	83	70	82	199	70	180	...
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	86	69	72	73	76	63	63	59	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	111	110	106	114	120	107	109	...
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	54	50	42	41	46	50	36	34	...
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	157	153	140	139	144	167	143	158	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	384	425	413	404	370	553	478	450	...
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	2 874	3 114	3 083	2 804	2 843	3 266	2 895	2 844	...
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 231	1 459	1 470	1 324	1 376	1 558	1 316	1 294	...
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	2 004	2 054	2 002	1 860	1 815	2 232	2 033	1 976	...
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	457	479	446	374	348	569	504	412	...
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	87	86	-	-	85	81	-	-	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	195	187	-	-	191	157	-	-	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 356	60 475	60 939	61 286	61 491	57 707 ^p	57 671 ^p	57 784 ^p	58 919
Facharbeiter	Anzahl	30 284	29 310	29 506	29 566	34 892	28 219 ^p	27 925 ^p	27 992 ^p	34 123
Fachwerker und Werker	Anzahl	16 490	16 207	16 443	16 717	12 001	14 778 ^p	15 058 ^p	15 024 ^p	10 427
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 803	6 613	7 187	6 828	7 394	7 043 ^p	6 451 ^p	6 598 ^p	7 093
Privater Bau	1 000	4 497	4 454	4 745	4 492	4 903	4 773 ^p	4 450 ^p	4 515 ^p	4 796
* Wohnungsbau	1 000	2 653	2 666	2 845	2 703	2 970	2 943 ^p	2 719 ^p	2 804 ^p	2 988
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	17	41	18	25	53	26 ^p	24 ^p	23 ^p	34
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 827	1 747	1 882	1 764	1 880	1 804 ^p	1 707 ^p	1 688 ^p	1 774
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 305	2 158	2 442	2 336	2 490	2 270 ^p	2 001 ^p	2 083 ^p	2 297
Hochbau	1 000	433	413	471	396	411	429 ^p	383 ^p	375 ^p	409
Tiefbau	1 000	1 872	1 746	1 971	1 940	2 079	1 841 ^p	1 618 ^p	1 708 ^p	1 888
Straßenbau	1 000	981	939	1 039	1 049	1 149	962 ^p	862 ^p	917 ^p	1 021
Löhne und Gehälter	Mill. DM	242	245	242	240	249	244 ^p	226 ^p	239 ^p	248
* Löhne	Mill. DM	194	194	194	191	199	196 ^p	177 ^p	189 ^p	194
* Gehälter	Mill. DM	48	51	48	49	50	48 ^p	49 ^p	50 ^p	54
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	809	789	772	782	841	693 ^p	730 ^p	769 ^p	933

1) 1t Steinkohleneinheit (1t SKE) = 1t Steinkohle oder -briketts = 1,03t Steinkohlenkoks = 14,5t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	949	1 056	1 055	1 099	1 247	1 552	1 294	1 461	1 609
* mit 1 Wohnung	Anzahl	607	639	670	672	782	890	783	825	900
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	203	221	220	249	266	397	299	338	405
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	139	195	165	178	199	265	212	298	304
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 160	1 326	1 355	1 408	1 490	1 952	1 508	1 829	2 014
* Wohnfläche	1 000 m²	203	235	238	246	259	347	266	327	361
Wohnräume	Anzahl	9 327	10 849	10 813	11 261	12 034	15 919	12 122	15 139	16 529
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	437	533	536	576	588	794	610	760	841
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	2	1	8	3	1	2	3	4
Unternehmen	Anzahl	128	128	121	121	156	201	95	135	157
Private Haushalte	Anzahl	816	925	933	970	1 088	1 350	1 197	1 323	1 448
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	172	153	133	135	148	163	149	177	181
* Umbauter Raum	1 000 m³	987	800	738	790	772	643	575	951	775
* Nutzfläche	1 000 m²	154	125	120	132	121	117	92	157	137
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	216	194	318	175	173	157	128	223	154
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	26	26	16	19	28	31	27	46	13
Unternehmen	Anzahl	138	120	108	106	112	125	111	122	158
Private Haushalte	Anzahl	8	7	9	10	8	7	11	9	10
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 439	2 871	2 858	3 021	3 130	4 315	2 988	3 770	4 236
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 952	2 439	2 337	2 422	2 648	3 011
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 646	1 226	1 214	1 235	1 388	1 554
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	250	184	189	184	217	233
Dänemark	Mill. DM	50	39	43	36	46	46
Frankreich	Mill. DM	418	324	329	293	371	438
Griechenland	Mill. DM	31	20	26	21	22	23
Großbritannien	Mill. DM	270	221	201	250	241	280
Irland	Mill. DM	12	9	10	9	10	13
Italien	Mill. DM	257	175	172	185	190	229
Niederlande	Mill. DM	217	159	159	144	189	185
Spanien	Mill. DM	114	78	67	96	82	89
Portugal	Mill. DM	26	17	19	16	20	18
USA und Kanada	Mill. DM	196	186	170	179	175	252
Japan	Mill. DM	63	55	47	46	65	86
Entwicklungsländer	Mill. DM	394
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	104
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 262	1 904	1 997	1 593	1 916	2 270
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 289	955	938	865	982	1 214
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	290	156	168	97	182	198
Dänemark	Mill. DM	46	32	41	33	23	28
Frankreich	Mill. DM	300	252	229	246	255	315
Griechenland	Mill. DM	7	5	3	8	13	5
Großbritannien	Mill. DM	108	87	78	79	95	114
Irland	Mill. DM	12	10	13	13	9	7
Italien	Mill. DM	190	158	149	141	149	210
Niederlande	Mill. DM	213	154	184	148	159	201
Spanien	Mill. DM	103	79	51	78	79	114
Portugal	Mill. DM	21	21	23	23	19	21
USA und Kanada	Mill. DM	175	170	243	142	131	182
Japan	Mill. DM	120	109	103	83	119	105
Entwicklungsländer	Mill. DM	286
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	64

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	99,7	99,1	99,0	98,5	98,6	97,2	96,9	98,3	98,8
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	127,0	124,2	130,4	118,1	121,6	139,5	119,2	123,4	124,4
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,3	109,6	108,7	109,6	109,4	107,1	106,9	107,1	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	128,8	122,8	125,4	118,6	130,3	134,0	119,1	126,5	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	93,0	91,6	91,9	94,1	95,9	87,9	93,1	96,9	95,9
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,9	94,8	95,9	99,2	99,6	92,6	98,0	105,0	101,5
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	115,5	115,7	114,1	132,1	126,5	101,3	112,3	128,8	125,6
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	122,4	119,0	111,3	140,7	133,0	91,1	112,4	136,8	135,7
Gaststättengewerbe	1986 = 100	110,7	112,9	115,8	126,4	121,7	106,7	111,1	122,6	117,9
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	525	498	459	605	593	329	440	577	...
* Ausländer	1 000	115	106	91	121	127	60	85	116	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 828	1 736	1 580	2 032	2 035	1 154	1 470	1 928	...
* Ausländer	1 000	378	344	256	390	422	187	249	371	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 428	...	1 402	1 202	1 407
* Güterversand	1 000 t	956	...	925	963	921
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 852	13 351	17 630	14 344	15 108	20 690	15 243	16 099	15 822
Kraftfahrzeuge	Anzahl	803	936	2 174	1 531	1 383	2 674	1 476	1 553	1 333
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 963	11 502	14 347	11 802	12 675	16 724	12 837	13 468	13 322
* Lastkraftwagen	Anzahl	760	618	673	656	684	842	634	693	826
Zugmaschinen	Anzahl	159	138	202	164	192	183	183	196	192
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 812	9 582	9 123	10 490	9 327	9 211	8 808 ^r	9 789 ^p	8 874 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 530	1 509	1 496	1 880	1 740	1 345	1 525 ^r	1 638 ^p	1 700 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 282	8 073	7 627	8 610	7 587	7 866	7 283 ^r	8 151 ^p	7 174 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 065	2 046	2 020	2 565	2 260	1 839	2 084 ^r	2 261 ^p	2 259 ^p
* Getötete	Anzahl	39	40	31	57	40	22	50 ^r	52 ^p	59 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	22	25	25	40	21	13	31 ^r	33 ^p	32 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	7	5	4	6	7	5	8 ^r	9 ^p	16 ^p
Radfahrer	Anzahl	3	3	1	4	6	2	3 ^r	2 ^p	3 ^p
Fußgänger	Anzahl	4	6	1	3	4	2	7 ^r	4 ^p	4 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	541	533	562	651	601	441	520 ^r	...	604 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	315	311	306	372	257	268	298 ^r
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	90	105	130	156	56	98 ^r
Radfahrer	Anzahl	58	56	72	70	103	49	47 ^r
Fußgänger	Anzahl	57	57	57	37	64	51	55 ^r
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	83	94	59	95	90	79	98	68
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	57 183	49 827	49 488	15 513	65 709	37 935	46 989	70 980	58 530
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	2	-	-	-	-	2	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselsumme	1 000 DM	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Kredite und Einlagen¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	104 522	112 376	.	.	107 641	113 559	.	.	116 031
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	102 700	110 428	.	.	105 884	111 511	.	.	113 977
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 181	20 046	.	.	20 203	20 077	.	.	21 178
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	19 583	19 205	.	.	19 715	19 489	.	.	20 190
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	598	841	.	.	488	588	.	.	988
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	11 288	10 247	.	.	10 627	9 915	.	.	9 464
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 686	8 745	.	.	8 663	8 627	.	.	8 333
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 602	1 502	.	.	1 964	1 288	.	.	1 131
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	71 231	80 135	.	.	75 054	81 519	.	.	83 335
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	63 181	71 424	.	.	67 018	72 757	.	.	74 755
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 050	8 711	.	.	8 036	8 762	.	.	8 580
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	100 201	104 081	.	.	101 120	103 614	.	.	104 570
* Sichteinlagen	Mill. DM	17 005	18 567	.	.	15 916	16 685	.	.	17 758
* Termineinlagen	Mill. DM	43 765	42 122	.	.	45 377	42 726	.	.	41 975
* Spareinlagen	Mill. DM	39 431	43 392	.	.	39 827	44 203	.	.	44 837
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM
Steuern³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	1 970	3 324	2 744	3 342	3 487	3 250	2 780	3 507	3 430
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 357	1 365	749	1 478	1 615	1 537	721	1 496	1 587
* Lohnsteuer	Mill. DM	1 024	1 053	797	1 273	804	815	785	1 280	830
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	181	187	20	498	–	–	–	504	–
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	152	123	– 109	– 79	447	376	– 102	– 119	389
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	17	167	30	13	18	146	37
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	–	32	20	63	18	13	14	80	14
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	–	15	–	43	–	–	–	65	–
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	138	114	24	55	317	320	6	110	316
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	22	1	–	17	–	–	–	55	–
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	613	1 960	1 995	1 865	1 872	1 713	2 059	2 011	1 843
* Umsatzsteuer	Mill. DM	445	658	573	617	630	525	600	737	637
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	168	1 302	1 422	1 248	1 242	1 188	1 459	1 274	1 206
* Zölle	Mill. DM	11	215	229	206	188	221	236	197	199
* Bundessteuern	Mill. DM	150	504	393	424	448	833	359	437	554
Kapitalverkehrsteuern	Mill. DM	0	0	0	0	0	7	0	0	0
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	102	498	395	420	444	816	349	426	544
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	44	2	– 5	0	191	7	6	7	6
* Landessteuern	Mill. DM	118	123	113	147	111	125	104	165	94
* Vermögensteuer	Mill. DM	24	27	7	63	4	2	4	62	2
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	59	61	71	62	67	75	71	67	65
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	7	5	17	10	8	7	1

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich der durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	690	674	-	-	703	...	-	-	...
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	-	-	9	...	-	-	...
* Grundsteuer B	Mill. DM	116	124	-	-	135	...	-	-	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	492	463	-	-	477	...	-	-	...
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	58	62	-	-	60	...	-	-	...
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 149	2 345	1 991	2 244	2 240	2 631	2 027	2 434	2 453
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	588	594	322	646	713	678	349	709	701
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	398	1 241	1 257	1 175	1 179	1 119	1 297	1 287	1 198
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	974	1 002	716	1 060	1 120	953	694	1 108	1 062
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	582	585	319	646	700	676	301	655	691
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	258	284	255	267	309	152	246	287	277
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 148	1 158	-	-	1 195	...	-	-	...
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	406	413	-	-	429	...	-	-	...
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	543	534	-	-	540	...	-	-	...
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	115,1	119,9	119,4	119,8	120,0	122,8	123,1	123,4	123,6
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,8	115,2	115,1	115,6	116,3	116,8	117,1
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	131,3	137,2	-	137,4	-	-	-	140,0	-
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	22,43	23,60	23,53	-	-	-	24,26	-	-
Männliche Arbeiter	DM	23,36	24,51	24,45	-	-	-	25,10	-	-
Facharbeiter	DM	24,74	25,91	25,83	-	-	-	26,60	-	-
Angelernte Arbeiter	DM	22,44	23,56	23,50	-	-	-	24,16	-	-
Hilfsarbeiter	DM	20,06	20,83	20,82	-	-	-	21,09	-	-
Weibliche Arbeiter	DM	16,87	17,78	17,71	-	-	-	18,30	-	-
Hilfsarbeiter	DM	16,53	17,42	17,36	-	-	-	17,83	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,4	38,4	38,1	-	-	-	38,7	-	-
Männliche Arbeiter	Std.	39,7	38,6	38,4	-	-	-	39,0	-	-
Weibliche Arbeiter	Std.	37,9	36,8	36,2	-	-	-	37,1	-	-
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 461	5 631	5 615	-	-	-	5 733	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	4 910	5 082	5 070	-	-	-	5 194	-	-
männlich	DM	5 860	6 036	6 026	-	-	-	6 143	-	-
weiblich	DM	3 905	4 067	4 054	-	-	-	4 155	-	-
Technische Angestellte	DM	5 907	6 069	6 052	-	-	-	6 156	-	-
männlich	DM	6 045	6 203	6 188	-	-	-	6 299	-	-
weiblich	DM	4 429	4 613	4 591	-	-	-	4 653	-	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 848	4 033	4 026	-	-	-	4 171	-	-
Kaufmännische Angestellte	DM	3 834	4 018	4 011	-	-	-	4 160	-	-
männlich	DM	4 591	4 839	4 865	-	-	-	4 940	-	-
weiblich	DM	3 198	3 346	3 919	-	-	-	3 501	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 865	65 532	65 406	65 445	65 490
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 786 ^{p3)}	36 772 ^{p3)}	25 623 ^{p3)}	32 099 ^{p3)}	56 526 ^{p3)}	16 429 ^{p3)}	28 321 ^{p3)}	28 836 ^{p3)}	59 154 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	67 426 ^{p3)}	66 246 ^{p3)}	70 603 ^{p3)}	65 127 ^{p3)}	61 787 ^{p3)}	59 389 ^{p3)}	67 168 ^{p3)}	61 659 ^{p3)}	65 581 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	73 787 ^{p3)}	74 240 ^{p3)}	91 314 ^{p3)}	75 799 ^{p3)}	67 806 ^{p3)}	72 585 ^{p3)}	78 928 ^{p3)}	70 225 ^{p3)}	71 260 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (–)	Anzahl	– 6 361 ^{p3)}	– 7 994 ^{p3)}	– 20 711 ^{p3)}	– 10 672 ^{p3)}	– 6 019 ^{p3)}	– 13 196 ^{p3)}	– 11 760 ^{p3)}	– 8 566 ^{p3)}	– 5 679 ^{p3)}
Arbeitslose	1 000	1 808	2 270	2 223	2 197	2 148	2 742	2 640	2 590	2 506
Männer	1 000	983	1 277	1 273	1 233	1 198	1 616	1 538	1 489	1 432
Arbeitslosenquote	%	6,6	8,2	8,0	7,9	7,8	9,9	9,5	9,3	9,0
Offene Stellen	1 000	324	243	266	272	271	232	248	249	244
Kurzarbeiter	1 000	283	767	1 061	1 043	939	519	467	368	326
Männer	1 000	213	615	860	837	743	429	384	295	257
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 333	6 805	6 947 ^f	6 883	6 845	6 428	6 421	6 381	6 368
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	637	565	634	589	551	525	585	533	531
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 969	151 832	168 188 ^f	151 284	143 357	140 945	168 269	148 617	151 931
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 616	40 783	46 231 ^f	40 178	38 815	40 937	48 471	42 145	42 862
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	119	111	122	109	106	105	123	109	112
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1985 = 100	113	110	118	111	107	107	123	114	119
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	122	108	123	108	105	104	123	108	109
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	120	113	129	112	106	107	126	108	109
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1985 = 100	128	126	131	120	118	114	134	117	124
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	33 247	32 609	36 559 ^f	31 663	29 305	34 047	35 740
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 764	2 641	3 132	2 390	2 219 ^f
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 076	1 080	1 067	1 083	1 087	1 023	1 043 ^p	1 057 ^p	1 062
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	115	111	117	121	117	78	122 ^p	114 ^p	120
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	14 650	14 390	12 454	13 337	13 919	9 578	13 224 ^p	13 395 ^p	14 822
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	13 159	14 657	15 803	14 545	15 445	13 627	18 176	18 353	18 366
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 842	11 844	13 015	12 036	12 604	11 075	15 056	14 975	15 171
Wohnfläche	1 000 m ²	2 909	3 315	3 461	3 153	3 470	3 080	3 988	4 089	3 933
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 826	2 678	2 664	2 537	2 719	2 110	2 703	2 686	2 722
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	38 234	43 674	44 865	40 500	45 068	40 320	50 070	51 983	48 054
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	137,5	134,7 ^f	144,1	141,2 ^f	127,5	118,3	148,7 ^f	127,6 ^f	131,4
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	124,0	124,8 ^f	118,3 ^f	122,9 ^f	140,6	104,5 ^f	117,1 ^f	121,3	133,4 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1992	1993				1994			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 933	50 331	53 690	49 559	45 929	50 278	59 456	54 137	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 391	24 066	26 184	25 068	21 963	24 754	30 343	26 682	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 132	3 316	4 000	3 940	3 101	3 129	4 463	3 629	...
Frankreich	Mill. DM	7 250	5 880	5 904	5 983	4 776	6 269	7 567	6 744	...
Großbritannien	Mill. DM	4 329	3 884	4 095	4 097	3 706	3 997	4 628	4 321	...
Italien	Mill. DM	5 200	3 647	4 114	3 633	3 574	3 759	4 836	4 175	...
Niederlande	Mill. DM	4 646	3 700	4 090	3 777	3 381	3 875	4 527	3 924	...
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 129	45 404	48 729	48 399	40 902	44 801	53 380	47 378	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 639	20 999	23 229	23 191	18 902	20 151	24 020	22 828	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 735	2 592	2 995	3 542	2 515	2 427	3 345	3 330	...
Frankreich	Mill. DM	6 369	5 086	5 561	5 658	4 335	4 692	5 310	5 948	...
Großbritannien	Mill. DM	3 631	2 764	2 816	3 281	2 418	2 716	3 154	2 824	...
Italien	Mill. DM	4 872	3 682	4 348	3 443	3 232	3 538	4 328	3 586	...
Niederlande	Mill. DM	5 097	3 790	3 976	4 010	3 447	3 614	4 280	3 835	...
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 418	3 758	3 470	3 483	3 507	3 782	3 820 ^r	3 837	3 854 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 674	2 920	2 711	2 720	2 735	2 931	2 962	2 978	2 990 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	744	838	759	763	772	851	859	859	864 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 261	2 511 ^r	2 252	2 267	2 290	2 500 ^r	2 496 ^r	2 513	2 524 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	771	859	779	781	783	871	874	877	884 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	44 662	46 856	52 416	36 677	37 811	43 446	55 347	39 753	40 198
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	27 609	28 482	37 428	19 012	19 786	19 751	37 438	20 030	19 196
Lohnsteuer	Mill. DM	20 610	21 499	18 025	19 090	19 275	18 801	19 130	19 766	19 920
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	2 769	10 404	- 1 526	- 1 507	- 851	9 484	- 1 558	- 2 295
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	16 476	18 025	14 982	16 877	17 797	23 639	17 867	18 597	20 698
Umsatzsteuer	Mill. DM	9 773	14 541	11 328	13 389	14 723	20 799	14 378	15 156	17 364
Zölle	Mill. DM	645	603	663	653	579	550	665	647	597
Bundessteuern	Mill. DM	8 758	7 813	7 417	6 782	7 869	10 290	9 033	7 822	9 059
Versicherungsteuer	Mill. DM	675	774	1 000	538	573	3 250	1 288	677	787
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 972	7 020	6 433	6 271	7 268	6 921	7 550	6 996	8 114
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	100,8	99,6	101,2	100,9	100,7	101,0	101,3	101,5	102,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	91,9	84,7	88,3	87,2	86,1	85,0	85,9	85,8 ^p	87,5 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1991 = 100	101,4	101,4	101,4	101,6	101,5	101,6	101,7	101,7	101,9
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	131,5	137,2	.	.	137,4	138,5	.	.	139,8
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	131,3	137,2	.	.	137,4	138,6	.	.	140,0
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	127,7	131,0	.	.	131,6	130,6	.	.	131,2
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	115,1	119,9	119,0	119,4	119,8	122,6	122,8	123,1	123,4
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	112,1	114,4	114,2	114,8	115,2	115,5	115,6	116,3	116,8
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	113,3	116,4	115,9	116,0	116,4	117,6	117,8	117,9	117,9
Wohnungsmieten	1985 = 100	123,8	131,1	129,5	129,9	130,4	135,0	135,7	136,2	136,6
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,8	91,0	91,3	91,2	91,1	91,3	91,2	91,4	91,5
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	114,4	118,0	117,2	117,5	118,0	119,7	119,9	120,1	120,3
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	117,9	122,4	121,7	121,9	122,1	126,0	126,2	126,3	126,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	117,1	121,7	120,9	121,5	121,5	125,1	125,0	125,3	125,5
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	112,7	115,9	115,2	115,3	115,5	117,8	117,8	117,9	118,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	124,3	135,2	133,3	133,5	134,5	142,0	142,3	142,4	142,6

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991 : Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Baunebenleistungen.

Monatsgehälter der Industrieangestellten in Rheinland – Pfalz gut 5 700 DM

Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der Angestellten in der rheinland-pfälzischen Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk) lag im April 1994 mit 5 733 DM um 2,1 % höher als im April des Vorjahres. Deutliche Verdienstunterschiede weisen die kaufmännischen (5 194 DM) und technischen (6 156 DM) Angestellten auf. Die Aufgliederung in weibliche (4 249 DM) und männliche (6 251 DM) Angestellte zeigt einen noch größeren Einkommensabstand, der auch durch die etwas höheren Verdienstzuwächse bei den Frauen (2,4 % gegenüber 1,9 %) nur unwesentlich verringert wurde.

Im Dienstleistungsbereich (Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe) verdienten die Angestellten im April 1994 mit 4 171 DM (+ 3,6 %) weniger als in der Industrie. Aufgrund der unterschiedlichen Struktur der Arbeitsplätze bestehen auch hier große Gehaltsdifferenzen zwischen weiblichen (3 497 DM) und männlichen (4 907 DM) Angestellten. ky

Baureifes Land 11 % teurer

Im Jahr 1993 wurden in Rheinland-Pfalz 15 465 unbebaute Grundstücke verkauft. Knapp drei Viertel davon betrafen baureifes Land und gut ein Zehntel Rohbauland. Die restlichen Veräußerungen entfielen auf Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen.

Bei den 11 418 baureifen Grundstücken, die 1993 den Eigentümer wechselten, wurde ein Flächenumsatz von fast 9,4 Mill. m² erzielt. Damit blieb die durchschnittliche Grundstücksgröße pro Kauffall mit 820 m² gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Der Kaufwert pro Quadratmeter Bauland erhöhte sich im Landesmittel um 11 % auf 105 DM. In den einzelnen Regierungsbezirken waren große Unterschiede beim Kaufwert pro Quadratmeter festzustellen. Im Regierungsbezirk Trier wurden gut 48 DM gezahlt, während im Regierungsbezirk Koblenz der Quadratmeter etwas mehr als 79 DM kostete. Der mit 173 DM höchste Kaufwert wurde, wie in den Vorjahren, im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz erzielt.

47 % der Veräußerungen von baureifem Land fanden in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern statt. In 61 % aller Fälle lag die mittlere Grundstücksgröße zwischen 500 und 1 000 Quadratmetern. 57 % aller Kaufverträge wurden zwischen natürlichen Personen abgeschlossen. Die meisten Kauffälle unter den Landkreisen wurden in Altenkirchen (Ww.) gezählt (811), während es in Kusel nur zu 58 Eigentumswechseln kam. ky

kurz + aktuell

Kommunale Sozialhilfeausgaben steigen

Die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände für Sozialhilfe beliefen sich 1993 auf 1 618 Mill. DM. Auf den Einwohner bezogen ergibt sich ein Wert von 414 DM, er ist um ein Viertel höher als im Vorjahr. Insbesondere für die kreisfreien Städte ist der Sozialhilfesaufwand beträchtlich, und auch die Zuwachsraten sind überdurchschnittlich. Die kreisfreien Städte gaben je Einwohner 602 DM aus, die Landkreise einschließlich verbandsfreie und Verbandsgemeinden 348 DM.

Die höchsten Sozialhilfeleistungen je Einwohner mußte 1993 Trier zahlen, gefolgt von Pirmasens, Koblenz und Kaiserslautern. Alle anderen kreisfreien Städte wiesen unterdurchschnittliche Werte auf, wobei Frankenthal mit großem Abstand am wenigsten ausgab. Die Spanne zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert ist gegenüber dem Vorjahr größer geworden.

In den Landkreisen ist die Spanne nicht so groß, zudem hat sie nur geringfügig zugenommen. Birkenfeld verzeichnete die höchsten Sozialhilfesaufwendungen je Einwohner, am wenigsten wurden in Ludwigshafen ausgegeben. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 198.

Zunahme der Unternehmenskonkurse

Der im vergangenen Jahr verzeichnete Anstieg der Konkurse (+ 23 %) hat sich im ersten Halbjahr 1994 abgeschwächt fortgesetzt. Die rheinland-pfälzischen Amtsgerichte mußten in den ersten sechs Monaten dieses Jahres insgesamt 510 Konkursanträge entgegennehmen, das sind 19 Fälle oder 3,9 % mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Während die Zahl der überschuldeten oder zahlungsunfähigen Unternehmen um 29 auf 386 stieg, verringerten sich die Konkurse von Privatpersonen, Nachlässen und Organisationen ohne Erwerbszweck um 10 auf 124.

Mit 95 Fällen gehörten die meisten der insolvent gewordenen Unternehmen dem Baugewerbe an, weitere 89 hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Handel, 78 im Dienstleistungsbereich und 68 im verarbeitenden Gewerbe. Die Entwicklung in den einzelnen Branchen verlief unterschiedlich. Im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr nahm die Zahl der Konkursanträge am stärksten im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+ 20 auf 38 Fälle) zu, außerdem im Handel (+ 15) und im Baugewerbe (+ 13). Dagegen wurden im verarbeitenden Gewerbe (- 21) und im Dienstleistungsbereich (- 7) weniger Konkurse registriert. ker

Steuereinnahmen des Landes
nach Steuerverteilung ¹⁾

Steuerart	Januar - Juli		Ver- ände- rung
	1993	1994	
	Mill. DM		%
Landessteuern	871,7	827,0	- 5,1
Vermögensteuer	182,5	133,2	- 27,0
Erbschaftsteuer	64,8	63,6	- 1,9
Kraftfahrzeugsteuer	466,8	458,3	- 1,8
Rennwett- und Lotteriesteuer	94,8	90,0	- 5,0
Feuerschutzsteuer	12,9	22,2	72,2
Biersteuer	49,9	59,7	19,6
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	3 731,9	3 790,9	1,6
Lohnsteuer	2 963,1	2 995,2	1,1
Veranlagte Einkommensteuer	216,8	123,0	- 43,3
Kapitalertragsteuer	172,1	159,4	- 7,3
Zinsabschlagsteuer	69,9	167,1	139,1
Körperschaftsteuer	310,1	346,1	11,6
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 933,9	1 886,0	- 2,5
Umsatzsteuer	1 586,4	1 616,3	1,9
Einfuhrumsatzsteuer	347,6	269,7	- 22,4
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	34,1	47,8	40,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	18,7	45,2	141,9
I n s g e s a m t	6 590,4	6 596,9	0,1

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Über die Hälfte aller Fahrzeuge vom TÜV
beanstandet

Im Jahre 1993 wurden von den Stellen der Verkehrs-sicherheitsüberwachung in Rheinland-Pfalz über 1 Mill. Kraftfahrzeuge und fast 82 000 Fahrzeuganhänger auf ihre Verkehrssicherheit überprüft. Das sind 2,6 bzw. 8,6 % mehr als 1992.

Bei 76 % der untersuchten Fahrzeuge handelt es sich um Personenkraftwagen. Von diesen wiesen 55 % Mängel auf. 1 851 Personenkraftwagen mußten aufgrund des Prüfberichts aus dem Verkehr gezogen werden. Am besten schnitten die Krafträder ab, von denen 60 % ohne Mängel waren. schm

Fahrerlaubnisprüfungen
- Rheinland-Pfälzer am besten vorbereitet -

Im Jahre 1993 wurden in Rheinland-Pfalz von den technischen Prüfstellen für den Kraftfahrzeugverkehr insgesamt 181 476 theoretische und praktische Führerscheinprüfungen abgehalten. Das sind 4,6 % mehr als im Vorjahr.

Über 80 % der theoretischen Prüfungen wurden von den rheinland-pfälzischen Bewerbern bestanden, anteilmäßig so viele wie in keinem anderen Bundesland. Auch für die praktische Prüfung waren die Rheinland-Pfälzer bestens vorbereitet. 79,5 % der Führerscheinanwärter haben diese erfolgreich abgelegt (Bundesdurchschnitt 73,4 %). Fast 76 % der Prüfungen dienten dem Erwerb einer Fahrerlaubnis der Klasse 3 (Personenkraftwagen). Rund 19 % entfielen auf die Klassen 1, 1a und 1b (Krafträder und Leichtkrafträder) und 3,9 % auf die Klasse 2 (Lastkraftwagen). schm

23 200 DM für einen Hektar Ackerland

Im Jahr 1993 wurden in Rheinland-Pfalz 5 769 landwirtschaftliche Grundstücke veräußert. Dabei wechselten 3 559 ha „Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung“ den Eigentümer. Lag im Jahr 1992 der durchschnittliche Kaufwert je ha bei 19 200 DM, betrug er 1993 pro ha 19 600 DM. Von den 5 508 Kauffällen, die nur eine Nutzungsart – entweder nur Ackerland oder nur Grünland – betrafen, entfielen drei Fünftel auf Ackerland, wofür pro ha 23 200 DM erzielt wurden. Dagegen errechnete sich für Grünland ein Kaufwert von rund 13 300 DM pro ha.

Der Kaufwert von landwirtschaftlichen Grundstücken wird in hohem Maße von der Bodengüte beeinflusst. So wurden für ertragreiches Ackerland (Ertragsmeßzahl von 60 und mehr pro Ar) im Durchschnitt 42 200 DM Erlöst, bei entsprechendem Grünland 30 400 DM. Bei Böden mit niedriger Ertragsmeßzahl waren die Unterschiede zwischen Acker- und Grünland deutlich geringer. Für Grundstücke mit Meßzahlen von unter 30 ergaben sich Kaufwerte je ha von 11 300 DM für Ackerland und 10 500 DM für Grünland. br

Gute Aussichten für die Weinmosternte

Nach einem guten Austrieb im Mai wurde die weitere Entwicklung der Rebstöcke durch die Witterung begünstigt. Ebenso wie 1993 war bis auf wenige Ausnahmen ein guter Gescheinsansatz zu verzeichnen. Die Blüte setzte größtenteils noch vor dem 20. Juni ein. Sie zeigte

kurz + aktuell

sich damit aber 10 Tage später als im zeitigen Vorjahr. Nach einem problemlosen Verlauf war sie binnen zwei Wochen abgeschlossen. Verrieselungsschäden sind durch den zügigen Blüteverlauf nur in geringem Umfang aufgetreten. Entsprechend wurde der Traubenansatz von 95 % aller Berichterstatter als gut bezeichnet. Eine vergleichbare Beurteilung gab es in den Jahren 1982, 1989 und 1992. Damit sind entscheidende Voraussetzungen für einen guten Weinherbst gegeben. hü

Zahl der Ammen- und Mutterkühe weiter gestiegen

Anfang Juni belief sich der Rinderbestand in Rheinland-Pfalz auf rund 502 400 Tiere. Er war damit nur wenig kleiner als im Juni des Vorjahres (minus 0,8 %). Die Zahl der Mastbullen (71 500) war deutlich rückläufig (minus 3,9 %). Dagegen gab es mehr ein bis zwei Jahre alte weibliche Tiere, die als Nachzucht für die Milchkuh- oder Mutterkuhhaltung vorgesehen sind. Die Zahl der Milchkühe sank um 2,4 % auf rund 150 000, während der Bestand an Ammen- und Mutterkühen um 6,2 % auf 46 800 Tiere zugenommen hat. Gefördert wurde diese Entwicklung unter anderem durch die kurzfristig erweiterten Prämienregelungen für die Mutterkuhhaltung. hü

Themen der letzten Hefte

Heft 1 / Januar 1994

Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Landkreisen 1980 bis 1990

Veränderungen im Familienstand 1970 bis 1992

Krankenhäuser 1992

Gartenbauerhebung 1994

Heft 2 / Februar 1994

Neue regionale Bevölkerungsprognose

Das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaft für 1993 bis 1997 – Statistik für die Europäische Union

Haushaltspanel 1994 bis 1996

Die reformierte Sozialhilfestatistik

Gewerblicher Güternahverkehr 1977 bis 1992

Die Südpfalz als Partner in der Großregion Oberrhein

Heft 3 / März 1994

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft 1993

Gehaltsstruktur des Landespersonals

Weiterbildung an rheinland-pfälzischen Hochschulen – Erste Ergebnisse der Gasthörerstatistik

Heft 4 / April 1994

Europawahl 1994: Wahlrecht von Unionsbürgern

Die neue Asylbewerberleistungsstatistik

Beherbergungskapazität im Fremdenverkehr am 1. Januar 1993

Pachtverhältnisse in der Landwirtschaft

Dialogisierung des Wohngeldverfahrens

Heft 5 / Mai 1994

Das Einkommen in der amtlichen Statistik

Preisindizes

Der Wohnungsbau im Jahre 1993

Die Insolvenzen im Jahre 1993

Heft 6 / Juni 1994

Verfahren der Ernteterminmittlung für Getreide

Flächenerhebung 1993 – eine erweiterte Betrachtungsweise

Dynamik des Individualverkehrs seit 1950

Zehn Jahre Statistik der Gewerbeanzeigen

Heft 7 / Juli 1994

Familienstrukturen

Todesursache Lungenkrebs

Verdienste und Qualifikation der Beschäftigten in Industrie und Handel 1983 bis 1993

Landwirtschaftliche Arbeitskräfte im Jahre 1991 und ihre Altersstruktur

Die Softwareentwicklungsumgebung der landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.